

**ПОНЕДЕЛНИК 10 ЮНИ 2013 Г.
LUNES 10 DE JUNIO DE 2013
PONDĚLÍ 10. ČERVNA 2013
MANDAG DEN 10. JUNI 2013
MONTAG, 10. JUNI 2013
ESMASPÄEV, 10. JUUNI 2013
ΔΕΥΤΕΡΑ 10 ΙΟΥΝΙΟΥ 2013
MONDAY, 10 JUNE 2013
LUNDI 10 JUIN 2013
LUNEDI' 10 GIUGNO 2013
PIRMDIENA, 2013. GADA 10. JŪNIJS
2013 M. BIRŽELIO 10 D., PIRMADIENIS
2013. JŪNIUS 10., HÉTFŐ
IT-TNEJN, 10 TA' ĠUNJU 2013
MAANDAG 10 JUNI 2013
PONIEDZIAŁEK, 10 CZERWCA 2013
SEGUNDA-FEIRA, 10 DE JUNHO DE 2013
LUNI 10 IUNIE 2013
PONDELOK 10. JÚNA 2013
PONEDELJEK, 10. JUNIJ 2013
MAANANTAI 10. KESÄKUUTA 2013
MÅNDAGEN DEN 10 JUNI 2013
PONEDJELJAK 10 LIPNJA 2013**

1-002-000

VORSITZ: MARTIN SCHULZ*Präsident**(Die Sitzung wird um 17.00 Uhr eröffnet.)***1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode**

1-004-000

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 24. Mai 2013, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Erklärungen des Präsidenten

1-006-000

Der Präsident. – Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie und die Damen und Herren auf den Zuschauertribünen zur Eröffnung der Juni-Plenarsitzung hier in Straßburg.

Meine Damen und Herren, seit Tagen erreichen uns bestürzende Nachrichten aus den Hochwassergebieten in verschiedenen Ländern der EU. Es hat Todesopfer gegeben. Zehntausende Menschen wurden evakuiert und mussten ihre Häuser verlassen. Die Schäden gehen in die Milliarden. Es wird sicher noch Wochen dauern, bis viele Menschen ihre Häuser wieder beziehen können. Die Lage bleibt in einigen Teilen sehr angespannt.

Ich möchte deshalb den Opfern der Hochwasserkatastrophe unsere Solidarität aussprechen. Die Not und das Elend der Betroffenen bewegen uns. Auch wir hier müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um den Betroffenen schnelle Hilfe zukommen zu lassen und den Wiederaufbau zu unterstützen.

Ich möchte diese Gelegenheit aber auch nutzen, um den unzähligen Helferinnen und Helfern unsere Anerkennung auszusprechen, die bei den Evakuierungen helfen, die dabei helfen, Menschen in Sicherheit zu bringen, Dämme zu befestigen und Keller auszupumpen. Wer die Bilder in den Fernsehnachrichten sieht, der kann nur begeistert sein über diese Welle von Solidarität, die da zwischen den betroffenen Menschen sichtbar geworden ist.

(Beifall)

Die Hochwasserkatastrophe zeigt uns aber auch einmal mehr, wie wichtig Prävention ist. Ich hoffe, dass wir alle gemeinsam, wenn diese Flut vorbei ist, die daraus notwendigen Konsequenzen ziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie auf Folgendes aufmerksam machen: Am Montag der kommenden Plenarwoche hier, am 1. Juli 2013, wird Kroatien als 28. Mitglied der Europäischen Union beitreten. Noch am gleichen Tag werden zwölf neu gewählte Abgeordnete des kroatischen Volkes hier im Europäischen Parlament als unsere Kolleginnen und Kollegen Platz nehmen.

Ich werde gemeinsam mit meinem Amtskollegen Josip Leko, dem Präsidenten des kroatischen Parlaments, dem Sabor, eine Zeremonie zur Begrüßung unserer neuen Kolleginnen und Kollegen und zum Willkommen Kroatiens als Mitglied in der EU hier auf dem Vorplatz des Parlaments leiten. Nach dem Hissen der Fahnen werden die kroatische Nationalhymne und die Europahymne gespielt. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie meine Einladung zu dieser Zeremonie annehmen und so zahlreich wie möglich an diesem Tag anwesend sind.

Bevor wir nun Protokoll und zu den angenommenen Texten der Sitzung vom 23.5. kommen, habe ich eine Angelegenheit, die ich gerne aus der Welt schaffen würde. Am 23. Mai während der Abstimmungsstunde – darüber hat mich der in dieser Abstimmung amtierende Vizepräsident Wieland unterrichtet – hat der Abgeordnete Cohn-Bendit den Kollegen Reul beschimpft in einer Art und Weise, die ich hier nicht wiederholen möchte. Ich muss als Präsident dieses Parlaments für die Einhaltung der Regeln und auch der Würde dieses Hauses Sorge tragen. Herr Kollege Cohn-Bendit, ich habe mit Ihnen darüber gesprochen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich beim Kollegen Reul entschuldigen könnten. Dann wäre die Sache aus der Welt geschafft.

1-007-000

Daniel Cohn-Bendit (Verts/ALE). - Herr Präsident, natürlich entschuldige ich mich! Zwei Dinge: Ich entschuldige mich beim Kollegen Reul, weil ich ihn nicht gemeint habe. Bei dem Kollegen, den ich gemeint habe, entschuldige ich mich auch, dass ich das nicht so sagen wollte. Naja, wir kennen uns ja, so ist das Leben manchmal. Tausendmal Entschuldigung!

(Beifall)

1-008-000

Der Präsident. – Herr Kollege Cohn-Bendit! Wie ich Herrn Kollegen Reul kenne, wird er die Entschuldigung auch annehmen.

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

1-010-000

Der Präsident. – Das Protokoll der vorangegangenen Sitzung wird genehmigt.

◦

◦◦

1-011-000

Sonia Alfano (ALDE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei riportare l'attenzione di questa plenaria su un fatto gravissimo che ha colpito l'Italia, il mio paese, ma soprattutto piange oggi la città nella quale è nato e morto mio padre, Barcellona Pozzo di Gotto.

Fra un'ora verranno celebrati a Roma, i funerali di Stato per il capitano Giuseppe La Rosa, morto da eroe in Afghanistan nel tentativo di portare democrazia e libertà in quel paese. Il capitano La Rosa è morto, buttandosi su una bomba che era stata buttata all'interno di un *Lince* e morendo ha salvato la vita ai suoi commilitoni.

Io vorrei che questa plenaria rendesse onore al capitano La Rosa e ricordasse il suo sacrificio e si stringesse attorno ai suoi familiari e alla città di Barcellona Pozzo di Gotto.

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

5. Prüfung der Mandate: siehe Protokoll

6. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

1-016-000

Der Präsident. – Auf Antrag der PPE-Fraktion bestätigt das Parlament die folgende Benennung: Delegation für die Beziehungen zu Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro und Kosovo : Roberta Metsola.

◦

◦◦

1-017-000

Mario Borghezio (NI).- Signor Presidente, onorevoli colleghi, volevo soltanto ricordare che avverso tale provvedimento del gruppo EFD pende un ricorso, da me presentato e notificato ritualmente anche per conoscenza alla Presidenza, per assoluta nullità del provvedimento.

1-018-000

Der Präsident. – Herr Borghezio, Sie haben Recht. Ich teile dem Haus mit, dass Sie gegen diesen Beschluss der EFD-Fraktion Einspruch erhoben haben, insofern, als Sie mich gebeten haben zu überprüfen, ob die Regeln der EFD-Fraktion mit den Regeln des Parlaments vereinbar sind. Diese Prüfung läuft. Ich habe darüber die Konferenz der Präsidenten unterrichtet.

8. Tagungskalender des Parlaments für 2014: siehe Protokoll

9. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 74 GO): siehe Protokoll

10. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

11. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll

12. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

14. Petitionen: siehe Protokoll

15. Arbeitsplan

1-027-000

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 6. Juni 2013 gemäß Artikel 137 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt:

Dienstag:

Die S&D-Fraktion hat beantragt, den Bericht von Herrn Pargneaux zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren auf die Juli-Tagung zu verschieben.

1-028-000

Hannes Swoboda, *im Namen der S&D-Fraktion.* – Herr Präsident, ich würde bitten, diesem Ansuchen stattzugeben. Ich möchte ganz offen sein: Herr Pargneaux stand in einem sehr engen Verhältnis zu Pierre Mauroy und möchte an seinem Begräbnis teilnehmen. Daher möchte ich bitten, das zu verschieben. Es gäbe auch die Möglichkeit, stattdessen einen anderen Tagesordnungspunkt zu behandeln, wenn er vielleicht noch auf die Tagesordnung gesetzt werden kann. Ich bitte um Verschiebung auf den Juli.

1-029-000

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Der Präsident. – Die ALDE-Fraktion beantragt eine Erklärung der Kommission über die Internetüberwachung von EU-Bürgern durch die USA.

1-030-000

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group.* – Mr President, I would ask you to apply Rule 140(1) and propose that we include a new item: a Commission statement on the US internet surveillance of EU citizens, with one round of speeches.

The reason is very simple. It is in response to the articles in the *Guardian*, the *Washington Post* and the *New York Times* on the existence of a surveillance programme run by the US National Security Agency that involved issuing a court order to Verizon, the second largest US mobile phone provider, as well as a secret programme that collects data directly from US service providers; those that we know of are Microsoft, Yahoo, Google, Facebook, Skype, YouTube and Apple.

This means that all our emails and other electronic communications, including via social media, can be intercepted and read by the US security services, even if they are sent only between EU citizens.

It is obvious that there are very serious privacy implications for EU citizens. I would therefore propose that we include in our part-session this week a Commission statement on the US internet surveillance of EU citizens, with one round of speeches. This could perhaps be in replacement of the Pargneaux report, on which we decided a few moments ago.

1-031-000

Hannes Swoboda (S&D). - Herr Präsident, ich glaube, dass das ein berechtigter Antrag ist. Ich habe mich ja namens meiner Fraktion schon dazu geäußert und auch Briefe an die Kommission geschrieben, dass man sich dieses Themas im Besonderen annimmt. Insbesondere in einer Situation, wo wir berechtigterweise ein Abkommen mit den USA über Investitionen und Handel verhandeln, ist es wichtig und ist es auch in unserer Entschließung festgestellt worden, dass Datenschutz ein wichtiger Aspekt ist. Wenn wir da Klarheit haben wollen, ist es ganz wichtig, dass wir jetzt schon zu Beginn den Amerikanern sagen, was für uns wichtig ist.

Manche werden sagen, wir reagieren ein bisschen schnell. Aber es wäre nicht so schlecht, wenn das Parlament schnell reagiert. Ich weiß, die Kommission – ich bin mir sicher auch die Frau Kommissarin, die hier ist – ist sicherlich voll informiert und fähig und bereit, relativ rasch über die Grundsätze, wie wir vorgehen sollen, Auskunft zu geben.

1-032-000

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Der Präsident. – Die EVP-Fraktion beantragt gemäß Artikel 175 der Geschäftsordnung die Rücküberweisung des Berichts von Herrn Coelho über die Einführung eines Evaluierungsmechanismus für den Schengen-Besitzstand an den zuständigen Ausschuss.

1-033-000

Carlos Coelho, *em nome do Grupo PPE*. – Trata-se de um reenvio técnico sugerido pelos serviços da Séance, uma vez que o Parlamento chegou a acordo com o Conselho e com a Comissão relativamente a um texto sobre os dois diplomas que estavam em cima da mesa: o mecanismo de avaliação de Schengen e a reintrodução de fronteiras. Portanto, por razões técnicas, temos de devolver este relatório à comissão, a comissão LIBE vai votar hoje à noite o novo texto e ele estará presente amanhã no debate na sessão plenária. É, portanto, um reenvio técnico.

1-034-000

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Mittwoch:

Der Präsident. – Wir kommen zum gleichen Verfahren gemäß Artikel 175 bei dem Bericht Kirkhope. Es geht um die Rückverweisung des Berichts Kirkhope aus technischen Gründen in den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres.

1-035-000

Timothy Kirkhope, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I think it is appropriate that I make a formal application under Rule 175 that my report on the use of Passenger Name Record data, which was due to be put to the vote on Wednesday of this week, is removed from the agenda and returned to the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs for the purposes of pursuing further compromises.

I hope that will be agreed by the House and by yourself.

1-036-000

Axel Voss (PPE). - Ich möchte mich gerne für diesen Antrag aussprechen, insbesondere weil ich es, aufgrund der Entwicklung, die wir in diesen ganzen Fluggastdaten haben, für wichtig erachte, dass wir hier zu einem Ergebnis kommen. Deshalb ist eine Rücküberweisung in den Ausschuss das einzig vernünftige.

1-037-000

Jan Philipp Albrecht (Verts/ALE). - Herr Präsident! Im Gegensatz zu dem Bericht von Herrn Coelho ist diese Rücküberweisung keine technische, sondern eine inhaltliche Entscheidung, die wir hier zu treffen haben. Es geht dabei um die Frage, ob wir die Mehrheitsentscheidung im zuständigen Innenausschuss, im Bürgerrechtsausschuss, akzeptieren, der sich für die Rücküberweisung des Kommissionsvorschlags ausgesprochen hat. Wenn wir das jetzt aus dem Plenum in den Ausschuss zurücküberweisen, dann missachten wir eigentlich diese Entscheidung, die nach etwa eineinhalb Jahren Debatte getroffen wurde, bei der sich drei oder vier Fraktionen sehr kritisch geäußert haben und diese Fluggastdatenmassenanalyse so nicht akzeptieren wollten. Insofern ist dies keine technische Entscheidung, und ich plädiere dafür, diese Rücküberweisung deswegen abzulehnen.

1-038-000

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Donnerstag:

Der Präsident. – Die Berichte der Kollegen La Via und Böge stehen am Donnerstag zur Abstimmung. Es handelt sich bei diesen Berichten um den Nachtragshaushalt Nr. 1 zum Haushalt 2013. Dieser Nachtragshaushalt Nr. 1 ist notwendig, um den Beitritt Kroatiens zu finanzieren. Zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat gab es über diese Frage eine volle Übereinstimmung, dass zusätzlich zum Haushalt 2013 dieser Nachtragshaushalt völlig unabhängig von allen anderen streitigen Punkten im Haushaltsverfahren selbstverständlich finanziert werden muss. Das ist der Grund, warum wir bis dato auch davon ausgegangen sind, dass die Mitgliedstaaten sich an ihr gegebenes Wort halten. Das tun sie nicht. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat in seiner letzten Sitzung keinen Beschluss gefasst. Insofern können wir auch am Donnerstag nicht abstimmen.

Ich stelle fest, dass das ein erneutes Nichteinhalten gegebener Zusagen durch die Mitgliedstaaten darstellt. Sie alle kennen die Hintergründe. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich sagen, dass die Ideologisierung des Haushaltsverfahrens durch einige Mitgliedstaaten im Rat früher oder später für die Europäische Union in einer richtigen Konfrontation enden wird. Ich kann von dieser Stelle aus nur an die Mitgliedstaaten appellieren, ihre gegebenen Verpflichtungen einzuhalten.

1-039-000

Giovanni La Via (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, come lei giustamente ha detto, gli Stati membri non hanno tenuto fede all'impegno che avevano preso, ma soprattutto il voto è un voto altamente politico – quello che viene rinviato – perché arriveremo al 1° luglio, momento dell'adesione della Croazia, senza aver messo a disposizione i soldi, perché realmente la Croazia possa far parte dell'Unione.

Ma aggiungo un'altra cosa, che il Consiglio si è espresso dando una disponibilità iniziale solamente con il "redeployment", cioè senza mettere le risorse fresche che sono necessarie, e il Parlamento ha obiettato e continua ad obiettare che quando invitiamo qualcuno dopo un lungo percorso ad aderire all'Unione, non lo invitiamo a pranzo utilizzando i residui dei piatti di tutti gli altri commensali.

Per questo ribadiamo con forza la necessità al Consiglio di risorse fresche e di una delibera in tempo utile perché si possa ovviamente votare all'inizio del mese di luglio e quindi dar luogo a un pieno avvio della presenza della Croazia all'interno dell'Unione!

1-040-000

Der Präsident. – Sollte der Rat bis Donnerstag noch einen entsprechenden Beschluss fassen, können wir am Donnerstag immer noch abstimmen. Insofern halten wir den Punkt bis Donnerstag auf der Tagesordnung. Sollten wir bis Donnerstag vom Rat einen Beschluss haben, können wir am Donnerstag abstimmen. Wenn nicht, lassen wir es sein.

1-041-000

Philip Claeys (NI). - Voorzitter, ik heb een vraag in verband met de agenda van woensdag. Dan krijgen we een verklaring van de hoge vertegenwoordiger voor het buitenlands beleid, mevrouw Ashton, over de situatie in Turkije. Het is mijn voorstel om naast de verklaring van mevrouw Ashton ook een verklaring van de Commissie te vragen, van uitbreidingscommissaris Füle. Wij kunnen toch niet doen alsof Turkije een land is als Syrië of Mali. Turkije is een kandidaat-lidstaat. Dan denk ik dat we de situatie ook in het licht

daarvan moeten kunnen bespreken, en dan zou het nuttig zijn als commissaris Füle ook deelneemt aan het debat.

1-042-000

Der Präsident. – Herr Claeys, ich hatte natürlich eben gefragt, ob es zum Mittwoch noch Wortmeldungen gibt. Jetzt kommen Sie im Nachhinein noch einmal mit diesem Antrag. Aber ich werde das so weiterleiten.

1-043-000

Bernd Posselt (PPE). - Herr Präsident! Ich möchte nur eine Frage stellen: Als Schattenberichterstatter der EVP für Kroatien möchte ich nur wissen, ob das Inkrafttreten des Beitritts in irgendeiner Weise durch diese skandalöse Entscheidung des Rates gefährdet ist. Es ist wirklich ungeheuerlich, was der Rat da macht. Ich möchte Sie nur fragen, ob der Beitritt dennoch garantiert am 1. Juli in Kraft tritt?

1-044-000

Der Präsident. – Herr Posselt! Die Antwort ist eindeutig. Die notwendigen Ratifizierungen in den Parlamenten sind erfolgt. Kroatien hat dementsprechend einen Rechtsanspruch auf Beitritt zum 1. Juli. Die Frage der Finanzierung der daraus resultierenden Verpflichtungen ist eine Frage, die die Haushaltsbehörde in ihren beiden Teilen klären muss. Das ist sicher auch noch nach dem 1. Juli zu klären. Die Finanzierung muss gewährleistet sein. Der Beitritt ist gewährleistet, die Finanzierung muss gewährleistet sein.

Ich will hier noch einmal aufgreifen, was Kollege La Via – wie ich finde richtigerweise – gesagt hat. Wir haben einen Haushalt. Es kommt ein neues Mitglied dazu. Und bereits in der EU befindliche Mitgliedstaaten sind der Auffassung, wir brauchen dazu kein zusätzliches Geld, das kann durch Kürzungen an anderen Stellen finanziert werden. Das ist ein eklatanter Bruch all dessen, was auch in den Verhandlungen beschlossen worden ist.

Sie werden sich daran erinnern, dass ich hier vor diesem Hause eine Erklärung unterschrieben habe für den ordentlichen Haushalt 2013, in dem Kommission und Rat sich verpflichtet haben, für den Kroatien-Beitritt die notwendigen Summen zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Das Parlament und die Kommission halten sich an diese Zusage, der Rat – und hier muss ich sagen nicht alle 27, sondern einige der Mitgliedstaaten verweigern es, zu ihren Verpflichtungen zu stehen. Aber das ist ja nicht zum ersten Mal so, sondern zum wiederholten Male. Der Beitritt von Kroatien wird dadurch nicht gefährdet.

1-045-000

Francesco Enrico Speroni (EFD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi riferisco a questa questione dell'ingresso della Croazia e del finanziamento: l'on. La Via ha detto che quando si invita qualcuno a pranzo non gli si danno gli avanzi ecc.

Però io non pensavo che quando uno aderisce è un invito a pranzo, so che di solito chi aderisce ad un'associazione, a un club, ecc., paga la quota d'iscrizione, non che è a carico di quelli che ci sono già. Quindi, sono in completo disaccordo con quanto detto sinora e secondo me chi vuole entrare deve pagarsi le sue spese.

1-046-000

Jean-Pierre Audy (PPE). - Monsieur le Président, simplement une réflexion d'ensemble. La Conférence des présidents a invité deux présidents de la République qui vont prononcer des discours de très haut niveau mais, en tant que membre, j'avais beaucoup apprécié l'échange que nous avons eu avec le président de la République française, qui est membre du Conseil européen, et je crois que, dans notre Assemblée, nous aimerions avoir davantage de débats avec les membres du Conseil européen.

Ne pourriez-vous pas réfléchir à inviter plutôt, en l'occurrence, le président du gouvernement et le Premier ministre pour que, avec ces deux États, nous puissions avoir des échanges sur la façon dont ils gouvernent les États?

1-047-000

Der Präsident. – Herr Audy! Ich kenne Ihren diesbezüglichen Wunsch. Wir laden ja auch schon so viel Premierminister wie möglich ein. Wir haben auch eine lange Liste von Wünschen von Regierungschefs, zu uns zu sprechen. Wir werden auch alle erfüllen. Bei den beiden Besuchern in dieser Woche, Herrn Staatspräsident Pahor und Herrn Staatspräsident Cavaco Silva, handelt es sich aber nicht um Mitglieder des Europäischen Rats, sondern um Staatsoberhäupter, die einen diplomatischen Besuch im Europäischen Parlament abhalten, deren Reden in der Regel ja dann hier nicht zur Diskussion stehen.

Bei Herrn Staatspräsident Hollande war das anders. Sie sind ja Bürger eines Landes, Herr Audy, in dem der Staatspräsident nicht nur das repräsentative, sondern auch das politische Staatsoberhaupt ist. Das war der Grund, warum er hier vom Rednerpult aus geredet hat und anschließend vom Platz des Rates aus mit uns diskutiert hat. Das ist auch nur in Frankreich so.

1-048-000

Giovanni La Via (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, solo per fare una precisazione al collega Speroni.

In primo luogo, l'accordo fatto tra le tre istituzioni e sottoscritto congiuntamente al momento dell'approvazione al quadro finanziario pluriennale 2007-2013 prevede esplicitamente che nel caso dell'allargamento questo sia finanziato con risorse fresche.

In secondo luogo, del bilancio rettificativo numero 1, due terzi e anche più vengono a essere pagati dalla Croazia, quindi la Croazia mette soldi freschi, ovviamente per finanziare una parte delle attività. Ma c'è una quota che va messa con risorse comunitarie e per le quali, così come lo abbiamo fatto per tutti gli altri paesi, perché sempre ogni allargamento è stato finanziato con risorse fresche, anche in questo caso credo che l'allargamento con la Croazia vada finanziato con risorse fresche.

1-049-000

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

16. Organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche (Aussprache)

1-051-000

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Salvatore Iacolino im Namen des Sonderausschusses gegen organisiertes

Verbrechen, Korruption und Geldwäsche über organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche: Empfohlene Maßnahmen und Initiativen (Zwischenbericht) (2012/2117(INI) - A7-0175/2013).

1-052-000

Salvatore Iacolino, *relatore*. – Signor Presidente, mi accingo ad introdurre una questione che non è di poco rilievo e che riguarda un'attività intensa, fitta che abbiamo posto in essere con la commissione speciale, voluta proprio dal Parlamento europeo: la commissione sul crimine organizzato, la corruzione e il riciclaggio.

Un anno di intensa attività con audizioni, con il contributo di esperti, con una serie di delegazioni che abbiamo svolto negli Stati Uniti d'America, in Italia e ancora a Belgrado, con lavori portati avanti prima con dei documenti specifici di lavoro e poi con questa relazione di metà mandato.

Il contrasto e la lotta al crimine organizzato, la corruzione al riciclaggio, tutti i reati transnazionali impongono una forte cooperazione giudiziaria e di polizia basata sulla fiducia tra gli Stati membri ed un concorso responsabile attraverso specifici accordi di cooperazione dei paesi terzi.

Abbiamo voluto centrare la nostra attenzione su una sfida che oramai non è soltanto una sfida europea, ma è una sfida globale nei confronti di crimini che sono essenzialmente – lo sa bene la signora Commissario Malmström – crimini di natura economica. Riteniamo che, appunto per questo, dobbiamo fare in modo che queste risorse che oggi vengono acquisite illecitamente da parte dei sistemi criminali possano invece essere recuperate.

Come? Attraverso una forte cooperazione, attraverso squadre investigative comuni, attraverso un forte concorso responsabile di Eurojust, per esempio, di Europol ma anche attraverso Stati membri che svolgano responsabilmente questa loro attività.

Il contrasto del crimine organizzato è senz'altro una priorità politica del Parlamento europeo e riteniamo che parimenti lo sia della Commissione e degli Stati membri: abbiamo pertanto previsto una definizione comune di crimine organizzato che includa il reato di stampo mafioso, facendo riferimento ai modelli legislativi più avanzati, la lotta al traffico degli esseri umani. Così come la lotta al narcotraffico, così come la lotta al contrabbando di sigarette o le scommesse illegali nelle competizioni sportive, impongono una forte collaborazione anche con i singoli componenti di questa realtà: banche, una maggiore governance bancaria.

Abbiamo raccomandato inoltre – per come è giusto che sia – l'abolizione del segreto bancario: la corruzione è spesso legata a una burocrazia farraginoso nella quale si infiltrano i gangli più incisivi della corruzione e allora bisogna che gli Stati membri svolgano appieno il loro intervento, attraverso riforme strutturali che sviluppino semplificazione e riordino di una burocrazia che deve essere a vantaggio dei cittadini.

Bisogna recuperare la fiducia dei cittadini e degli imprenditori onesti! Lo si fa attraverso una politica più responsabile, allargando la previsione del voto di scambio anche con promesse di utilità diverse dal denaro. Bisogna escludere le imprese condannate con sentenze passate in giudicato da tutte le gare pubbliche negli Stati membri.

Finalmente attivare la procura europea, c'è bisogno di questa proposta, c'è bisogno di un maggiore contrasto nei confronti dei paradisi fiscali che albergano anche nel territorio degli Stati membri, maggiore trasparenza del sistema bancario e un concorso responsabile

di notai e camere di commercio. Occorre l'individuazione certa del beneficiario effettivo e inoltre anche una disciplina fiscale omogenea a livello europeo.

Abbiamo bisogno di ripartire dall'Europa, dall'Unione europea per contrastare al meglio questi sistemi criminali che hanno determinato morte, uccisioni barbare nei confronti di chi in Sicilia, ma nel resto d'Italia, così come in Europa ha contrastato con grande forza e con grande coraggio nei confronti di questi sistemi criminali.

Una *roadmap*, Signor Presidente, con un cronoprogramma preciso e con un concorso forte da parte della commissione. Ringrazio il presidente della commissione CRIM, i coordinatori, gli *shadow*, gli autori dei contributi tematici, il segretariato e sono a disposizione per ogni eventuale apporto che loro ulteriormente vorranno dare.

1-053-000

Elnökváltás: SURJÁN LÁSZLÓ

alelnök

1-054-000

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur for this very important report and for the work that he and the members of the CRIM committee – the Special Committee on Organised Crime – have been doing. We welcome the report and support much of what is in it. I am happy that I have been able to follow the work of the CRIM committee by visiting you and talking with you on a couple of occasions.

I know that you are working on the final conclusions with regard to specific measures taken in the field of organised crime, corruption and money laundering. Let me refer to some of the issues which you mentioned and that are also in the report.

On corruption and integrity, I am pleased to see the large number of recommendations, especially with reference to the anti-corruption report that the Commission is planning to adopt this year. For the time being the Commission does not intend to propose new legislation on the definition of corruption, the approximation of statutes of limitation for corruption offences or the protection of whistleblowers.

Long-standing international standards – such as UNCAC or Council of Europe instruments, which cover a wide range of corruption aspects – are already in place. With few exceptions, the shortcomings in our member countries relate to the unsatisfactory implementation of anti-corruption legislation or policies or sometimes, perhaps, a lack of political will.

The Commission's anti-corruption report will therefore look at the end results and the impact of anti-corruption efforts. We will refer to all kinds of corruption in the public and private sector. We will assess Member States' efforts to see what has worked and what has not, to recommend further improvements and to disseminate good practices.

As regards the fight against money laundering, we share the recommendations in the report. The recently proposed fourth Money Laundering Directive will address several of these issues, such as the explicit mention of tax crimes in the list of predicate offences and enhanced transparency on beneficial ownership; it will reinforce vigilance on sport betting and gambling in general; and it will reinforce cooperation and data sharing between public authorities.

To complement the preventive measures in the fourth Money Laundering Directive, the Commission is preparing a proposal for a criminal law directive laying down minimum rules on the definition of, and sanctions for, money laundering. We greatly welcome the fact that the mid-term report insists on the need for better tools to identify the beneficial owners and the inclusion of beneficial ownership information in company registers, as well as recommending limiting the creation of shell companies.

The mid-term report refers to the need for efficient systems for the confiscation and recovery of the proceeds of crime and I welcome the proposals here. Once adopted, the proposal which is now being negotiated between the Council and the Parliament – the Confiscation Directive – will need to be implemented properly and promptly.

We welcome the report's emphasis on the need for special protection for victims of trafficking, especially children. As you know, the newly adopted directive on victims' rights means that all victims of crime will benefit from common minimum standards on their procedural rights, support and protection throughout criminal proceedings. This directive recognises the specific needs of protection for vulnerable victims, especially minors, and it also pays special attention to victims of trafficking, terrorism and organised crime.

This legislation must be properly implemented and applied by 2015. Only this will make victims' rights a tangible reality for all victims and their families. The new Drugs Strategy was adopted last December and the first of two action plans will be adopted this month.

Two Commission legislative proposals on precursors are also being negotiated to strengthen control on trade in precursors, whether the trade is with countries outside or inside the EU.

We also welcome in your report the strong statement on the establishment of the European Public Prosecutor's Office, which will be a milestone in the process of improving the protection of the EU's financial interests and thus of taxpayers' money. Vice-President Reding and Commissioner Šemeta have discussed this with you on several occasions.

I would like to thank the Parliament and Mr Iacolino for the strong recommendations on this important project. We intend to adopt a proposal for a regulation establishing the European Prosecutor's Office shortly, and I can assure you that the proposal will take your views into account. We share the same concerns and the same goals: the waste of EU funds in the pockets of fraudsters is unacceptable.

Finally, I also welcome the recommendations on research. The Commission is negotiating with Parliament and the Council the content and the budget of the next Horizon 2020 research programme. This includes a 'Secure Societies' theme dealing with numerous aspects of organised crime listed in the report, including money laundering.

With regard to the cross-cutting aspects of organised crime, you referred to the idea of revising the current legislative framework, including on mafia-type organisations, and for stronger sanctions, specific witness protection measures and tailor-made investigation tools. The Commission is currently carrying out a study on the effectiveness of the tools used to fight organised crime in the EU. The outcome of this study will be available next year and will enable us to determine the best suitable measures to be adopted in future.

We greatly welcome this report; the recommendations will serve as a solid basis for action at EU level. Together, we can make a strong contribution to fighting organised crime in the European Union.

1-055-000

Véronique Mathieu Houillon, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, tout d'abord, je souhaite féliciter Salvatore Iacolino pour l'excellent rapport qui est maintenant sous nos yeux.

Les groupes criminels sont toujours plus polymorphes. Ils opèrent avec le trafic de drogues, le trafic de cigarettes, mais ils trompent également les consommateurs avec des produits à bas coûts qui sont dangereux pour la santé humaine et pour l'environnement, avec la contrefaçon de médicaments et de produits de consommation courante, de pesticides, etc.

Les réseaux criminels organisent la traite d'êtres humains avec l'immigration illégale et la prostitution forcée. Ils utilisent la corruption pour acheter un service, une complaisance, ou le silence, et le blanchiment pour camoufler leurs activités criminelles. Que faire?

Nous avons des institutions européennes qui ont pris conscience de la situation. On peut également féliciter les institutions et les agences – Europol, Cpol et Eurojust – qui font un travail remarquable et quotidien contre les réseaux criminels.

Et on applaudit également les récentes propositions de la Commission européenne. Elles ont été citées par la commissaire à l'instant. Je ne vais pas en citer d'autres.

Comme identifié dans le rapport Iacolino, beaucoup d'autres axes de réflexion et de réforme sont encore à envisager. Nous devons renforcer la coopération policière et judiciaire en misant sur la formation. On peut encore exclure des offres de marché public les opérateurs condamnés pour activités criminelles ou blanchiment, et mettre en place, d'une façon transparente, une liste européenne d'organisations criminelles.

Ne l'oublions pas, les premiers lésés sont les citoyens européens. Ce rapport doit nous faire prendre conscience que la mafia ne se limite pas à une partie de l'Union européenne. Il est temps d'agir en conséquence et qu'une prise de conscience s'opère, car il s'agit de milliards d'euros détournés de l'économie légale au détriment de contribuables. Une question de moralité, mais également de sécurité pour les citoyens européens.

1-056-000

Tanja Fajon, *v imenu skupine S&D*. – Kako pošteno in dobro delajo pravni sistemi v naših državah? Očitno je, da so neučinkoviti in počasni, predvsem pa, da ne uživajo zaupanja naših državljanov.

To nam dokazujejo zaskrbljujoči podatki. Če se omejim le na korupcijo: na leto izgubimo okoli 120 milijard evrov. Finančna kriza organiziranim kriminalnim mrežam odpira priložnosti za še večji dobiček. Če bi le del ukradenega denarja investirali v ustvarjanje delovnih mest, bi že zdavnaj premagali krizo.

Vzpostavitev evropskega urada javnega tožilstva je posebej pomembna za borbo proti davčnim prevaram in utajam. Korupcija zavira investicije in gospodarsko rast, zmanjšuje zaupanje v institucije, zato predlagamo vsaj petletno prepoved kandidiranja in opravljanja javnih funkcij na vseh ravneh za posameznike, obsojene korupcije, večjo transparentnost financiranja političnih strank, vzpostavitev črnih seznamov podjetij, vpletenih v korupcijo, in odpravo bančnih skrivnosti.

Nujno moramo okrepiti pravosodno in policijsko sodelovanje na evropski in mednarodni ravni. Z našimi priporočili vladam bomo jutri poslali zelo jasno sporočilo, da je Evropski parlament resno zavezan borbi proti korupciji, organiziranemu kriminalu in pranju denarja.

Le s strogimi ukrepi bomo ohranili naše države demokratične, pravne in socialne in ponovno začeli graditi na izgubljenem zaupanju državljanov.

1-057-000

Sonia Alfano, *a nome del gruppo ALDE*. – Signor Presidente, mi sia consentito innanzitutto ringraziare in maniera veramente sentita il relatore, onorevole Iacolino, i coordinatori, i segretari, il segretariato, la Commissione, tutti i colleghi della commissione CRIM e la Commissaria Malmström. Se non fosse per la Commissaria Malmström e per la sua sensibilità dimostrata negli anni precedenti, noi oggi non saremmo qui a parlare di questo testo: per cui, grazie Commissaria Malmström.

Come dicevo prima, proprio il Parlamento europeo, durante questa legislatura, ha mostrato grande sensibilità politica, su un tema mai affrontato dal 1979 a oggi, portando al centro del dibattito delle istituzioni europee l'argomento crimine organizzato.

Un anno fa il Parlamento ha fortemente voluto che venisse creata una commissione ad hoc, la CRIM, il cui scopo è quello di indicare alla Commissione europea e agli Stati membri la strada da seguire per definire un quadro di azione europeo, di contrasto alle organizzazioni criminali e mafiose. La CRIM è diventata un validissimo interlocutore per autorità investigative e autorità giudiziarie, un luogo in cui le loro richieste finalizzate a una lotta a tutto campo alle organizzazioni criminali si trasformano dopo il giusto e dovuto approfondimento in istanze politiche di cui il Parlamento europeo si fa carico.

In qualità di presidente della CRIM invito tutti i colleghi a sostenere il lavoro svolto finora; la risoluzione intermedia che voteremo domani è un passo ulteriore verso l'adozione di una sorta di testo unico che possa rappresentare la stella polare a livello europeo e nazionale per i prossimi anni e la cui attuazione dovrà essere un obiettivo prioritario durante la prossima legislatura.

Lotta alla criminalità organizzata, corruzione, riciclaggio di denaro significa soprattutto poter garantire libertà, sicurezza e democrazia ai cittadini europei; perdere tempo o titubare significa regalare vantaggio alle organizzazioni criminali organizzate e minacciare l'economia dell'Unione. Non intendo ripetere ciò che i miei colleghi hanno eccellentemente esposto.

Come presidente della CRIM, consentitemi inoltre – e mi auguro che si aggiungano anche altri colleghi – di deplorare ogni iniziativa volta a offendere la memoria delle vittime della mafia, esattamente come è accaduto a Vienna nei giorni scorsi con l'apertura di un pub, nel cui menu vengono sbeffeggiate le vittime innocenti della mafia. In Spagna, 31 ristoranti si chiamano mafia: è vergognoso!

Invito gli Stati membri ad adottare immediate iniziative per porre fine a questo scempio di sangue innocente. Le mafie devono essere affrontate e sconfitte e non diventare terreno fertile su cui elaborare modelli disonesti e criminali.

1-058-000

Rui Tavares, *em nome do Grupo Verdes/ALE*. – Caros Colegas, deveria enfatizar que falo aqui em nome do Grupo dos Verdes/Aliança Livre Europeia, que se absteve no voto em comissão. É uma abstenção que queremos construtiva como, aliás, tem sido a posição deste grupo desde o início em relação à Comissão Especial para a Criminalidade Organizada, a Corrupção e o Branqueamento de Capitais.

Foi este grupo, junto com outros, que propôs que a lavagem de dinheiro fizesse parte do mandato da comissão. É uma parte do seu mandato que muito nos agrada e, aliás, uma parte do relatório do nosso colega Salvatore Iacolino que muito nos agrada, também porque tem alguns passos importantes no combate à lavagem de dinheiro. É também um tema que, há um ano atrás, quando começámos os trabalhos, não estava em cima da mesa como está agora. Hoje em dia, depois dos debates que tivemos em Conselho e depois das notícias que saíram na imprensa, sabemos que o dano social que é causado pela lavagem de dinheiro ou branqueamento de capitais à escala europeia é enorme, é de um bilião, ou seja, um milhão de milhão de euros todos os anos.

Quais é que são as razões que nos obrigam, também, a ser ao mesmo tempo cautelosos? Uma certa tendência para avançar no domínio da lei criminal, da lei penal, da harmonização entre leis penais dos diversos Estados-Membros, às vezes sem ter em devida precaução todas as questões de liberdades e direitos fundamentais. Nós achamos que este caminho deve ser feito. O caminho que deve ser feito no combate à criminalidade organizada, à corrupção e à lavagem de dinheiro tem que ser feito com segurança naquilo em que nós queremos ser duros, como a criminalidade, mas também naquilo em que queremos ser firmes, como a defesa dos direitos dos cidadãos.

Também nos preocupa, por outro lado, por exemplo, a ideia de que nós pudéssemos criar uma subcomissão dentro da Comissão das Liberdades deste Parlamento só para lidar com as questões de criminalidade. Não é uma proposta do relator, mas é uma proposta que está no relatório. Nós achamos que isso criaria uma divisão demasiado grande entre os defensores das liberdades civis e os defensores da segurança e da criminalidade. Nós estamos os dois do mesmo lado, não em lados diferentes e creio que, para o futuro, há ainda caminho para trabalharmos em conjunto, para, no relatório final, podermos votar a favor.

(O orador aceita responder a uma pergunta formulada ao abrigo do procedimento "cartão azul" (artigo 149.º, n.º 8, do Regimento))

1-059-000

Krisztina Morvai (NI), *blue-card question* . – Mr President, we know, Mr Tavares, from your Hungarian report that you are an expert on transparency. With this expertise, how satisfied are you with this report's message on corruption within the European Union institutions?

In other words, has this report covered sufficiently the well-known corruption that goes on within the institutions of the European Union, as suggested, for example, by this week's Bilderberg Group meeting? To what extent are you happy with the system of checks and balances within the European Union, and how does it prevent corruption within the European Union?

1-060-000

Rui Tavares (Verts/ALE), *blue-card answer* . – Thank you for your question, Ms Morvai. Corruption within the institutions of the Union is indeed a phenomenon, for example in the linkage between the institutions of the Union and the funds which are awarded to national governments and then sometimes feed in to the financing of national parties. It is a disgraceful phenomenon that must be addressed by the European Public Prosecutor of which Commissioner Malmström spoke, which will have as the first item on its mandate to fight fraud concerning the budget of the Union. This has to be complemented, of course, by a strong edifice of civil rights and guarantees.

We have seen from the experience of OLAF that sometimes you have very strong tools for fighting corruption but that these are not framed by a good legal basis in respect of civil rights and freedoms. There is much to be done in that area in the future.

1-061-000

Timothy Kirkhope (ECR). - President, firstly I would like to thank the rapporteur for his hard work and, in particular, his very pragmatic and positive approach to the work he has undertaken.

This mid-term report is a litmus test for the final report and, whilst there is much in here that we strongly support – most importantly, the tough stance on fighting cross-border crime – I would, however, urge Parliament not to make the final report a veritable Christmas tree which collapses under the sheer weight of loads of ideas. Instead, we need to create a strong, coherent final report with a deliberate focus and targeted set of priorities. Most importantly, we need to be one step ahead of criminals and criminal activity, rather than one step behind. At the moment we are, frankly, trailing well behind.

This is a massive problem, causing huge economic and social damage to all of us. I strongly believe that the best antidote to cross-border crime, and indeed cybercrime, is the sharing of information, but obviously with appropriate safeguards in place and also speed, efficiency and precision in the work that we do. I hope that we take a step back before the final report and produce a final proposal which fully equips Europe to face the big challenges which lie ahead of us in the future.

1-062-000

Gerard Batten (EFD). - Mr President, the economies of Europe are in deep crisis, and unemployment is reaching record levels. But there is one boom industry offering unprecedented employment opportunities. That of course is organised crime. This report recognises the seriousness of the situation and offers the solution we have come to expect on every occasion, namely a common European approach and more harmonised laws.

But it is precisely the common European approach that has helped create the problem in the first place. Every annual Europol organised crime threat assessment report since 2009 has said that the root cause for the growth of organised crime across Europe is the EU's own open-borders policy.

This report suggests the creation of an 'intelligence training centre'. However, the intelligent thing to do would not be to set up another institution expanding the power of the EU, but to reintroduce border controls to prevent the free movement of criminals in the first place.

1-063-000

Cornelis de Jong (GUE/NGL). - Voorzitter, ik wil de rapporteur danken. Ondanks alle honderden amendementen is er in ieder geval een verslag dat lezenswaardig is, en dat belangrijk is, niet alleen voor Italië maar voor heel Europa.

Ik ben het wel erg eens met de heer Kirkhope als hij zegt "Het eindverslag moet wel kort en krachtig zijn". Anders kan de Commissie weer enkele dingen eruit te pakken – zoals we net gehoord hebben bij corruptie van commissaris Malmström – en andere dingen gewoon te negeren. Dat moeten we niet laten gebeuren.

Strafrecht is een gevoelige materie. Je ontnemt iemand geheel of gedeeltelijk zijn mensenrechten, en het verslag heeft nog te weinig aandacht voor preventie en voor reclassering. Het strafrecht dient er niet alleen maar toe om de samenleving gerust te stellen, maar is ook een middel om misdadigers te helpen na hun straf weer terug in de samenleving te komen. Het aantal gevallen van recidive ligt veel te hoog. Het is zowel voor de samenleving als voor de daders belangrijk dat we dit niet uit het oog verliezen. Ik hoop dan ook dat in het eindverslag meer aandacht besteed wordt aan preventie en reclassering.

Ik heb mijn fractie aangeraden zich te onthouden van stemming over dit verslag. Dat heeft vooral te maken met het feit dat het verslag soms doorslaat, bijvoorbeeld waar het voorstelt bij bepaalde misdrijven het passief kiesrecht te ontnemen. In plaats van een individuele toets voor de rechter roept het verslag op dit kiesrecht eigenlijk automatisch en ook nog eens permanent te ontnemen. Dat kan niet.

Nog belangrijker is echter de oproep een Europees openbaar ministerie in te stellen. We hebben net een vernietigend verslag gehad van het toezichthoudend comité over OLAF. Duidelijk is dat dit niet het moment is om zich uit te spreken over vervolgstappen. De Commissie zegt dat in 40 procent of meer van de gevallen lidstaten geen actie ondernemen in vervolg op OLAF-verslagen. Maar ligt dat aan de lidstaten of aan de kwaliteit van die verslagen zelf? Laten we eerst eens kritisch kijken naar het functioneren van OLAF en van EUROJUST. Als zij goed genoeg functioneren, kunnen diezelfde resultaten die we met het openbaar ministerie willen bereiken, niet bereikt worden via intensievere samenwerking tussen lidstaten?

1-064-000

Andrew Henry William Brons (NI). - Mr President, the solution to these problems, we are told, is more EU legislation and greater competence for the EU. Unlike the literary character Topsy, organised crime did not just grow: it has been facilitated by the EU. Schengen removed borders for organised crime just as it did for legitimate business. Drugs, arms and trafficked people can be more easily moved. A single currency makes it possible to launder the profits of crime much more easily anywhere in the zone, just as lax immigration controls and connivance with bogus asylum claims allow criminals and sometimes their wares to pass from one country and one continent to another.

Of course, not all organised crime involves crossing frontiers. The predominance of the same distinct population groups both in ostensibly legitimate cash business such as taxi firms and take-away food shops, and in drug dealing and prostitution, allows the profits of the latter to be laundered through the former.

1-065-000

Tadeusz Zwiefka (PPE). - Panie Przewodniczący! Kiedy podejmowaliśmy pracę w Specjalnej Komisji ds. Zwalczenia Przestępczości Zorganizowanej wiedzieliśmy, że tematy, którymi będziemy się zajmowali, będą niezwykle skomplikowane i nie należą do najłatwiejszych. Myślę jednak, że nikt nie spodziewał się, jak ogromna jest skala wpływu działalności przestępczej na funkcjonowanie budżetów państw członkowskich czy Unii Europejskiej. Sprawozdanie śródkresowe komisji CRIM jest próbą zebrania i zidentyfikowania całej gamy problemów w tym obszarze. Praca wykonana przy tym sprawozdaniu to praca niezwykle trudna i tutaj chciałbym podziękować panu Iacolino za jego ogromny wysiłek, a przede wszystkim za wzorową współpracę z innymi posłami.

Trudno bowiem przy tak rozległej tematyce, na co wskazuje chociażby długość sprawozdania, uchwycić wszystkie możliwe aspekty związane ze zorganizowaną przestępczością czy korupcją. Dlatego musimy wyłonić i zidentyfikować te najważniejsze i znaleźć te płaszczyzny, gdzie możemy usprawnić działanie już istniejących instytucji i mechanizmów. W tym kontekście cieszy mnie ogłoszony w zeszłym tygodniu przez Komisję Europejską plan zwalczania przemytu wyrobów tytoniowych. Ta problematyka została zauważona także w pracach komisji CRIM i mówiliśmy o tym podczas jednego z wysłuchań.

Chciałbym także podkreślić, że chyba w żadnym innym obszarze szybkość i skuteczność reakcji, zarówno władzy legislacyjnej, jak i wykonawczej, nie jest tak potrzebna jak właśnie w walce z przestępczością zorganizowaną.

1-066-000

Rita Borsellino (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissaria Malmström, la relazione di medio periodo che voteremo domani in plenaria costituisce un primo passo importante compiuto dalla commissione speciale CRIM, dopo mesi di molto lavoro e di molte audizioni.

Mi preme sottolineare il fatto che si tratta soltanto di un primo passo e che ancora purtroppo è lungo il cammino che dobbiamo compiere per diffondere in Europa una cultura della legalità e per fare valere il principio che le mafie non sono un fenomeno locale ma sono un fenomeno globale e come tali devono essere trattate.

Tra gli strumenti e le misure da adottare a livello europeo suggerite dalla relazione, vorrei ricordare ancora una volta, in particolar modo, la definizione comune di criminalità organizzata e corruzione, l'armonizzazione della normativa penale, l'abolizione del segreto bancario, la trasparenza negli appalti pubblici e in particolare la creazione di una lista nera di compagnie coinvolte in reati di corruzione e il divieto per cinque anni di partecipare a gare pubbliche per quegli operatori economici che hanno commesso reati legati alla corruzione, al crimine organizzato e al riciclaggio.

Poi, l'istituzione di un procuratore europeo, che è stata più di una volta citata, l'ineleggibilità al Parlamento europeo ad altre cariche europee di persone condannate per reati riguardanti la corruzione, il crimine organizzato e il riciclaggio e anche norme severe contro i crimini ambientali, e ancora la richiesta di una normativa *ad hoc* per la protezione dei testimoni di giustizia e delle vittime della tratta.

Ringrazio il relatore per il suo lavoro e spero che questa relazione sia alla base per la stesura di una relazione finale ancora più ambiziosa, che delinei una chiara strategia europea per contrastare il crimine, la corruzione e il riciclaggio.

1-067-000

Θεόδωρος Σκυλακάκης (ALDE). - Κύριε Πρόεδρε, το οργανωμένο έγκλημα και οι πρακτικές διαφθοράς στην Ευρώπη αποτελούν σήμερα εξαιρετικά εκτεταμένα φαινόμενα. Από τη θεματική εισήγηση που συνέταξα κατά την σύνταξη της έκθεσης αυτής, προκύπτει ότι κάθε χρόνο έχουμε πάνω από 20 εκατομμύρια ομολογημένες δωροδοκίες στους δημοσίους τομείς των κρατών μελών της Ένωσης.

Το οργανωμένο έγκλημα εξαιτίας του ιδιαίτερα διασυνοριακού χαρακτήρα του, και η διαφθορά, λόγω των καταστροφικών επιπτώσεων της στις κρατικές και οικονομικές λειτουργίες αλλά και

στα οικονομικά συμφέροντα της Ένωσης, πρέπει να αποτελέσουν κατά τη γνώμη μου κεντρικά θέματα ενδιαφέροντος της Ένωσης.

Τα κράτη μέλη μόνα τους έχουν, θεαματικά, αποτύχει στην αντιμετώπιση αυτών των φαινομένων και υπάρχουν πολύ ισχυρά επιχειρήματα με βάση την καλόπιστη εφαρμογή της αρχής της επικουρικότητας για την αντιμετώπιση τους, με τη δημιουργία ισχυρών, νέων, κοινών θεσμών, με περισσότερη και αποτελεσματικότερη Ευρώπη. Θεσμών που ήδη προβλέπονται όπως ο "Ευρωπαίος Εισαγγελέας", αλλά και μελλοντικών, όπως η μετεξέλιξη των εργαλείων που ήδη διαθέτουμε, σ' ένα ευρωπαϊκό FBI, Αυτό με σκοπό να υπάρχει κάτι το οποίο θα φοβούνται, τόσο οι πανίσχυρες εγκληματικές οργανώσεις που δρουν σε πολλές χώρες της Ένωσης, όσο και τα οργανωμένα τοπικά κυκλώματα δημόσιας ή πολιτικής διαφθοράς, την ύπαρξη των οποίων τόσο πολλοί σήμερα παριστάνουν ότι αγνοούν.

1-068-000

Jan Philipp Albrecht (Verts/ALE). - Herr Präsident! Der Kampf gegen organisierte Kriminalität, Geldwäsche und Korruption ist wichtig und muss ausgeweitet werden! Wir brauchen bessere Maßnahmen, vor allen Dingen eine bessere grenzübergreifende Kooperation in der Europäischen Union. Wir müssen da voranschreiten. Wir brauchen gemeinsame Regeln. All das ist in diesem Zwischenbericht enthalten, und das finde ich gut. Ich glaube, dass wir an dieser Stelle vorankommen. Aber mir fehlt ein ganz wichtiger Teil in diesem Bericht, und das ist auch der Grund, warum wir dem Bericht in dieser Form, d.h. als Zwischenbericht, eben noch nicht zustimmen können. Wir würden ihm gerne am Ende zustimmen. Wir müssen natürlich kooperieren und die Maßnahmen von Polizei und Justiz verbessern, es fehlen jedoch einheitliche Verfahrenstandards. Wir brauchen ein Fundament, wir brauchen die Zusammenarbeit bei den rechtsstaatlichen Grundbedingungen, die erfüllt sein müssen, bei den Grundrechten auch, die geschützt werden müssen. Und das ist eben in diesem Bericht noch nicht ausreichend. Wenn man bessere Bekämpfung von Kriminalität wirklich will, dann muss man einheitliche Standards schaffen!

1-069-000

James Nicholson (ECR). - Mr President, may I first of all take this opportunity to congratulate the rapporteur on an excellent report, as well as all involved in the committee's work on this.

Certainly, when I first got involved I did not realise the extent of smuggling and the loss to the revenue that this brings. In my own region we have a massive problem with diesel smuggling and tobacco smuggling. Also, though I did not realise it, people-trafficking through my region into the United Kingdom mainland is substantial, and it is only the good work of the local police in recent times that has been able to save many people from this particular problem.

I think many of us do not really think about and appreciate the work that the police and many others do across borders, working together to actually grasp these very serious problems which we have in our midst and which, sometimes, are going on under our noses without us knowing what is happening.

So I think more must be done and I wish the rapporteur well as he works on this final report.

1-070-000

Jaroslav Paška (EFD). - Mnohé príklady z každodenného života nám dokazujú, že pre organizovaný zločin nepredstavujú hranice štátov a rozdielne jurisdikcie nijakú veľkú prekážku. Odhalenie rozsiahleho prania špinavých peňazí spoločnosťou Liberty Reserve z Kostariky, ktorá za využitia komplexného internetového systému prostredníctvom virtuálnych mien očistila a dala do obehu šesť miliárd dolárov získaných z podvodov s platobnými kartami, Ponzioho schém či detskej pornografie, nám ukázalo, ako efektívne a pohotovo dokáže organizovaný zločin využívať všetky vymoženosti dnešnej techniky. Táto banka prvého výberu podsvetia od roku 2006 vykonala viac ako päťdesiatpäť miliónov transakcií a mala po celom svete asi milión klientov, z ktorých približne 20 % bolo zo Spojených štátov amerických.

Naše úsilie o zlepšenie medzinárodnej spolupráce v boji proti organizovanej trestnej činnosti je preto odôvodnené a v záujme ochrany čestných ľudí musíme byť, myslím si, v tejto oblasti ešte oveľa aktívnejší.

1-071-000

Димитър Стоянов (NI). - Този доклад, който имаме, той наистина е много подробен, но от него може да се извади едно много точно заключение, че прекалено голямата свобода на придвижване, която има, че прекалено ускорените темпове на федерализация на Европейския съюз играят най-вече в полза на организираната престъпност. Всъщност най-големият печеливш от федерализацията на Европейския съюз, в пъти повече от обикновените граждани, това са организираните престъпни групи. Аз това прочетох в този доклад. И какво ни се предлага като решение на проблема? Нова федерална структура, европейска прокуратура, която е напълно извън правомощията на Европейския съюз, които той има по тези договори. Когато беше въведена европейската заповед за арест пак ни обяснявахте, че това ще е за борба с организираната престъпност. После се оказа, че националните власти я използват, за да гонят кокошкари, които откраднали колела. Не, не можете по този начин. Това не отговаря на принципа за субсидиарност, затова трябва да преосмислим откъде е започнал проблемът, а не да въвеждаме нови методи за решаването му.

1-072-000

Barbara Weiler (S&D). - Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ganz kurz Herrn Stoyanov schon mal vorab empfehlen, sich mal den Lissabon-Vertrag anzuschauen. Da ist die europäische Staatsanwaltschaft eigentlich schon verankert. Es ist möglich. Wir müssen es nur wollen. Es ist ja kein Geheimnis, dass in den Staaten der Europäischen Union Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Korruption lange ignoriert, ja verharmlost wurden. Viele haben sogar die lasche Praxis als wirtschaftlichen Standortfaktor gesehen.

Ich möchte kurz Herrn Kommissar Šemeta zitieren der kürzlich gesagt hat: "Der bestehende Schutz von EU-Geldern lässt sich bestenfalls als lückenhaft beschreiben. Betrüger dürfen sich nicht ihrer Verfolgung und Bestrafung entziehen können, nur weil sie sich in einem anderen Mitgliedstaat befinden." Genau das ist auch unsere Meinung. Es geht aber nicht nur um die fehlenden Einnahmen des Staates, mir ist genauso wichtig, dass das Vertrauen der Bürger in ihre demokratischen Strukturen oder die Rechtssicherheit für nötige Investitionen ausbleiben. Oder die katastrophale Entwicklung des Menschenhandels. Dieser Bericht zeigt Strukturen auf, die veränderbar sind und verändert werden müssen.

Grenzüberschreitende Kriminalität ist nur durch europäische Instrumente und bessere Koordinierung möglich.

1-073-000

Bill Newton Dunn (ALDE). - Mr President, I am very pleased, as I was the rapporteur on organised crime in the last Parliament, to see that this issue is now rising in public awareness as an extremely important danger that we are facing.

Statistics on the activity of organised crime are very hard to come by because, unfortunately, the gangs do not publish reports, and even industries do not know the damage that is being done to them. But what is clear from the committee's work is that millions of jobs are being lost by counterfeiting and cyber-theft and hundreds of billions of taxes are being forfeited each year.

One of the most startling findings that I noticed in the committee's work was that, of the containers which take our imports and exports in and out of Europe by road, rail, sea and air, only up to five percent are ever checked. Ninety-five percent sail through with counterfeit goods and all sorts of horrible things, some of which are life-threatening. We have to do something about that.

Another thing which is astonishing is the lack of cooperation between the Member States. They each live in their own little world, prefer to do it their own way and do not trust each other. We are being seriously damaged by their failures.

The Liberal Group strongly supports setting up a permanent subcommittee on organised crime in the next Parliament in order to put pressure on the Commission to make sure they keep on top of this job. I am sure the present Commissioner will do that. I hope she comes back and goes on doing this, but we want to put pressure on whoever is doing it.

In conclusion I would like to say that my impression from this committee is that our society faces a clear and growing danger from organised crime. If we fail to react and the Member States fail to learn to work together, the whole future of a prosperous Europe is genuinely at risk.

1-074-000

Andreas Mölzer (NI). - Herr Präsident! Der Kampf gegen die organisierte Kriminalität ist bekanntlich wie der Kampf gegen eine Hydra: Für jeden abgeschlagenen Arm wachsen neue nach. Allein schon beim Bankbetrug – egal, ob die Bankdaten über Videos, per Geldautomaten oder im Internet ausgespäht werden – kann die Polizei bestenfalls nachhinken. Viel zu selten gelingt ein Schlag gegen die gut getarnten Mafiachefs. Während sich die EU des Problems von Wettmanipulationen beim Sport schon angenommen hat, um die mafiosen Strukturen effektiver zu zerschlagen, werden Probleme wie der Kriminaltourismus verschlafen.

Das wachsende Wohlstandsgefälle in Europa und der Wegfall der Grenzkontrollen beschert Gemeinden in Grenznähe, die gut an Autobahnen angebunden sind, einen Vormarsch von Einbrecherbanden. Klar ist auch, dass die Chance, die Täter zu fassen, jedenfalls größer ist, wenn eine Grenze bewacht ist. Das muss die Kommission endlich einsehen, anstatt den Wunsch der durch Einbruchserien geplagten Bevölkerung nach mehr Grenzkontrollen als antieuropäischen Affront zu empfinden. Sie muss endlich effektiv verhindern, dass EU-Fördergelder in großem Stil in Mafiakassen landen.

1-075-000

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). - Señor Presidente, felicito a Salvatore Iacolino por su trabajo. Es el principio de un camino, el inicio de una tarea; creo que la vitalidad de su esfuerzo tiene que ver con la posibilidad de ayudar a detectar, a prevenir, a combatir y a castigar el blanqueo, la corrupción, esencialmente. Creo que, cooperando juntos, vamos por buen camino.

Pero, señor Presidente, quería dedicar unas palabras a la figura del Fiscal Europeo. Cuando la señora Reding presente aquí su propuesta legislativa, verán que el Fiscal Europeo solo tendrá competencias para entender de la correcta utilización de los fondos de la Unión.

Como ven, el Fiscal no va a tener ninguna competencia para luchar contra el tráfico ilícito de armas o de drogas, o contra el fraude con tarjetas de crédito o la trata de seres humanos. Por eso, conviene que, en una segunda etapa, cuando estemos en presencia del informe definitivo, podamos definir bien, ya, cuáles son las competencias del Fiscal Europeo para no caer en frustraciones.

Enhorabuena por su trabajo, señor Iacolino.

1-076-000

Inés Ayala Sender (S&D). - Señor Presidente, yo también quiero felicitar al ponente, y también a la señora Malmström por su voluntad política.

En la delincuencia organizada y el blanqueo lo más doloroso es cuando afecta a la trata de seres humanos. La Directiva 2011/36/UE relativa a la prevención y lucha contra la trata de seres humanos y la estrategia que la completa han sido dos hitos absolutamente fundamentales, palancas para poder trabajar hacia adelante.

Pero yo querría también destacar cuatro urgencias.

Necesitamos lograr más y mejores datos para conocer mejor, evaluar y comparar el fenómeno, cada vez más cambiante y difícil de definir puesto que se mezcla con otros delitos; datos también para poder poner objetivos concretos de lucha y reducción; datos para luchar contra algunos mitos, como, por ejemplo, que las mujeres que son víctimas de la explotación sexual no son europeas –sabemos que, después de la ampliación, la mayoría son europeas.

Necesitamos también desarrollar y reforzar la protección de las víctimas, asunto ya muy desarrollado en la Directiva y que, en los tiempos de recortes y austeridad impuesta, siempre corre un gran riesgo; sobre todo urge para poder librarlas de la necesidad de actuar como testigos.

También necesitamos facilitar medios adecuados y necesarios a quien lucha contra esta lacra social.

Y, por último, necesitamos utilizar todos los medios de la Unión Europea para sensibilizar a los ciudadanos y ciudadanas a fin de reducir la demanda de bienes y servicios procedentes de la trata de personas para explotación laboral y sexual.

1-077-000

Monica Luisa Macovei (PPE). - Traficul de persoane, droguri sau arme, evaziunea fiscală, corupția, spălarea banilor murdari distrug oameni, comunități și orice regulă. Și ne costă

bani, foarte mulți bani. ONU a estimat bunurile provenite din activități de natură penală la circa 2 000 de miliarde de dolari: două trilioane de dolari. După zeci de audieri în Comisia CRIM, o concluzie este clară: singura soluție de a încetini și opri grupurile de crimă organizată este confiscarea banilor proveniți din infracțiuni, de către judecători, în procese civile sau penale, chiar și în lipsa unei condamnări, a unei pedepse de natură penală.

Să ne uităm spre statele membre care au înțeles, cu mulți ani în urmă, că aceasta este singura soluție. Prioritatea este luarea banilor. Și fac acest lucru prin proceduri civile, mai rapide, fără să urmărească neapărat condamnarea la închisoare a persoanelor respective. De pildă, Marea Britanie, care are astfel de proceduri, a confiscat în 2011 și 2012, în procese civile, circa 14 milioane de lire sterline și averi de peste 300 de milioane de lire sterline. Dacă nu urmărim în primul rând banii, pierdem lupta cu crima organizată.

(Președintele întrerupe oratorul)

1-078-000

Илияна Малинова Йотова (S&D). - Искам да поздравя колегата Яколино и комисар Малмстрьом с първия доклад на комисията КРИМ (CRIM), който по безспорен начин доказва необходимостта от нейната работа. Няма да повтарям добрите оценки на своите колеги. Струва ми се обаче, че има още какво да бъде допълнено по един от най-съществените въпроси – противодействието на корупцията по високите етажи на властта и по-точно какви механизми да се прилагат, когато организираната престъпност е обвързана с държавата, когато престъпните групи умело работят например с обществените поръчки, покровителствани от политически чадър. Крайно време е Европейската комисия да предложи и общи законодателни правила за използване на специалните разузнавателни средства. Така до голяма степен ще се избегнат рисковете от незаконната им употреба, както скандалът в България, в който предишното правителство незаконно подслушва политици и бизнесмени не за борба с престъпността, а за изнудване и рекет. Контролът трябва да се осъществява от независими структури в държавите членки с права за обмен на информация и създаване на своеобразна оперативна мрежа за ефективна борба с трансграничната престъпност.

1-079-000

Emer Costello (S&D). - Mr President, organised crime and corruption costs roughly EUR 120 billion in Europe each year. This report provides the basis for a comprehensive EU response. I would like to focus on two issues. Firstly, while I welcome the call for Member States to promote the use of seized criminal assets for social purposes, I believe we could go further. I think we should consider establishing a new EU fund from part of the confiscated assets of transnational organised crime. This fund would be open to pilot projects by citizens' community groups across the EU, and should be specifically targeted at communities which have been devastated by drugs and organised crime.

Secondly, human trafficking is a multi-billion-euro business generating profits in the region of EUR 25 billion annually. All Member States – including my own – which have not yet done so should transpose without delay the Trafficking Directive, which was due to be transposed by April 2013. The Commission should also prepare proposals criminalising the use of services of victims of trafficking, including for sexual and labour exploitation, and I hope that it will bring forward proposals for an EU-wide helpline for the victims of traffickers. I commend the rapporteur for this report. I believe that it is a good mid-term report and that there is still work to be done on the final report.

1-080-000

Catch the eye" eljárás

1-081-000

Mojca Kleva Kekuš (S&D). - Pred mesecem dni smo v Evropskem parlamentu na plenarnem zasedanju potrdili moje poročilo o boju proti davčnim goljufijam, davčnim utajam in davčnim oazam, kjer smo se zavzeli za to, da v Evropi čim prej ustavimo tok denarja, ki se v bistvu zgubi v višini tisoč milijard evrov vsako leto.

Želela bi pozdraviti današnje poročilo, ki vrši dodaten pritisk ne samo na problematiko boja proti davčnim goljufom, ampak tudi boja proti organiziranemu kriminalu, proti korupciji in proti pranju denarja.

Predvsem bi pa rada omenila eno točko, ki je bila danes že večkrat omenjena, in to je problem davčnih oaz, ki so direktno vezane na sofinanciranje sistema pranja denarja po celotnem svetu, zato se s poročevalcem res strinjam, da potrebujemo evropsko rešitev in res evropski izziv in evropsko strategijo.

Ta parlament je že nekaj storil glede davčnih oaz: dogovorili smo se o definiciji in se dogovorili o sankcijah za jurisdikcije, ki pristanejo na seznamu davčnih oaz.

Jaz upam, da bo Komisija te naše napore tudi v naprej spoštovala in jih potrjevala.

1-082-000

Anneli Jäätteenmäki (ALDE). - Arvoisa puhemies, nyt käsittelyssä oleva ja parlamentin huomenna hyväksymä mietintö kattaa laajasti järjestäytyneen rikollisuuden, korruption ja rahanpesun kitkemiseen tarvittavat toimet. Tässä on nyt jäsenvaltioille täytäntöön pantavaa, ja toivottavasti myös huippukokous ottaa nämä asiat käsittelyyn ja etenee asiassa.

Verotukseen liittyvät väärinkäytökset on otettava tosissaan. Kysymys on siitä, pystytäänkö Euroopan unionin jäsenvaltioissa tarjoamaan hyvinvointipalveluja ja säilyykö EU:lla minkäänlaista uskottavuutta, jos se toimii vielä toisen kerran samalla tavalla kuin viime huippukokouksessa, jossa ei tehty itse asiassa mitään tämän eteen.

EU:n pitää myös kansainvälisillä foorumeilla ottaa johtava rooli, mutta se ei tietystikään voi sitä ottaa, ellei se itse omassa keskuudessaan ensiksi ota tätä vakavasti ja kitke järjestäytyntä rikollisuutta, rahanpesua ja tähän liittyviä rikoksia ja väärinkäytöksiä pois.

1-083-000

João Ferreira (GUE/NGL). - A persistência, o alastramento e a diversificação de fenómenos como a criminalidade organizada, a corrupção e o branqueamento de capitais, são, simultaneamente, causa e expressão de uma degradação da democracia, sendo inseparáveis da subordinação crescente do poder político ao poder económico.

Os paraísos fiscais são hoje peças incontornáveis no complexo xadrez em que se desenvolvem estes fenómenos. Peças determinantes para o branqueamento e a fuga de capitais provenientes de atividade ilícitas e também lícitas. Peças que, conjuntamente com o sacrossanto sigilo bancário, têm sido acarinhadas e defendidas com um zelo que é flagrantemente contraditório com as proclamadas intenções de combate a estes fenómenos. Combate que deve assentar em grande parte em medidas preventivas e que não pode ignorar que os seus resultados são tanto mais efetivos quanto mais próximo se estiver da realidade

em que ocorrem os fenómenos. Nessa medida, o esvaziamento e a debilitação progressiva das estruturas nacionais responsáveis pelo combate a estes fenómenos representam um duro revés que nenhuma estrutura supranacional poderá suplantar.

1-084-000

Monika Smolková (S&D). - Organizovaná trestná činnosť nadobúda nadnárodný rozmer a stáva sa celosvetovým hospodárskym subjektom. Tento jav nie je len doménou rozvojových štátov, ale týka sa aj štátov, ktoré sú so svojou ekonomikou na vrchole.

Podporujem správu, pretože prichádza s konkrétnymi návrhmi a opatreniami, ktoré by mohli v záujme bezpečnosti, stability a ekonomického rozvoja všetkých štátov viesť k zefektívneniu boja proti organizovanému zločinu, korupcii a praniu špinavých peňazí. V plnom rozsahu si uvedomujem, že proces pri odhaľovaní trestnej činnosti vôbec nie je jednoduchý. Preto vítam najmä tie návrhy, ktorými sa posilní súdna a policajná spolupráca na európskej a medzinárodnej úrovni.

Aj keď sa organizovaný zločin nedá celkom striktne rozdeliť na jednotlivé typy, očakávam, že Európska únia a členské štáty v záujme jednotnej a koordinovanej spolupráce budú pokračovať pri identifikácii nových hrozieb týkajúcich sa organizovanej trestnej činnosti a nastolia také modely, ktoré budú účinným nástrojom boja proti nim.

1-085-000

(A „catch the eye” eljárás vége)

1-086-000

Cecilia Malmström, Member of the Commission . – Mr President, I would like to thank the honourable Members for this very interesting debate.

As every one of you has stated, organised crime groups have become ever more sophisticated and multi-tasked. They create huge harm to their victims and society as a whole. Such corruption is also a very well-paid business. Different figures have been circulating and it is very difficult to estimate the exact numbers here, but we have seen figures in the Commission, and are working around them, saying that organised crime and its different assets amount to at least the collective GDP of several Member States, and that corruption in the EU alone could be the equivalent of one EU annual budget – so if we could do away with that, we would not need to have the budget debates and struggles we have today!

We need, of course, not only to protect the victims and make our societies safer, but also to get that money and those assets back into the legal economy, and this is even more important now, in the economic crisis.

Criminals cooperate so police authorities must cooperate as well. They have increasingly done so in Europe. We have improved our tools and our different ways of cooperating. Europol and other agencies are building slowly, but I agree with Mr Newton Dunn that there is still trust that needs to be built before all these can be really efficient. But slowly there is a common police culture growing.

We also have a variety of laws but it is, as many of you have said, also important that they are implemented. Two months ago, the deadline expired for implementing the Trafficking Directive. Only nine countries have done this so far. Four have notified us that they have

partially implemented it and they are on their way, but that means half of them must still do it. This is a very important tool to fight this horrible modern slavery. There are also other tools that we have proposed or are in the proposal pipeline.

There are some very valuable proposals in the report by Mr Iacolino. We look forward to the final report next autumn and we will continue, of course, to work very closely with you.

1-087-000

Salvatore Iacolino, *relatore* . – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho ascoltato i pregevoli interventi e i contributi dei miei colleghi, così come la replica della signora Commissario Malmström.

Non v'è dubbio che bisogna armonizzare le legislazioni degli Stati membri, dare impulso a questo strumento innovativo e formidabile che è la confisca preventiva – sia su base civile che su base penale – per sottrarre le risorse che sono state acquisite illecitamente dai sistemi criminali e utilizzarle nell'economia lecita a vantaggio del *welfare*, dell'offerta formativa, del diritto allo studio, della disoccupazione giovanile, del contrasto alla disoccupazione giovanile.

Non abbiamo parlato del giornalismo investigativo, che pure ha un ruolo importante, così come del diritto di accesso agli atti per garantire che la pubblica amministrazione sia trasparente; giustizia rapida e giusta e ancora una possibilità reale di rendere tracciabili tutte le operazioni, flessibilità però dei nostri strumenti, perché flessibile e articolata è l'attività dei sistemi criminali.

Adesso un ruolo importante l'avrà la Commissione: noi ci aspettiamo entro il mese di giugno – al più tardi entro la fine di questa attività prima dell'estate – l'atto sulla procura europea: secondo noi è fondamentale, ampliandone le attività di competenza rispetto all'originaria previsione, nonché la direttiva sul risparmio e la quarta direttiva antiriciclaggio.

Adesso la palla è nelle nostre mani e dobbiamo utilizzare al meglio, attraverso una straordinaria capacità di collaborazione fra Commissione, singoli Stati membri, Consiglio e Parlamento europeo.

Io ringrazio tutti coloro i quali hanno dato un contributo, anche oggi, ad alimentare un dibattito sano e propositivo e ringrazio anche i gruppi che si sono astenuti in sede di votazione in commissione CRIM, confidando tuttavia che domattina anche loro possono sostenere questa votazione, perché il contrasto al crimine organizzato, alla corruzione, al riciclaggio non richiede certamente litigiosità – che non vi sono state in commissione CRIM – ma invece quella compattezza convinta che anche oggi ho ascoltato attraverso i contributi – lo ripeto pregevoli e stimolanti – dei miei colleghi e della signora Commissario.

1-088-000

Elnök. – A vitát lezárom.

Szavazásra 2013. június 11-én, kedden kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (149. cikk)

1-089-000

Ágnes Hankiss (PPE), írásban. – Üdvözlöm az időközi jelentést, mert az az eddiginél is hatékonyabb együttműködést sürget a szervezett bűnözés elleni küzdelemben, valamint konkrét, a célkitűzésekre és a szükséges intézkedésekre vonatkozó ajánlásokat fogalmaz meg.

Módosító javaslatomban kitértem többek között arra, hogy napjainkban a terrorizmus és a szervezett bűnözés összefonódása egyre szervezettebbé és erőteljesebbé válik, aminek intő példáját mutatja a Száhel régió.

A kiberbűnözés térhódítása a szervezett bűnözésben (elsősorban az orosz és oroszajkú szervezett bűnözésben) alapvetően átalakította a hagyományosan maffia-típusú szervezeteket, és új típusú struktúrákat hozott létre. Sürgető feladat az uniós szintű jogalkotási keret és a kapcsolódó operatív eszközök megalkotása, amely lehetővé teszi, hogy a tagállamok a jelenleginél is eredményesebben hangolhassák össze a kiberbűnözés ellen hozott intézkedéseiket.

A vegyi, biológiai, radiológiai és nukleáris (CBRN) anyagok és eszközök illegális kereskedelme (prolifерáció) is kötődhet a szervezett bűnözéshez, és pénzforrássul szolgálhat terroristák számára. A szervezett bűnözés és a terrorizmus szívesen használ fedőszervként nonprofit szervezeteket (jótékonyági alapítványok, civil egyesületek) pénzmosásra. A nonprofit szervezetek monitoringja szükséges rendvédelmi feladat, amelyet azonban összhangba kell hozni az adatvédelem kívánalmaival.

1-089-125

Alajos Mészáros (PPE), írásban. – A szervezett bűnözés napjainkra olyan globális gazdasági szereplővé vált, amely hatalmas illegális versenyelőnyre tesz szert, és amely csalárd módon megfertőzi a legális gazdaságot. A szervezett bűnözés, a korrupció és a pénzmosás elkülönül egymástól, gyakran mégis objektív kapcsolat van közöttük. A globalizált bűnözésre megfelelő súlyú választ kell adni, e kihívásnak az Európai Unió tud megfelelni. A szervezett bűnözés, a korrupció és a pénzmosás új, kifinomult formái a legmagasabb szintű, megújuló politikai elkötelezettséget, valamint új társadalmi és bűnüldözési paradigmákat követelnek meg. A jelentéstervezet elkészítéséhez az Európai Parlament 13 ülést és 9 nyilvános meghallgatást tartott, közel 90 szakértőt hallgatott meg. Az előadó által kidolgozott három munkadokumentum iránymutatást ad a szervezett bűnözés, a korrupció és a pénzmosás problémájával foglalkozó hatékonyabb uniós és nemzeti jogszabályok kidolgozásához. A működőképesebb, rugalmasabb és a korrupció által kevésbé átítatott közigazgatás, a felelősségteljesebb politika, a gyorsabb és hitelesebb büntető igazságszolgáltatás, az egészségesebb vállalkozói kultúra, az átláthatóbb bankrendszer és szakmai ágazati rendszer, valamint a pénzmosás elleni megfelelő intézkedések előmozdítására tett javaslatot. Elsődleges feladatunk a javaslatok mielőbbi átültetése. Az új technológiák és a Lisszaboni Szerződés kínálta lehetőségek remélhetőleg hozzá tudnak járulni e célkitűzés megvalósításához.

1-089-250

Alexander Mirsky (S&D), *in writing*. – In a package dealing with fighting against corruption it would be appropriate to consider the situation in the Latvian Republic. Largely due to imperfect legislation in Latvia, corruption schemes and serious abuses by officials and elected representatives are thriving. The law allows municipal representatives to combine any number of posts in a municipality. That leads to a situation where some

municipal representatives receive from 10 to 50 minimum wages monthly while not showing up at their place of work for months. Such provisions in Latvian law on municipalities has led to abuses on an unprecedented scale. It has come to the point where the deputy mayor of the Latvian capital, Riga, has been nicknamed 'Mister 20%'. Taking into account all the abovementioned, I consider it necessary to start working on the fight against corruption via EU legislation, by amending it with the aim of minimising the risk of corruption.

1-089-500

Zbigniew Ziobro (EFD), na piśmie. – Zorganizowana przestępczość to wciąż olbrzymi problem w Europie. Jego globalny charakter oraz zasięg wymaga globalnych środków. Jednym z nich było utworzenie komisji CRIM. Jej działanie powinno zostać przedłużone również w kolejnej kadencji, tym razem w charakterze komisji stałej. Tym bardziej, iż według organizacji SOCTA w 2012 r. funkcjonowało w Europie 3600 zorganizowanych grup przestępczych. Omawiając problem zorganizowanej przestępczości, chciałbym dziś skoncentrować się na trzech kluczowych sprawach. Po pierwsze – na walce z handlem ludźmi oraz handlem organami. Liczby są zatrważające. Zjawisko to przynosi zyski rzędu 25 mld euro. Od wschodniej granicy Unii do Atlantyku wszystkie państwa Wspólnoty Europejskiej dotknięte są tym koszmarem. 264 tysiące osób staje się co roku ofiarami wykorzystania seksualnego. W czasach kryzysu mocno rozwija się przemysłowe wykorzystanie darmowej siły roboczej. Walka z tymi zjawiskami wymaga wspólnego wysiłku oraz wzmocnienia nakładów.

Kolejnym ważnym elementem jest przestępczość narkotykowa. Dostarcza ona największych profitów zorganizowanym grupom przestępczym. Proceder ten ma charakter międzynarodowy. Aby go zatrzymać, potrzebujemy szerszej kontroli na granicach i wspólnego prawa antynarkotykowego dla całej Unii. Szczególnie ważne jest powstrzymanie przemytu oraz ścisły nadzór nad handlem prekursorami narkotyków.

W ostatnim akapicie swojego przemówienia chciałbym skoncentrować się na walce ze zorganizowaną przestępczością gospodarczą. Handel podrabianymi produktami, wyłudzenia, pranie brudnych pieniędzy to zmora dzisiejszy rynków. Ich działanie kosztuje przedsiębiorców ponad 870 mld dolarów rocznie.

17. A munkavállalók fizikai tényezők (elektromágneses terek) hatásából keletkező kockázatoknak való expozíciójára vonatkozó egészségügyi és biztonsági minimumkövetelmények (vita)

1-091-000

Elnök. – A következő napirendi pont az Elisabeth Morin-Chartier által a Foglalkoztatási és Szociális Bizottság nevében készített jelentés a munkavállalók fizikai tényezők (elektromágneses terek) hatásából keletkező kockázatoknak való expozíciójára vonatkozó egészségügyi és biztonsági minimumkövetelményekről (COM(2011)0348 – C7-0191/2011 – 2011/0152(COD)) (A7-0009/2013)

1-092-000

Elisabeth Morin-Chartier, rapporteure. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, nous voici maintenant arrivés en session plénière avec ce rapport sur la santé des travailleurs soumis aux champs électromagnétiques.

L'objectif de ce rapport était de sortir d'une situation d'impasse totale dans laquelle nous étions depuis la directive de 2004 qui, si elle avait été appliquée, aurait eu des conséquences tout à fait néfastes pour chacun des citoyens européens, notamment en les privant d'un certain nombre d'avancées.

L'objectif de notre travail était de faire un texte valable dans l'ensemble de l'Europe, mais qui soit parfaitement équilibré entre la préservation de la santé des travailleurs soumis aux champs électromagnétiques – notre premier souci – et l'utilisation des champs électromagnétiques quand ils sont bénéfiques. En effet, dans un certain nombre de cas, leur utilisation est nécessaire pour les citoyens européens. Je pense, en particulier, en matière médicale, mais nous y reviendrons.

Sortir de l'impasse! Cela n'était pas chose facile parce qu'entre les différents groupes politiques, nous avons des visions qui, au départ, n'étaient pas forcément semblables. Mais je tiens à remercier l'ensemble des rapporteurs fictifs de tous les groupes politiques car, grâce à leur volonté de progresser, nous avons pu avoir une méthode de travail très efficace.

Cela fait deux ans que nous travaillons, tout d'abord, pour avoir l'information scientifique nécessaire, puis pour partager constamment l'ensemble des informations entre tous les groupes politiques. Nous avons rencontré des difficultés dans ce travail. Pourquoi? Parce que les présidences tournantes et, en particulier, les quatre présidences tournantes de la Pologne, du Danemark, de Chypre et de l'Irlande, n'ont pas forcément abordé ce travail de la même façon. Nous avons toujours essayé de nous adapter et nous avons tenu notre cap avec une volonté sans faille d'accélérer notre travail. Nous voulions tout particulièrement que cette directive passe maintenant, à cette session de juin.

Quelles sont les nouvelles mesures de protection mises en place? Premièrement, cette directive protégeant la santé des travailleurs soumis aux champs électromagnétiques va toucher tous les secteurs d'activité. Cela est un point fort. Deuxièmement, nous avons pris la disposition que tous les travailleurs soient informés et formés sur les risques des champs électromagnétiques. Troisièmement, nous avons mis en place une surveillance médicale des travailleurs soumis aux champs électromagnétiques. Par ailleurs, nous avons participé à la définition des effets nocifs de l'exposition aux champs électromagnétiques sur les travailleurs, notamment en demandant une prise en compte plus importante des groupes à risques et, en particulier, des femmes enceintes. Nous avons su aussi introduire des exceptions, notamment en ce qui concerne les IRM et les radars. Les IRM, parce qu'aujourd'hui, nous savons qu'un certain nombre de maladies ne peuvent être suivies que par les champs électromagnétiques.

Il était donc extrêmement important, Monsieur le Président, que nous sachions faire ces exceptions.

Je suis reconnaissante à l'ensemble de mes collègues d'avoir compris cette position que nous conforterons par des guides pratiques que la Commission devra mettre en œuvre.

1-093-000

László Andor , *Member of the Commission*. – On behalf of the Commission, I would like to thank Parliament, and in particular the rapporteur, Mrs Morin-Chartier for her dedication and excellent cooperation in drawing up this report and in her hard work to find compromises.

This commitment allowed an agreement with Council at first reading and today we have a common agreed text that seeks to guarantee a high level of protection of workers, but also to ensure flexible and proportionate implementation.

It should be recalled that the reasons for the revision of the original directive stemmed from scientific research that showed that the existing threshold values could be set higher without causing health problems. Furthermore, some industries, in particular the medical sector, indicated that conforming to these threshold values would unduly hamper the performance of magnetic resonance imaging (MRI) in diagnostic and curative medicine, as well as in research. This, in turn, could have serious undesirable effects on public health. Moreover, stakeholders have claimed that restrictions on MRI could lead to increased use of diagnostic procedures using ionising radiation, which would in turn also have an unintended adverse effect on the protection of workers.

The Commission therefore undertook to examine the situation and, after a significant number of consultations with stakeholders, and also taking into consideration the latest scientific recommendations, adopted a proposal for amending the current directive. There have also been a number of technical challenges in the development of this directive, which now represents the 'state of the art' in terms of scientific knowledge.

The Commission notes with satisfaction that both co-legislators have agreed to a large majority of the principles and elements included in its original proposal, which have been retained in the final text.

The directive maintains a good balance between the adequate protection of workers and the need to ensure activities such as MRI can function.

I would like to inform you that the Commission is currently working to produce a non-binding guide to good practice which is required by Article 13 of the amended directive. It will be available before the end of the transposition period for the directive.

1-094-000

Csaba Óry, *a PPE képviselőcsoport nevében* . – A Néppárt koordinátoraként szeretnék gratulálni Elisabeth Morin-Chartier-nak, és üdvözölni azt, hogy sikerült első olvasatban megállapodásra jutni a Tanáccsal. Mint tudjuk, a munka- és egészségvédelem körébe tartozó jogalkotási kompetencia teljes egészében az Uniót illeti. Nem véletlen ez, hiszen emberi élet és egészség védelméről van szó, és van persze egy gazdasági szempont is: versenyjogi szempontból is biztosítja azt, hogy ugyanazokkal a feltételekkel versenyezzenek a gazdasági szereplők.

A mágneses rezonancia egy olyan fizikai jelenség, olyan fizikai hatásoknak az összessége, amelyekkel elég gyakran találkozunk a munkavállalók munkahelyen, indokolt tehát a védelem. Ugyanakkor tudni kell azt is, hogy ez mindig pénzbe kerül, tehát komoly gazdasági érdekek jelennek meg a háttérben.

Különösen fontos tehát az egyensúly, a kiegyensúlyozott megközelítés, és az, hogy mindenkivel tárgyaljanak a jogalkotók. Ha nem ez történik, akkor hibát követünk el, mint ahogy hibát követünk el valószínűleg 2004-ben, ahol az egészséghez fűződő érdek és a gazdasági érdek között nem vettük észre, hogy van egy másik társadalmi érdek is, nevezetesen az egészséges gyógyításnak az érdeke. Olyan technikai eszközökről van szó, amelyeket kizárni tulajdonképpen nem volt célja a jogalkotónak.

Még egyszer tehát azt tudom mondani, hogy a Néppárt támogatja ezt a jelentést, és üdvözli a jelentéstevőnek a munkáját, hogy sikerült jó, egészséges egyensúlyt teremteni ebben a kérdésben.

1-095-000

Συλβάνα Ράππη, *εξ ονόματος της ομάδας S&D* . – Κύριε Πρόεδρε επιθυμώ να δώσω πρώτα συγχαρητήρια στην Elisabeth Morin-Chartier, η οποία έκανε μία εξαιρετική δουλειά και είχε τεράστιες αντοχές. Μας χρειάστηκε πάρα πολύ χρόνος και κόπος, είχαμε έντονους τριμερείς διαλόγους με το Συμβούλιο και την Επιτροπή, είχαμε εντάσεις και μεταξύ μας, αλλά στο τέλος καταλήξαμε σε ένα πολύ καλό αποτέλεσμα! Έχουμε ένα ισορροπημένο κείμενο, το οποίο από τη μια μεριά διασφαλίζει την προστασία των εργαζομένων στον μεγαλύτερο δυνατό βαθμό, και από την άλλη μεριά εξασφαλίζει ότι μπορεί να γίνεται χρήση των ηλεκτρομαγνητικών πεδίων, χωρίς να κινδυνεύουν οι εργαζόμενοι, αλλά και ταυτόχρονα να γίνονται οι εργασίες που απαιτούνται.

Δύο σημεία θα ήθελα να τονίσω κύριε Πρόεδρε τα οποία αφορούν την οπτική ματιά των σοσιαλιστών και δημοκρατών. Το πρώτο είναι ότι, στις περιπτώσεις που ένας εργαζόμενος αισθανθεί άσχημα, έχει άμεσα μία επίπτωση από έκθεση σε ηλεκτρομαγνητικό πεδίο, μπορεί να προστατευθεί, μπορεί να μπει σε ιατρική παρακολούθηση, χωρίς δικό του κόστος. Και το δεύτερο και σημαντικότερο, διασφαλίσαμε ότι θα γίνονται έρευνες για τα long-term effects, και στην περίπτωση που αποδειχθεί ότι υπάρχουν παρόμοιες μακροχρόνιες επιπτώσεις στην υγεία, η Επιτροπή θα πρέπει να λάβει μέτρα.

Σας ευχαριστώ, πιστεύω ότι είναι μια πολύ καλή στιγμή για το Κοινοβούλιο.

1-096-000

Marian Harkin, *on behalf of the ALDE Group* . – Mr President, first of all I want to congratulate the rapporteur and her team for managing and guiding this important file through Parliament and the trilogue. This is an important piece of legislation which replaces the 2004 directive because, if that directive had been implemented, it would have effectively meant that workers and patients would have been unable to use MRI scanners, and that would, I suppose, have effectively banned their use.

From the medical perspective, this would have been a disaster for patients because MRI scans are essential diagnostic tools and they are used in the treatment of certain life-threatening diseases such as brain disorders, cancer, etc.

So, following scientific data produced by ICNIRP, the Commission presented a new proposal with new action levels and exposure limit values to protect the health and safety of workers. There are a number of derogations from this legislation but only in limited and strictly controlled situations where the circumstances are duly justified.

I think this legislation is a significant improvement, in that it deals with the possible long-term effects of exposure to electromagnetic radiation. It states that if there is conclusive evidence then the Commission shall – and that is a very important word – the Commission shall present a new proposal to deal with the long-term effects. The Alliance for MRI, which is a coalition of patient groups, scientists and the medical profession right across the EU, is fully in support of this legislation, and I am pleased to hear that the Commission is producing a non-binding guide in regard to good practice. That is an essential part of this whole process.

1-097-000

Karima Delli, *au nom du groupe Verts/ALE* . – Monsieur le Président, chers collègues, chaque année en Europe, près de 170 000 personnes meurent d'un accident ou d'une maladie liés au travail. Pour lutter contre ce fléau, il est essentiel d'adapter la législation sur la santé au travail aux nouveaux risques.

Cette directive sur les champs électromagnétiques est une des rares initiatives en matière de santé et de sécurité au travail adoptée sous l'actuelle Commission européenne. Nous avons obtenu une clarification et un renforcement des règles de protection basées sur les dernières données scientifiques disponibles. Le défi majeur pour les années à venir sera d'assurer une protection adéquate des travailleurs contre les effets à long terme des champs électromagnétiques et, donc, de nouvelles initiatives seront nécessaires. La Commission a d'abord proposé d'exclure les machines IRM du champ d'application de la directive, ignorant ainsi les risques et les pathologies identifiés. C'est grâce au Parlement européen que les IRM bénéficieront d'un régime d'encadrement spécifique qui permettra leur utilisation dans le respect de la santé des travailleurs.

L'urgence est là et, face à cette urgence, les États membres doivent mettre en œuvre cette directive le plus rapidement possible. J'attends que la Commission mette la pression sur ces États pour que cette directive soit bien mise en place.

1-098-000

Anthea McIntyre, *on behalf of the ECR Group* . – Mr President, first of all I would like to thank Elisabeth Morin-Chartier for her cooperation and her inclusiveness in dealing with this file, and to pay tribute to the enormous work of amount of work she has put in over many months. In fact she has been working on this file for longer than I have been a Member of the Parliament.

The issue of electromagnetic fields, and the need to protect the health and safety of workers while also providing sufficient flexibility for innovation, are important issues that have provoked widespread debate. I think the failure of the 2004 directive demonstrates that we must base our proposals on robust, scientific evidence so that we can ensure effective health protection, rather than creating a bureaucratic minefield that, even with the best of intentions, leads to unintended consequences. I am very pleased that we have been able to amend the Commission's proposals to ensure that MRI scanners can continue to be used across the EU.

I strongly believe that we should only legislate in areas where the EU can add real value. It is important that the right balance is reached between sufficient flexibility for Member States and ensuring that workers are protected. Even taking into account the progress that has been made, I still believe that we have gone down the wrong path with this directive and that, through a non-legislative approach, we could have achieved the same outcome at a fraction of the cost to industry.

1-099-000

Γεώργιος Τούσσας, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL* . – Κύριε Πρόεδρε, η νέα οδηγία, όπως συμφωνήθηκε από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, την Επιτροπή και το Συμβούλιο κάνει ακόμη χειρότερη την ισχύουσα οδηγία του 2004, που έτσι κι αλλιώς δεν εξασφάλιζε την προστασία της υγείας των εργαζομένων από την έκθεσή τους στα ηλεκτρομαγνητικά πεδία.

Μετά από δύο παρατάσεις εφαρμογής, τώρα οι εργαζόμενοι στον ιατρικό τομέα που χρησιμοποιούν εξοπλισμό μαγνητικής τομογραφίας εξαιρούνται από κάθε προστασία, όπως και το προσωπικό, στρατιωτικό και πολιτικό, των ενόπλων δυνάμεων.

Είναι τέτοιες οι δυνατότητες παρέκκλισης και εξαιρέσεων, τόσες οι σκόπιμα ασαφείς διατυπώσεις, που ουσιαστικά καταργούν ακόμη και τη στοιχειώδη προστασία των εργαζομένων, αφήνοντας τους έρμαιο στις διαθέσεις των καπιταλιστών επιχειρηματιών.

Η προστασία της υγείας και της ζωής των εργαζομένων για την Ευρωπαϊκή Ένωση και τις αστικές κυβερνήσεις των κρατών μελών είναι κόστος για το κεφάλαιο, δεν έχει την παραμικρή αξία μπροστά, στην "ανταγωνιστικότητα," στη μεγιστοποίηση της κερδοφορίας των επιχειρήσεων, που γίνεται με το αίμα και τη ζωή της εργατικής τάξης. Δεν πρόκειται να αποτελέσει λύση ο μη δεσμευτικός οδηγός.

Η ανατροπή της καπιταλιστικής βαρβαρότητας, η κατεδάφιση του ευρωενωσιακού οικοδομήματος και της εξουσίας των μονοπωλίων από την εργατική τάξη με τους συμμάχους της, αποτελεί χρέος στη ζωή και το μέλλον της.

1-100-000

Sari Essayah (PPE). - Mr President, Ms Morin-Chartier has done an excellent job on this difficult and technical file. The directive was almost completely redrafted. The risks relating to EMF are now eliminated or reduced – not the electromagnetic fields themselves – and in many other points the text has become more exact.

The lists of equipment have been deleted from the annexes, since they would not have taken into account technical and technological developments. Article 8 on health surveillance was completely redrafted. It is right and proper that appropriate health surveillance should be carried out according to national law and/or practice. Also, the method of dealing with nonsinusoidal EMFs has been corrected by rewriting the annexes.

The major shortcomings have been corrected and the resulting directive is now technically sound and logical, for which I thank Ms Morin-Chartier and her team and also the other shadows who have been working on this. Once again, thank you for making this directive understandable and good and solid.

1-101-000

Evelyn Regner (S&D). - Herr Präsident! Die Finanzkrise und die Sparpolitik dürfen nicht als Ausreden für das Absenken von bestehenden Standards im Bereich des Arbeitsrechts und des Arbeitnehmerschutzes herhalten. Im Gegenteil. Im Hinblick auf ein wirtschaftlich starkes und soziales Europa ist es notwendig, gemeinsame Mindeststandards zu schaffen und weiterzuentwickeln, die nicht unterschritten werden dürfen. Dadurch werden die Wettbewerbsbedingungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten nicht zu sehr verzerrt und Sozialdumping wird eingedämmt.

Es geht aber nicht nur um die Annahme von irgendwelchen Mindeststandards. Diese müssen ein bestimmtes Niveau und eine bestimmte Qualität haben und geeignet sein, zum sozialen Fortschritt in Europa beizutragen. Die neue EMF-Richtlinie stellt aufgrund der Grenzwerte einen Fortschritt im Bereich des Arbeitnehmerschutzes dar. Allerdings werden nunmehr in bestimmten Branchen oder für bestimmte Tätigkeiten Ausnahmen von den Expositionswerten festgelegt. Bei der Anwendung dieser Ausnahmebestimmung ist jedoch große Vorsicht geboten. Eine unterschiedliche Anwendung dieser Bestimmung in den

einzelnen Mitgliedstaaten darf zu keinem unterschiedlichen Schutzniveau für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führen.

1-102-000

Michèle Rivasi (Verts/ALE). - Monsieur le Président, j'en profite pour remercier Mme Morin-Chartier.

C'est une directive qui est importante, parce qu'elle va protéger la santé des travailleurs qui seront exposés aux champs électromagnétiques. En même temps, cela montre bien que ces champs électromagnétiques peuvent avoir des effets sanitaires, aussi bien au niveau du système nerveux, au niveau du système cardiovasculaire, au niveau du stress thermique, au niveau même des brûlures qu'ils peuvent occasionner. Il était donc important de légiférer.

En légiférant, on se reporte à une Commission internationale de protection contre les rayonnements non ionisants, appelle ICNIRP, qui a fait des nouvelles recommandations, ainsi que le CIRC, à savoir le Centre international de recherche contre le cancer, qui a montré que les radiofréquences peuvent être cancérigènes, et qu'ils ont notamment classées en 2B.

Je trouve qu'il est important de fixer des valeurs limites et, en même temps, des valeurs d'action. Ce que je regrette profondément, c'est qu'on n'ait pas pris en compte les effets à long terme. Or, toute une série d'études montre qu'il y a des effets à long terme.

J'appelle, d'une part, les États à être plus protecteurs et à reconnaître ces effets secondaires, et, d'autre part, la Commission à faire une directive maintenant pour la population.

1-103-000

Milan Cabrnoch (ECR). - Pane předsedající, nejprve se také připojím k těm, kteří poděkují a ocení práci paní zpravodajky.

Dohoda s Radou, které bylo dosaženo, je vždycky nejlepším možným řešením. Chtěl bych vyzvednout následující principy. Nevytvářet zbytečné administrativní bariéry, které by snižovaly konkurenceschopnost, zavádět regulace postavené na základě ověřených poznatků, nikoliv na základě domněnek, nadějí nebo přání, a dbát na vysokou míru ochrany zdraví jak pracovníků, tak i dalších osob.

Chtěl bych se připojit k jedné z předřečnic a podpořit názor, že i nelegislativní opatření by mohlo při správném použití jednotlivými národními vládami vést k požadovanému cíli.

Za moji skupinu jako koordinátor uvádím, že tento návrh zprávy v hlasování podpoříme.

1-104-000

Peter Liese (PPE). - Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich den Glückwünschen an die Berichterstatterin anschließen. Es ist ein sehr guter Kompromiss, und was lange währt, wird endlich gut! Ich habe mich als Arzt und als Obmann unserer Fraktion im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit vor allen Dingen um das Thema MRT gekümmert, um die medizinische Diagnostik. Es war notwendig, die Ausnahmen, die jetzt in dem Paket enthalten sind, zu beschließen. Die bestehenden Grenzwerte der geltenden Richtlinie waren vielleicht unter bestimmten Bedingungen im Normalbetrieb handhabbar, aber es geht nicht immer normal zu in der Medizin. Ich habe selbst in einer Kinderklinik gearbeitet. Und manchmal muss ein Arzt, eine Krankenschwester oder ein Krankenpfleger mit in die Röhre, um das Kind zu beruhigen.

Dann wäre es schon schwierig geworden. Neuere Forschungen zum Beispiel zum Thema Operieren mit MRT wären auch schwierig geworden. Deswegen ist es gut, dass die Ausnahme beschlossen wurde.

Es hat leider etwas länger gedauert. Das lag aber nicht an Parlament und Kommission, sondern am Rat – auch an meiner deutschen Bundesregierung. Dieses Beispiel zeigt, dass Bürokratie und Schwierigkeiten mit der europäischen Gesetzgebung oft von den Mitgliedstaaten und aus den Hauptstädten und nicht hier aus dem Parlament oder von der Europäischen Kommission kommen. Das sollten wir den Leuten sagen, die sich darüber geärgert haben. Jetzt ist es gut. Dass es nicht schon früher gekommen ist, lag an den Mitgliedstaaten.

1-105-000

Antigoni Papadopoulou (S&D). - Mr President, electromagnetic fields do have short- and long-term health effects on workers exposed to them. After long negotiations, we finally have a report on the proposed new directive which sets specifications in order to guarantee worker safety and health while maintaining derogations for MRI scanners and for certain military users.

The report strikes a good balance between the EU's obligation to protect workers without underestimating the contribution of MRI technology to public health research. In this respect, we welcome all efforts to maintain common safety standards, to put in place vigorous protection measures, strict controls and training in safety procedures, as well as to enforce regular risk assessments and preventive measures by employers. Moreover, we welcome the Commission's obligation to respond and update the legislation and to provide a non-binding guide to good practice before the transpositional period of the directive, as well as to eliminate further loopholes.

We therefore ask the Commission for further research and the collection of data on the effects of long-term exposure to electro-magnetic fields. I wish, of course, also to congratulate the rapporteur and the shadows.

1-106-000

„Catch the eye” eljárás

1-107-000

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, volevo anch'io dire che ho trovato molto intenso e anche molto efficace il lavoro della collega Morin-Chartier e dei suoi *shadow*.

Dunque, hanno un merito indubbio, perché ci hanno consentito di arrivare ad un punto fermo in una materia molto delicata, molto complessa e che fin qui non aveva la regolazione necessaria. Ora però vorrei chiedere al Commissario di preparare fin da ora il passo in avanti successivo, perché non siamo arrivati alla fine di un lungo percorso.

Perché vede, i campi elettromagnetici producono spesso delle patologie silenti che non si percepiscono subito ma che esercitano i loro effetti negativi nel tempo. Per questa ragione è molto importante – come hanno detto anche altri colleghi – disciplinare in futuro l'obbligo di un controllo costante nel tempo delle persone esposte e dall'altra parte guardare con l'attenzione dovuta agli effetti traslati nel lungo periodo. Abbiamo risolto una prima parte del problema, adesso dobbiamo partendo da qui affrontare il resto.

1-108-000

Frédérique Ries (ALDE). - Monsieur le Président, je tiens moi aussi à remercier notre rapporteure pour le travail remarquable qu'elle a effectué sur cette législation attendue depuis de nombreuses années par les travailleurs qui sont particulièrement exposés aux champs électromagnétiques dans les secteurs de l'industrie lourde, de l'acier, de la métallurgie, près des radars, aussi, ou des pylônes de téléphonie mobile, mais aussi dans les hôpitaux et les laboratoires de recherche. Car cette dérogation accordée à l'imagerie par résonance magnétique est l'un des grands acquis de ce compromis et la raison des deux reports successifs. Il était essentiel de ne pas casser la dynamique de la recherche en imagerie non irradiante lorsqu'on sait son importance cruciale pour toute une série de maladies.

D'un autre côté, il n'y a pas de loi parfaite et, personnellement, je regrette que les valeurs limites d'exposition à ces ondes soient fondées sur les recommandations de l'ICNIRP, un organe régulièrement soupçonné de conflit d'intérêt avec les opérateurs et qui ignore la plupart des études prouvant l'impact négatif des ondes sur la santé.

Je conclus avec une question à la Commission. Quand l'Europe se penchera-t-elle sérieusement sur les effets sanitaires de l'exposition de tous les Européens aux ondes électromagnétiques?

1-109-000

Andreas Mölzer (NI). - Herr Präsident! Wie wir alle wissen, ist der menschliche Körper bekanntlich ein guter elektrischer Leiter. Deshalb können elektromagnetische Felder mit hoher Intensität, die bei vielerlei Anwendungen in Industrie und Medizin eingesetzt werden, gesundheitliche Auswirkungen haben. Schlimmstenfalls können bekanntlich bei einer größeren Entladung elektrisch isolierter aufgeladener Objekte über geerdete Personen starke Schockwirkungen bis hin zum lebensgefährlichen Herzflimmern entstehen.

Potenzielle Auswirkungen hängen natürlich von der Art des Feldes und von der Expositionsdauer sowie auch vom Abstand ab. Technische Abschirmungen sind zumeist nicht nur äußerst aufwendig, sondern oft auch nicht realisierbar. Damit bleibt die Vergrößerung des Abstandes zur Feldquelle stets die einfachste und wirkungsvollste Schutzmaßnahme. Umso beschämender ist es, dass die auf den von der internationalen Kommission zum Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung 1998 fixierten Expositionsgrenzwerten basierende EU-Richtlinie in einigen Ländern untergraben wurde. Es gilt also, die Grenzwerte gegebenenfalls strikter einzuhalten und die Forschung, auch im Bereich der Handy-Strahlung, zu intensivieren.

1-110-000

IN THE CHAIR: EDWARD McMILLAN-SCOTT

Vice-President

1-110-500

(End of catch-the-eye procedure)

1-111-000

László Andor, *Member of the Commission.* - Mr President, occupational safety and health is very important in the European Union. This is an investment we have to make which brings clear returns for both companies and workers.

In this particular case I would like to thank the European Parliament, and in particular the rapporteur, for the work that has been done. I think this good cooperation between the EU institutions shows that progress in occupational safety and health is possible.

The original directive has been adjusted to take account of medical and other objectives, and its implementation and its various effects will have to be monitored in practice.

The Commission is now looking forward to the adoption of the proposal by Council on 20 June and to publication of the directive in the Official Journal in early July. I am convinced that this is an important contribution to improving the working conditions of workers exposed to electromagnetic fields.

1-112-000

Elisabeth Morin-Chartier, *rapporteur*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, merci de vos propos. Je tiens aussi à remercier l'ensemble des rapporteurs fictifs, parce que jamais nous n'aurions pu aller au bout de ce travail, comme nous l'avons fait, si nous n'avions pas été une équipe soudée et volontaire, décidée à aboutir, comme nous l'avons été avec la Commission, et le Conseil d'ailleurs, puisque nous avons pu boucler cet accord en deux trilogues.

Je voudrais rassurer ceux de mes collègues qui ont souligné combien nous étions aujourd'hui dans l'incertitude quant aux effets à long terme, chère Michèle Rivasi. C'est aussi notre préoccupation. Et c'est la raison pour laquelle, dans le texte que nous allons voter demain, nous avons demandé à la Commission de suivre en permanence l'état des recherches, de telle sorte que nous puissions tout de suite avoir une réouverture pour un nouveau texte législatif si il apparaissait que des effets étaient répertoriés par la science. Nous tenons donc beaucoup à cette protection des travailleurs et à ce suivi scientifique.

Le travail n'est pas achevé ici. Nous avons pris le maximum de précautions et nous avons ouvert cette possibilité. Merci à la Commission européenne pour la rédaction de guides pratiques qui va faciliter la mise en place de cette nouvelle directive. Je crois que c'était aussi extrêmement important. Je sais qu'il nous faudra être extrêmement prudents sur ce point. Nous avons toujours essayé d'accélérer ce travail, mais surtout la mise en œuvre de cette nouvelle directive, et je sais que nous pourrons – du moins je l'espère, avec le vote de demain –, nous montrer très efficaces pour à la fois protéger la santé des travailleurs soumis aux champs électromagnétiques et rectifier cette énorme bévue de 2004, qui excluait l'utilisation des examens par résonance magnétique, ce qui était un grave handicap pour la santé de l'ensemble des citoyens européens.

Je souhaite que nous ayons demain un vote magistral sur ce sujet, parce que tous les citoyens sont absolument concernés par cette nouvelle directive.

1-113-000

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 11 June 2013.

Written statements (Rule 149)

1-113-500

Erik Bánki (PPE), *írásban*. – Tisztelt Elnök Úr! A mai vita sokak számára egy hosszú út örömteli lezárását jelképezi. Az orvosi körök 2006-ban fújtak először riadót, mert kiderült,

hogy a munkavállalók elektromágneses terek hatásából keletkező kockázatoknak való kitétséget szabályozó korábbi irányelv - a jogalkotó által nem szándékolta - korlátozta volna a mágneses rezonancián alapuló képalkotó eljárás, közismertebb nevén az MRI használatát és fejlesztését. Mint köztudott, az MRI vizsgálat a rák és egyéb súlyos betegségek diagnosztizálásának és gyógyításának egyik legfontosabb eszköze. A technológia kutatása és fejlesztése terén Európa vezető szerepet tölt be, s ezáltal a kontinens betegei számára a legmagasabb színvonalú egészségügyi ellátást is biztosítja. Ha nincs a betegszervezetek, kutatók és orvosok, valamint politikusok páratlan európai összefogása, amely a most előttünk fekvő irányelv-módosítást „kikényszeríti”, az MRI egészségügyi alkalmazásának és technikai fejlesztésének lehetőségei komoly veszélybe kerültek volna. Miután a tárgyalások során az érintettek bizonyították, hogy a munkavállalókat érő kockázatok tekintetében az egészségügyi ágazat már gondoskodott a szigorú óvintézkedések bevezetéséről, sikerült végre az MRI használatának mentességet biztosítani az irányelv nagyon szigorú expozíciós határértékei alól. Gratulálok ezért a jelentés elkészítésénél közreműködő valamennyi kollégámnak! Úgy vélem, hogy az MRI jövőjéért vívott több, mint 7 éves küzdelem során az Európai Parlament ismét sikeresen bebizonyította, hogy az európai polgárok számíthatnak választott képviselőik segítségére.

1-114-000

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Človek strávi v práci asi polovicu svojho života, kde je vystavený mnohým faktorom. Medzi účinky, ktoré v pracovnom prostredí pôsobia na človeka a predstavujú pre neho riziko, patria okrem iného aj fyzikálne faktory. Podporujem správu, pretože si myslím, že opatreniami, ktoré sa navrhujú, sa môže predísť pracovným úrazom, chorobám z povolania alebo inému poškodeniu zdravia alebo ochoreniu.

V období, keď stúpa celková chorobnosť, predlžuje sa pracovná neschopnosť, klesá produktivita práce, považujem za pozitívne z pohľadu predkladanej správy najmä to, že sa stanovujú limitné hodnoty vystavenia časovo premenným elektrickým magnetickým a elektromagnetickým poliam a takisto sa ustanovujú akčné hodnoty a orientačné hodnoty pre časovo premenné a statické polia.

Aj keď požiadavky ustanovené v návrhu sa vzťahujú iba na nepriaznivé účinky krátkodobej expozície elektromagnetického poľa na ľudský organizmus a netýkajú sa účinkov v dôsledku ich dlhodobého pôsobenia ani rizika alebo ohrozenia, ktoré môže vzniknúť pri kontakte s neizolovaným vodičom, očakávam, že Komisia a členské štáty urobia všetko preto, aby sa eliminovali aj tieto riziká.

1-114-500

Владимир Уручев (PPE), *in writing*. – Г-н Председател, колеги, подкрепям новата директива за по-добра защита на работниците, изложени на електромагнитни въздействия на своите работни места. Няма съмнение, че старата директива не съответства на съвременните знания за подобни въздействия, нито отчиташе спецификите на отделни сектори на икономическа активност. Така например, оставането на забраната за медицински изследвания чрез магнитен резонанс би имала катастрофални последствия за пациентите. Затова новата директива правилно предоставя право на изключение за прилагането на магнитния резонанс. Изключително важно е това, че директивата предвижда прилагане не само в секторите с повишен риск от електромагнитни въздействия, но също така включва и хората, които престояват или работят дълги часове в близост до телевизионни или радиоизлъчвателни станции и радарни установки. Подчертавам, че това не беше застъпено в предишната

директива по необходимия начин. Подкрепям изискванията в доклада на ЕП към работодателите да оценяват рисковете за работниците си от електромагнитни вълни, както и задължението им да вземат мерки за редуциране на въздействията. Надявам се да бъде прието и изискването да се изследват по-задълбочено и дългосрочните ефекти от електромагнитните въздействия, за което Комисията следва да насочи ресурси и да наблюдава научния прогрес, с цел своевременно реагиране по въпроса, включително представяне на нови предложения за елиминиране на вредните въздействия.

18. Social investment for growth and cohesion (debate)

1-116-000

President. – The next item is the debate on the oral question to the Commission on the Commission communication entitled ‘Towards Social Investment for Growth and Cohesion – including implementing the European Social Fund 2014-2020’ (COM(2013)0083) by Pervenche Berès, on behalf of the Committee on Employment and Social Affairs (O-000057/2013 – B7-0207/2013) (2013/2607(RSP)).

1-117-000

Pervenche Berès, *auteure* . – Monsieur le Président, nous avons souhaité poser cette question orale à la suite de la communication que le commissaire Andor, avec le collègue, a mise sur la table dans la perspective, à la fois, du débat qui s’annonce lors du Conseil européen de juin où la question de savoir quelle est la dimension sociale de l’Union économique et monétaire devra être débattue, mais aussi d’un cadre pluriannuel de nos finances où l’enjeu de l’investissement social au regard de l’utilisation du budget de l’Union européenne sera au cœur des préoccupations.

Nous savons qu’au sein de l’Union européenne, et particulièrement au sein de la zone euro, les pays où le risque de pauvreté et d’exclusion sociale est le plus fort sont aussi ceux qui, le plus souvent, ont un déficit par habitant des plus élevés. Il y a donc intérêt, si nous voulons sortir de la crise économique dans laquelle nous sommes, à investir socialement. C’est aussi un gage d’efficacité puisque les sociétés les plus efficaces, les États membres les plus efficaces sont ceux où l’investissement social est maintenu, que ce soit en période de crise ou pas, à un niveau élevé. C’est la raison pour laquelle, évidemment, sous l’angle budgétaire, nous accordons énormément d’importance à ce que 25 % des fonds de la politique de cohésion puissent être dédiés au Fonds social européen. C’est aussi la raison pour laquelle nous soutenons cette proposition d’une garantie de six milliards d’euros dédiés à l’initiative pour l’emploi des jeunes, même si nous refusons qu’une telle initiative serve de solde de tout compte en matière de financement de l’investissement social. Et je pense qu’il faut y prendre garde.

Mais nous souhaitons aussi que lorsque, dans le cadre du semestre européen, la Commission européenne examine la situation des États membres, elle accorde autant d’importance à cet enjeu de l’investissement social. Finalement, pas à pas, nous devons construire une gouvernance équilibrée qui conduise d’abord à avoir les bons outils. C’est le fameux enjeu autour de cette discussion sur ce qu’on appelle, en bon Européen, des *scoreboards*, des tableaux de bord qui nous permettent, à partir d’indicateurs chiffrés, de disposer d’un observatoire aussi attentif aux déséquilibres sociaux que nous le sommes depuis tant d’années aux déficits publics ou aux niveaux de dettes.

Un tel tableau de bord doit contribuer à alimenter – nous semble-t-il – le mécanisme de surveillance des déséquilibres macroéconomiques, mais doit aussi, de manière autonome, permettre de piloter l'investissement social.

Pour cela – et c'est une réflexion personnelle –, je pense que l'équilibre au sein des conseils doit être corrigé. Cette dynamique, cet investissement social dont chacun prend conscience, qui est tant nécessaire aujourd'hui, ne se fera pas dans l'équilibre des conseils tels qu'ils existent aujourd'hui où c'est le Conseil ECOFIN qui, d'une certaine manière, joue le chef d'orchestre. Le chef d'orchestre devrait être le président Herman Van Rompuy et/ou le président Barroso. Chacun choisira son architecture institutionnelle. Mais au sein de ces structures, l'équilibre entre les commissaires, l'équilibre entre les conseils, doit être meilleur car, sinon, il n'y a pas d'arbitrage possible en faveur d'une stratégie qui nous permette de sortir de la crise et qui permette à l'investissement social d'être porteur de la triple dynamique qui doit être la sienne, à la fois le maintien des systèmes de protection sociale, la création de stabilisateurs automatiques et l'investissement social en tant que tel, puisque nous savons bien que les principaux défis que connaît l'Union européenne sont ceux auxquels l'investissement social doit permettre de répondre.

Quels sont les défis de l'Union européenne? Ce sont ceux, nous dit-on toujours, de l'innovation, de la capacité d'avoir la population la mieux éduquée pour relever les défis à l'échelle globale. Nous n'y parviendrons pas si nous ne légitimons pas pleinement le soutien à travers des stabilisateurs automatiques à ceux qui sont exclus du monde du travail, si nous n'investissons pas pour remettre chacun au travail, si nous n'investissons pas pour lutter contre la pauvreté au travail ou en dehors du travail et si nous ne permettons pas que l'éducation reste la vraie règle d'or du modèle social européen.

1-118-000

László Andor, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you for the close attention which Parliament has devoted to the Social Investment Package. It is clear from your question that the Commission and Parliament are on the same page regarding the importance of social investment. I thank Ms Berès for highlighting the very important role the European Social Fund plays in social investment.

You ask first about the governance of the Europe 2020 strategy. Over the past three years the Commission has published white papers on pensions, the Employment Package, the Youth Employment Package, and the Social Investment Package.

These four initiatives together constitute comprehensive policy guidance to Member States on the policies and national reforms needed to address the major challenges Europe's social and employment systems are facing, and to deliver on the agreed Europe 2020 targets. The implementation of these packages will contribute to fostering competitiveness and inclusive growth, and help reduce divergences between employment and social situations from Member State to Member State, which are a particular concern within the monetary union.

The Commission will explore ways to strengthen guidance to Member States, for example by incorporating in the employment guidelines a set of policy benchmarks building on the policy packages developed and recommendations adopted in recent years, for example on the Youth Guarantee or on child poverty. Such policy benchmarks would help step up coordination and surveillance of employment and social policies, which is an important element of efforts to strengthen the social dimension of the EMU.

In line with the social investment approach, we need to ensure that employment and social problems are tackled early on. To strengthen coordination and surveillance in the employment and social areas, we can build on recently developed instruments, such as the Employment Protection Monitor, the Social Protection Performance Monitor, and the instruments of the European Semester. A scoreboard of key indicators enabling the detection of major employment and social challenges relevant to the smooth functioning of the monetary union will henceforth be incorporated in the draft joint employment report.

The Commission has already worked to reflect the social investment approach in the country-specific recommendations (CSRs) issued on 29 May. There is an increased number of CSRs addressing poverty, in particular child poverty, women's participation in the labour market, active inclusion and the integration of disadvantaged groups, including Roma.

Turning to your second question, your report last year calling for a social investment pact was very welcome, and prefigured the very same approach to social policy as the Social Investment Package. In particular, you highlighted the importance of recognising that social investment is indeed investment that needs to be taken into account in all areas of policy, including fiscal policy.

At present the Commission is concentrating its efforts to follow up the package in the context of the Europe 2020 strategy, and in particular the European Semester, since this is the key policy framework at European level to which all Member States have committed themselves in relation to social and employment issues alongside economic issues.

Europe 2020 is also a process that provides for an important role for civil society and the social partners at national and European level, the latter notably through the flagship initiative on the platform against poverty and social exclusion.

On the third question, the Commission is working with the Indicators Sub-Group of the Social Protection Committee (SPC) and other concerned parties to identify the relevant indicators to assess implementation of active-inclusion strategies at Member-State level for each pillar, as well as for the overall strategy.

Currently, progress in relation to benefit coverage and adequacy, access to services and activation is monitored in the framework of the European Semester. The Commission is developing, in cooperation with the SPC, a methodology for reference budgets to provide the Member States with a concrete tool to monitor adequate income support.

Lastly, concerning your fourth question, the Commission did not propose social impact bonds. They are mentioned in the social investment package as an innovative approach to financing.

Member States are invited to pay more attention to mobilising extra private-sector resources in favour of social programmes and to improve their efficiency, especially in areas where traditional instruments have proved to be less successful, for example long-term homelessness or reoffending.

The Commission plans to support these innovative approaches by facilitating the exchange of experience and by further analysing the effectiveness of such an approach, together with ways EU funds can help to mainstream and upscale current projects. When I mention EU funds, I mean in particular the European Social Fund.

1-119-000

Csaba Óry, *a PPE képviselőcsoport nevében* . – A Foglalkoztatási és Szociális Bizottság néppárti koordinátoraként és témafelelősként is részt vettem ennek a szövegnek a kimunkálásában. Mindenféleképpen üdvözlöm, és egyetértünk magával a kérdéssel. Tükrözi azt a számos kompromisszumot, amelyet megkötöttünk egymással.

Egyetérttek az Európai Bizottsággal, hogy prioritásként kell kezelnünk a szociális beruházásokat, korszerűsíteni kell jóléti rendszereinket, hathatósabb aktív befogadási intézkedéseket kell tennünk, és a szociális területre fordított költségvetésnek hatékonyabb, eredményesebb felhasználására van szükség. Éppen ezért szükség van arra, hogy az Európai Szociális Alap megkaphassa a megfelelő forrásokat. Magam is tettem ilyen irányú módosításokat.

A 2010-es foglalkoztatási iránymutatások jelentéstevőjeként külön üdvözlöm, hogy ez a kommunikáció és ez a kezdeményezés egybevág a 2020-as stratégia célkitűzéseivel. Biztos úr is beszélt róla, hogy számos újabb kezdeményezés kiegészítőjeként is tekinthetünk rá, tehát mindenféleképpen pozitív.

Egy-két problémáról is szólnék azért: láttunk már olyant, hogy nemzetközi pénzügyi hitelekkel finanszírozott egy-egy tagország szociális feladatokat, katasztrófa lett a vége. El kellene kerülni az ilyen típusú csapdákat.

Sajnálom, hogy – a 38. paragrafus kapcsán a demográfiai kihívással összefüggésben megemlítettem volna a családpolitikáknak és a családnak a fontos szerepét – ez végül is a Bizottságban nem ment át. Újra leadtuk ezt a javaslatot és ugyanígy a munkanélküli járadékok minimális feltételrendszeréről érdemes gondolkodni. Azt gondolom, hogy ezt a javaslatot is holnap még újra mérlegelhetjük.

Egyébként köszönettel tartozunk Elnök Asszonynak, az előadónak. Valóban alapos, részletes és kompromisszumkész vitát folytattunk a Bizottságban, a szöveg ilyen értelemben elég jó.

1-120-000

Evelyn Regner, *im Namen der S&D-Fraktion* . – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar! Soziale Investitionen sind ein Schlüsselement, um wieder auf den Pfad des Wachstums und der Beschäftigung zu gelangen. Gerade jetzt in der Krise brauchen wir sie. Ich möchte nur ein konkretes Thema herausgreifen, das aber umso entscheidender ist, nämlich den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Ein Sozialinvestitionspakt kann dazu beitragen, dass jungen Menschen in Europa wieder bessere Perspektiven gegeben werden und eine verlorene Generation verhindert wird. Dazu reicht es aber nicht, diesen Pakt abseits der anderen Politiken zu führen. Soziale Investitionen sollen in das Europäische Semester einfließen. Schließlich kann man Sozialpolitik nicht von anderen Politiken trennen und schon gar nicht von der Wirtschaftspolitik.

Herr Kommissar, was ist aus den 2020-Zielen geworden? Gute, engagierte Ziele, die jedoch vor sich hindümpeln, weil es eben keinen ausreichenden Kontrollmechanismus gibt. Also sollten wir mit Ihrer Hilfe, Herr Kommissar, wieder in diese Richtung gehen, damit Sozialpolitik zum integralen Bestandteil aller Politikbereiche wird.

1-121-000

Philippe De Backer, *namens de ALDE-Fractie*. – Voorzitter, er zijn inderdaad een aantal cijfers die bewijzen dat het niet goed gaat met het sociaal beleid in de 27 lidstaten. Ik noem er enkele. De arbeidsparticipatie in de Europese Unie is slechts 68 procent, terwijl de doelstelling van EU 2020 rond de 75 procent lag. We hebben nog altijd 13 procent vroegtijdige schoolverlaters, terwijl onze doelstelling 10 procent was. Ook in het hoger onderwijs blijkt opnieuw dat slechts 35 procent van de jongeren daar naartoe kan worden begeleid, terwijl de doelstelling 40 procent was. En misschien het ergste cijfer van allemaal, de 120 miljoen mensen in de Europese Unie die het risico lopen van sociale uitsluiting en armoede.

Dit bewijst eigenlijk dat het sociaal model zoals het in het verleden is opgezet niet duurzaam is, en dat het gebouwd is op schulden – dat hebben we gezien tijdens de schuldencrisis. Evenmin is het aangepast aan onze moderne tijd, want de tijden zijn inderdaad veranderd. We hebben de globalisering doorgemaakt, die nog volop bezig is. We hebben ook een demografische verschuiving gekend, waarop ons sociaal systeem niet was voorbereid.

Ons sociaal systeem is ook veel te reactief gebleken en te weinig proactief. We hebben een nieuw sociaal beleid in Europa nodig, dat de steun verdient van de Europese Commissie, maar ook van alle lidstaten. We moeten investeren in het talent van mensen, we moeten proactief een beleid voeren dat mensen de juiste vaardigheden geeft om op de arbeidsmarkt echt actief te zijn.

En het einddoel is heel duidelijk. Kwaliteit van de arbeidsmarkt vergroten, sociale cohesie in Europa versterken, maar ook de competitiviteit van Europa sterker maken. De huidige beleidsdoelstellingen volstaan daarvoor niet. Vandaar ook onze vraag die wij ook als liberaal hebben gesteund. We moeten meer aandacht hebben voor prioritair beleid, kinderopvang, onderwijs, een actief arbeidsmarktbeleid, maar ook de uitkeringsstelsels vereenvoudigen en conditioneel maken. We moeten vooral werk maken van het verbeteren van de efficiëntie en de doeltreffendheid van het sociale beleid. Het verbeteren van de duurzaamheid van het sociaal beleid betekent niet per se méér uitgeven, maar vooral ánders, aangepast aan de globalisering, aangepast aan onze moderne tijd en vooral meer efficiënt gaan uitgeven.

1-122-000

Jean Lambert, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, while we broadly welcome the social investment package we felt that much of it was very 'soft', and almost a reworking of a number of things which we have heard before.

Obviously, we are pleased that we are looking at social investment and the importance of an economic stabiliser being recognised as part of our social protection system. But the issue of adequacy, I think, is still one that many of us are really concerned about. We are seeing more people in poverty now than ever, and we also seem to be losing track of any idea of actually trying to create greater equality in our societies by reducing the gap between rich and poor, not simply looking at how we raise those at the bottom.

The quality of public services is important, obviously, and there is a real area for investment there, including in jobs. But I also want to say something about the recommendation on children. Many people are very worried about demographics in the European Union, and here we have a recommendation which is a very strong one in terms of the focus on early intervention.

We are concerned about nutrition globally, in terms of poverty reduction measures and making the best of children's futures, and we are seeing a growing need for emergency food aid here. We are seeing vaccination programmes here under threat. We know what happens to children's life chances if they are in poor housing. The high-quality child care model set out in the Barcelona targets seems to be really mouldering.

So where do we really see the action coming on this, not just the policy? What can we expect from the Member States in terms of a range of ministers really working with the economic ministers who seem to be totally in charge of things at the moment?

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 149(8))

1-123-000

Krisztina Morvai (NI), *blue-card question*. – Ms Lambert, when you were speaking about the need for more social equality within the European Union, did you also mean more social equality between the so-called 'old' Member States, meaning basically Western Europe, and the 'new' Member States, especially post-Socialist or post-Communist countries? I hope you did, and if so, what steps do you think should be taken to achieve that?

1-124-000

Jean Lambert (Verts/ALE), *blue-card answer*. – It is equality within states and between Member States. If you look at some of the impact there at the moment from various social systems, you can see that there are Member States within which there is a greater equality – both newer and older Member States.

It is as much to do with the systems and the values that you put in place as anything else. Therefore the issue of making sure that you have a level of social security which means that people are not left in poverty becomes absolutely crucial. It is not only about older and newer. There are lessons to be learned from, say, the Czech Republic just as there are from Sweden or Denmark.

1-125-000

Tadeusz Cymański, *w imieniu grupy EFD*. – Panie Przewodniczący! W obecnej sytuacji ekonomicznej i w kontekście polityki redukcji deficytów kluczowe znaczenie mają również inwestycje społeczne. Uważam, że inicjatywy mające na celu zwiększenie i lepsze, bardziej efektywne wykorzystanie środków na walkę z ubóstwem i bezrobociem są jak najbardziej uzasadnione. Szczególne znaczenie mają działania poprawiające sytuację bytową dzieci przez stworzenie im lepszych możliwości rozwoju i kształcenia.

Według danych Eurostatu 27% dzieci Unii Europejskiej jest narażonych na ubóstwo lub wykluczenie społeczne. Jednakże sytuacja w niektórych krajach, zwłaszcza w Europie Środkowo-Wschodniej, jest jeszcze bardziej zatrważająca. Dramatycznie niski jest dostęp do struktur opieki nad małymi dziećmi oraz wczesnej edukacji. Jest to szczególnie ważne, dlatego że inwestowanie w młodego człowieka, w małego człowieka jest najbardziej efektywne i przynosi niezwykle korzyści w przyszłości. Chciałbym podziękować pani Berès za dostrzeżenie problemu kontekstu społecznego w sytuacji, kiedy cała dyskusja jest zdominowana przez ekonomię i gospodarkę.

1-126-000

Inês Cristina Zuber, em nome do Grupo GUE/NGL. – A ideia desta iniciativa é questionar a Comissão sobre como pretende implementar e incentivar as chamadas *estratégias ativas de inclusão*, que menciona na sua comunicação. Mais certo seria questionar a Comissão quando pretende acabar, de uma vez por todas, com as estratégias ativas de exclusão social, de destruição de direitos sociais e de postos de trabalho, estratégia que a Comissão Europeia tão bem tem levado a cabo. É que, só isso, já seria muito importante e suficiente.

Diz a Comissão na sua comunicação que se deve dar mais atenção a políticas como os cuidados à infância, à educação, às políticas ativas do mercado do trabalho, ao apoio à habitação e serviços de saúde. Mas será que os Senhores acreditam mesmo naquilo que escrevem? Porque no meu país, em Portugal, bem como em vários países europeus, há pessoas reais a sofrer com as políticas europeias que os Senhores impuseram, mas que fazem questão de esconder com palavras bonitas. Em dois anos, em Portugal, no âmbito da Troica, foram muito ativos em promover o despedimento de funcionários públicos e o encerramento de milhares de empresas por via da redução do consumo interno. Aumentaram em mais 430 mil o número de desempregados, através de cortes em salários e pensões, diminuíram os salários em 9,2%, obrigaram mais de 250 mil jovens a emigrar, encerraram unidades hospitalares de urgência e aumentaram os custos com a saúde, os números da pobreza infantil subiram dramaticamente.

Das duas uma: ou se escolhe o crescimento e a coesão, ou a miséria e o retrocesso civilizacional. Os Senhores estão ativamente empenhados na última!

1-127-000

Thomas Mann (PPE). - Herr Präsident! Es geht um zwanzig Millionen Menschen. Die müssen raus aus Armut und sozialer Ausgrenzung! Das ist bitter nötig. Die Krise lässt die Regionen weit auseinanderdriften. Das Armutsrisiko steigt. Immer mehr fühlen sich im Stich gelassen. Es ist richtig, dass die Kommission gesagt hat, die Mitgliedstaaten sollen alles dazu tun, dass diese Sozialinvestitionspakete für Wachstum und Zusammenhalt dringend realisiert werden. Wir kennen alle die Rotstifte, die dafür da sind zu sagen, wir müssen aber auch die Schulden senken. Das muss man auch. Und die Mitgliedstaaten dürfen sich nicht herumschummeln um Reformen. Fatal wäre es, wenn wir milliarden schwere Programme hätten ohne nachweisbaren Mehrwert. Deswegen müssen wir schauen, dass die Langzeitarbeitslosen, die jugendlichen Arbeitslosen und die älteren Menschen eine Chance haben, differenziert erreicht zu werden. Also: konkrete Zeitpläne, dafür sorgen, dass die sozialen Einrichtungen einbezogen und nicht ausgegrenzt werden, klare Zielvorgaben und vor allem Überprüfung der Effizienz.

Die hohe Zahl der Schulabbrecher muss gesenkt werden. Noch eine Priorität: die duale Ausbildung. Ich freue mich, dass Spanien das gerade übernimmt in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Schulen. Konkrete Veränderungen. Herr Kommissar, ich würde Sie darum bitten, dass Sie bei den Verhandlungen ihre Zustimmung dazu geben, dass die sechs Milliarden Euro für die Jugendlichen im EU-Haushalt zeitlich vorgezogen werden und nicht nachrangig behandelt werden. Und die europäische Jugendgarantie muss mit Leben erfüllt werden. Wir dürfen uns keine verlorene Generation leisten. Der soziale Zusammenhalt muss spürbare Wirkungen haben. Erst dann trägt er bei zur Identifikation der Bürger mit unserer gemeinsamen europäischen Idee.

1-128-000

Συλβάνα Ράπτη (S&D). - Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε χαίρομαι που είστε εδώ σήμερα, χαίρομαι που - όπως είπατε - είμαστε στο ίδιο μήκος κύματος, αλλά λυπάμαι γιατί αυτό το κύμα μονίμως πνίγει τους κοινωνικούς δείκτες. Αυτό πρέπει ν' αλλάξει! Μια κίνηση έγινε με την εγγύηση για τη νεολαία, όμως και αυτή η κίνηση έγινε πάρα πολύ αργά και τα χρήματα (τα 6 δις) είναι πάρα πολύ λίγα. Και υπάρχει ένα πρόβλημα, όχι μόνο για όλα τα κράτη της Ευρώπης, αλλά ειδικά για αυτά που είναι σε πρόγραμμα, όπως η Ελλάδα.

Ερώτηση: στην Τρόικα μετέχουν οι υπηρεσίες του κ. Ρεν. Δυστυχώς, όμως, δεν μετέχουν οι δικές σας υπηρεσίες. Έτσι δεν μπορείτε να έχετε εκτίμηση του τι σημαίνει κοινωνικά κάθε μέτρο το οποίο υπαγορεύει η υπηρεσία του κ. Ρεν. Και τελειώνω λέγοντας το εξής πάρα πολύ απλό.

Σας είχα ρωτήσει γραπτώς τι θα γίνει με αυτήν την υπόθεση; Θα αξιολογείτε την κοινωνική επίπτωση των οικονομικών μέτρων; Και μου είχατε απαντήσει - το διαβάζω επί λέξει - η Επιτροπή αξιολογεί τις κοινωνικές επιπτώσεις των μακροοικονομικών προγραμμάτων σταθεροποίησης στα οποία συμμετέχει ως μέλος η Τρόικα.

Και θα ήθελα να υποβάλω μια ερώτηση: Τι έχει βγει τελικά από αυτή την αξιολόγηση; Που έχετε καταλήξει και που θα πάμε στο μέλλον;

1-129-000

Edite Estrela (S&D). - Aquilo que eu vou dizer era mais dirigido ao Comissário Olli Rehn do que ao Senhor, porque este debate ocorre no momento em que o Fundo Monetário Internacional acusou a Comissão de incompetente e de ter cometido erros grosseiros no desenho dos programas de resgate. Berlim também responsabilizou a Comissão pelos maus resultados das políticas de austeridade. Agora ninguém quer ser responsável pelo enorme falhanço dos programas de ajustamento impostos a vários países, incluindo o meu, Portugal.

Quem é que vai pedir desculpa aos milhões de trabalhadores que perderam o emprego? Às milhares de famílias que perderam a sua casa? Aos milhões de jovens obrigados a emigrar? Aos milhares de empresários que declararam falência? Aos milhões de crianças na pobreza? Aos milhares de idosos sem comida e sem remédios? Aos milhares de pessoas que entraram em depressão e se suicidaram? Isto não é suficiente para a Comissão reconhecer que errou e mudar de rumo?

A Comissão tem de pôr de lado as políticas neoliberais que provocaram a crise e privilegiar as políticas sociais. A Comissão tem obrigação de fazer mais e melhor e de defender o modelo social europeu para melhor servir os cidadãos.

1-130-000

Regina Bastos (PPE). - Nos últimos cinco anos o desemprego atingiu níveis históricos na União Europeia. Mais de 26 milhões de cidadãos europeus estão desempregados e milhões de cidadãos europeus estão em situação de pobreza e de exclusão social. No meu país, Portugal, a taxa de desemprego duplicou e atinge quase 18%. O desemprego jovem é ainda mais assustador, um em cada dois jovens portugueses está à procura de emprego e não tem perspectivas de o conseguir. É por isso que apoio a iniciativa do novo pacote de investimento social e felicito o Comissário Andor.

São precisas políticas sociais mais eficazes e os fundos, nomeadamente o Fundo Social Europeu, deve ser utilizado para incentivar a qualificação dos cidadãos, reforçar as suas competências e incentivar a sua participação na sociedade e no mercado de trabalho.

Termino com a seguinte pergunta, Senhor Comissário Andor: como tenciona a Comissão ajudar os Estados-Membros que foram obrigados a adotar políticas de consolidação orçamental e fortes medidas de austeridade a dar prioridade à criação de emprego e à inclusão social?

1-131-000

Alejandro Cercas (S&D). - Señor Presidente, señor Comisario, quiero saludar este paquete porque me parece que es muy positivo que se empiece a hablar de la política social, no en términos negativos sino sobre la manera en que tenemos de abordar la tradicional función de protección, a la que, además, se añade en esta época de crisis el hecho de que produce una estabilización automática de la economía y es un factor de inversión social.

Pero todo esto, señor Comisario, quedará en bonitas palabras si en la próxima Cumbre del Consejo Europeo del mes de junio no se crea un auténtico pilar social en el que los términos de la gobernanza económica se sitúen al nivel que se tienen que situar. Porque esto está muy bien, pero, mientras tanto, se está construyendo una nueva arquitectura europea en la que las cuestiones sociales siguen siendo cuestiones secundarias y el Consejo EPSCO es un Consejo secundario frente al Ecofin. Y este desequilibrio, señor Comisario, hace que todo esto sea imposible.

Por eso pedimos que las cuestiones sociales se incorporen al Semestre Europeo en pie de igualdad y también pedimos un pacto social en Europa, no solamente un paquete social, porque el buen diálogo y el diálogo de calidad son básicos para abordar los problemas de la crisis y, sobre todo, los problemas de la construcción europea, así como para asociar a los ciudadanos y a los trabajadores y no solamente a los tecnócratas.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 149, apartado 8, del Reglamento))

1-132-000

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), pregunta de «tarjeta azul». – Señor Cercas, usted ha hablado de la importancia de que este paquete de inversión social se incorpore al Semestre Europeo, y yo realmente le pregunto si lo ve compatible porque no sé a quién debemos creer: ¿al Comisario Andor, cuando dice que debemos atajar de raíz los problemas sociales que está ocasionando esta crisis económica, o a los papeles que redacta la Comisión, cuando hace verdaderos destrozos en la política social de los Estados miembros a través de las recomendaciones específicas por país en pensiones, en mercado laboral, en diálogo social, en el marco del Semestre Europeo?

Es verdad que tiene usted razón cuando afirma que una política social tiene que ser compatible con una política económica coordinada, pero ¿realmente es posible con este Colegio de Comisarios?

1-133-000

Alejandro Cercas (S&D), respuesta de «tarjeta azul». – Señor Presidente, yo sí confío en el Comisario Andor, aunque también, paralelamente, desconfío profundamente del Comisario Olli Rehn o desconfío totalmente, después de haber leído las recomendaciones

a los Estados miembros, de que haya la menor sensibilidad en el Colegio de Comisarios, porque otra vez vuelven a hablar de una política de recortes, otra vez vuelven a hablar de una política en la que la seguridad social, el sistema de bienestar, en lugar de servir para ayudar a resolver la crisis económica, fuesen, para el Colegio, un gasto, no una inversión social.

De modo que hay una contradicción, señor Andor, y tiene que dar usted alguna clase particular a su colega Olli Rehn y a su colega o su jefe, el señor Barroso, porque creo que este documento está en total contradicción con las recomendaciones a los Estados miembros.

1-134-000

Jan Olbrycht (PPE). - Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Pozwalam sobie zabrać głos jako poseł sprawozdawca w sprawie Europejskiego Funduszu Rozwoju Regionalnego. Chciałbym przypomnieć, że jednym z celów Unii Europejskiej jest spójność społeczno-gospodarcza i terytorialna. Staramy się robić wszystko, żeby instrumenty, których się używa, były kompatybilne. Również wtedy, kiedy dyskutujemy o Funduszu Rozwoju Regionalnego, zwracamy uwagę na niezwykle ważne – o czym pan komisarz mówił – inwestycje społeczne.

Natomiast powinniśmy dążyć do tego, żeby działania miały charakter zintegrowany, i w związku z tym należy się poważnie zastanowić, czy sztywne ustalenie proporcji poszczególnych funduszy jest dobrym rozwiązaniem na dzisiejsze czasy, czy nie trzeba się koncentrować na działaniach i właśnie na inwestycjach społecznych, również z innych funduszy. Wydaje mi się, że pomysł inwestycji społecznych wymaga bardziej elastycznego podejścia.

1-135-000

Sari Essayah (PPE). - Arvoisa puhemies, arvoisa komissaari, Eurooppa 2020 -strategian toteuttamisessa sosiaaliset investoinnit ovat välttämättömiä. Kun muutama vuosi sitten lanseerasimme Eurooppa 2020 -strategian tavoitteet, muun muassa koulupudokkaiden määrän laskemisen alle 10 prosenttiin, työllisyysasteen tavoitteen nostamisen 75 prosenttiin ja köyhyyden vähentämisen 20 miljoonalla henkilöllä, emme juuri keskustelleet siitä, millaisia pitkän tähtäimen investointeja jäsenvaltioissa on tehtävä, jotta näihin tavoitteisiin päästään. Esimerkiksi työllisyysasteen nostaminen, erityisesti naisten kohdalla, ei ole mahdollista, ellei jäsenvaltioissa ole panostettu päivähoitopalveluihin, lastentarhoihin ja päiväkoteihin ja tarjottu erilaisia mahdollisuuksia työn ja perheen yhdistämiseen.

Tässä keskustelussa hivonen häiritsee se, mikä kysymyksessäkin on esitetty, että osa näistä sosiaalisista investoinneista haluttaisiin tehdä lainarahoituksella. Uskon, että meillä on EU:ssa tällä hetkellä ihan tarpeeksi velkaa ilman, että me lähdemme myös sosiaalisia investointeja tekemään lainarahoituksen varalla.

Minun mielestäni sosiaaliset investoinnit ovat sellaisia, että jokaisen jäsenvaltion on kaikissa olosuhteissa pyrittävä priorisoimaan, että suurin osa sen verovaroista, jotka on kansalaisilta kerätty, käytetään budjetissa koulutukseen, terveydenhoitoon ja sosiaali-investointeihin. Jos joku jäsenvaltio ei ymmärrä sitä, että näiden tulee olla suurin osa budjetin rakennetta, niin minun mielestäni on turha lähteä näitä yhteisillä velkarahoilla paikkaamaan. On tehtävä priorisointeja, jotta päästään tekemään näitä sosiaalisia investointeja ja sitä kautta ihmisten elämän laatua parantamaan.

1-136-000

Catch-the-eye procedure

1-137-000

Marie-Thérèse Sanchez-Schmid (PPE). - Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, la Commission, dans sa communication de février dernier sur les investissements européens dans le domaine social, liste de nombreuses mesures visant à lutter contre le chômage, la pauvreté et l'exclusion sociale en Europe. Je tenais à saluer ces efforts.

Cependant, ne nous méprenons pas. Les 23,4 % de jeunes au chômage en Europe n'attendent pas simplement des appels à la coordination administrative. Ils attendent des résultats.

Lorsque le Conseil européen leur annonce, en 2012, un pacte de croissance à 120 milliards dédié aux PME et aux jeunes, et qu'en mai 2013, ces jeunes n'en n'ont pas vu le moindre centime, nous risquons de les décourager.

Lorsque ce même Conseil annonce, avec tambours et trompettes, en février, la création d'une initiative pour l'emploi des jeunes à 6 milliards d'euros, dont en réalité, 3 milliards sont pris sur le FSE, qu'on abaisse en même temps les propositions de la Commission pour Erasmus et qu'on refuse de payer pour le budget de 2013, nous risquons de les décourager.

Lorsqu'on propose un FEAD à 2,5 milliards d'euros, alors que les besoins sont estimés à 4 milliards et qu'on menace l'existence même de cette aide pour les plus démunis, nous risquons de les décourager.

Lorsqu'on prône une économie sociale de marché, mais qu'on ne parvient pas à contrôler l'application des règles de détachement des travailleurs, nous risquons de les décourager.

Alors, l'Union européenne devrait cesser les effets d'annonce et s'efforcer d'obtenir des résultats.

(L'orateur accepte de répondre à une question "carton bleu" (article 149, paragraphe 8 du règlement)).

1-138-000

Pervenche Berès (S&D), *question "carton bleu"*. – Chère collègue, j'ai entendu votre plaidoyer, mais j'ai l'impression que, dans votre énumération, vous oubliez certains épisodes, comme lorsque certains ont imaginé que la sortie de crise pour l'Union européenne passerait par un "pacte euro plus" qui niait totalement toute dimension de l'investissement social ou lorsque certains gouvernements se sont engagés à supprimer le fonds d'aide aux plus démunis.

Je voudrais donc aussi que nous ayons une mémoire un peu active et que nous nous rendions compte du changement d'orientation intervenu depuis certaines élections que, manifestement, vous souhaitez ne pas mentionner et dont vous pensez pouvoir faire la critique. Je crois qu'il faut aussi que vous cherchiez dans votre propre camp la responsabilité de la situation dans laquelle nous sommes aujourd'hui.

1-139-000

President. – Colleagues, during these blue-card interventions the time is 30 seconds each, speaker and questioner.

1-140-000

Marie-Thérèse Sanchez-Schmid (PPE), *réponse "carton bleu"*. – Je crois qu'il n'y avait pas de question donc il n'y a pas grand-chose à répondre si ce n'est que nous nous sommes mobilisés l'année passée sur ces sujets et que je ne pense pas voir de rapport avec ce que Mme Berès vient d'évoquer.

1-141-000

Mojca Kleva Kekuš (S&D). - Popolno pomanjkanje učinkovitega upravljanja socialnih politik s strani Evropske unije v zadnjih letih reševanja krize nas je pripeljalo do točke, kjer je socialna izključenost, neenakost, revščina in brezposelnost postala neke vrste evropska vsakdanjost. O tem poslušamo že skoraj rutinsko.

Danes je jasno, da je breme težkih varčevalnih ukrepov najbolj prizadelo najnižje sloje naše družbe in ohromilo javne socialne storitve.

Nujno je zato na evropski ravni čim prej zagotoviti, da bosta v prihodnje gospodarska rast in okrevanje in socialni razvoj šla skupaj z roko v roki.

S kolegico Berès se res strinjam, da potrebujemo jasen pregled indikatorjev socialnih naložb, ki mora biti enakovreden ostalim makroekonomskim indikatorjem, ki jih Evropska komisija pregleduje.

Ta parlament je Komisijo in Svet že večkrat pozval k temu, da moramo v evropski politiki narediti institucionalni prostor tudi za četrti steber monetarne politike, in to je socialni steber.

1-142-000

Marian Harkin (ALDE). - Mr President, my question is: how do you know if the policy you are pursuing is having the desired outcomes? You can make a guess; you can even make an educated guess, but you need to put in indicators and benchmarks. We already have economic and fiscal benchmarks, but social indicators remain the poor relation.

Yes, Commissioner, you said that employment challenges would henceforth be measured on a scoreboard in the draft joint employment report. But will the results be given an equal rating with economic indicators from the European Semester, for example? To me that is at the core of the question, because if we do not measure the performance of Member States' social systems then we will continue to pursue a one-sided policy that is not delivering the outcomes of poverty reduction, increased employment or social inclusion.

Colleagues have said we need to reduce the debt – and yes we do – but if we find that we are reducing debt levels only very slowly, and if that is accompanied by rising poverty, shocking unemployment levels and some citizens not having access to health care, then we are playing a zero-sum game. When we divorce economic policy from the social outcomes of that policy I believe we are on the wrong road.

1-143-000

Malika Benarab-Attou (Verts/ALE). - Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, l'austérité ne peut être une fin en soi. L'Union européenne doit mettre le social au cœur du projet européen.

L'intégration économique doit s'accompagner d'un pacte social européen garantissant une protection sociale de qualité, des mesures d'emploi pour les jeunes, des salaires décents, un accès universel garanti aux services de santé, de formation et d'éducation et à des services publics de qualité ainsi qu'à un logement décent pour tous.

Les réponses à la crise ont été, jusqu'à présent, des réponses de court terme, principalement basées sur des mesures d'assainissement budgétaire, aggravant ainsi la situation des personnes les plus faibles et les plus défavorisées.

Par cette résolution, nous soulignons l'urgence d'investissements sociaux dont le rôle contracyclique permettra d'assurer une vie décente à tous les citoyens.

Nous avons besoin d'une politique européenne associant les partenaires sociaux et la société civile. La gouvernance économique doit intégrer la définition et le respect d'indicateurs sociaux structurels pour évaluer les politiques sociales des États membres et encadrer leur évolution. Ces outils de pilotage sont indispensables.

1-144-000

Erik Bánki (PPE). - A szociális beruházások támogatása területén két alapvetést kell leszögeznünk: az egyik az, hogy a segélyek nem vezetnek eredményre, a segélyek helyett munkát kell adnunk az embereknek. Sajnos a közép-kelet-európai térség a szocializmus bukását követően azt mutatta, hogy a segélyezési rendszer sehova nem vezet, hiszen a gyerekek úgy nőttek fel, hogy azt látták, hogy a szüleik nem dolgoznak, segélyekből élnek. Nem volt motivációjuk arra, hogy egyáltalán munkát vállaljanak.

A másik alapvetés, amit le kell szögeznünk, hogy nem lehet hitelből szociális beruházásokat finanszírozni. Magyarországon az előző kormány ezzel próbálkozott, ennek az eredménye a totális csőd lett.

Tehát azt gondolom, a szociális kötvények ez esetben nem jelentenek alternatívát, a gazdaságot kell felpörgetnünk, és a gazdasági eredményekből kell szociális beruházásokat megvalósítanunk, mert munkahelyet kell teremtenünk, a fiatalok számára kitörési lehetőséget kell kínálni, az pedig más úton nem történhet.

1-145-000

Andreas Mölzer (NI). - Herr Präsident! Wir alle wissen, dass wir im Zuge der jüngsten Staatsschuldenkrise, verursacht durch das Versagen der Währungsunion, ein erschreckendes Phänomen haben, nämlich massenhafte Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in einigen der betroffenen Krisenstaaten im Süden der Europäischen Union. Dies ist eine erschreckende Sache, die wir natürlich mit allen Mitteln bekämpfen müssen. Und wenn dieses Sozialpaket auch nur ansatzweise dazu geeignet ist, diese Jugendarbeitslosigkeit einzudämmen, dann soll es uns recht sein.

Wir müssen aber im Zuge der Bekämpfung dieser Erscheinungen auch ehrlich zu uns selber sein und erkennen, dass vieles, was heute als soziale Unruhen in den Medien dargestellt wird, einen andern Hintergrund hat. Wenn etwa in den Vorstädten der großen europäischen Metropolen, in Paris, in London oder jüngst in Stockholm soziale Unruhen ausbrechen, dann sind das häufig auch Unruhen, die von Jugendlichen mit massivem Migrationshintergrund ausgehen. Das heißt, es gibt eine kulturelle Dimension neben der sozialen Dimension. Und jene, die diese Massenzuwanderung favorisiert haben, die diese

Ghettos geschaffen haben, müssen sich fragen, ob sie nicht für jene sozialen Zustände verantwortlich sind, die wir heute bekämpfen müssen.

1-146-000

Krisztina Morvai (NI). - Mr President, I would say to the Commissioner that Members of the European Commission obviously do not have to be professional actors, and nor they do not have to have outstanding rhetorical skills. But still, the complete lack of emotion and the complete lack of sympathy towards, and empathy with, the poor of Europe and the oppressed and those who suffer enormously as a result of the decisions of the European Union and the Troika has been very shocking to me.

Therefore let me ask you whether you are ever exposed to the real experiences of real people in Europe. The crisis has been going on at least since 2008. Members of this Commission were starting their jobs here in 2009. Have members of this Commission ever been on field trips or in any other way confronted the realities of poverty in Europe? Have they ever met people in Europe outside the world of five-star hotels and chauffeur-driven cars?

If not, do you not think it would be a good idea to do so?

1-147-000

(End of catch-the-eye procedure)

1-148-000

László Andor, *Member of the Commission.* - Mr President, honourable Members, I believe that this is an extremely important discussion because the situation in the European Union is indeed serious. The impact of this long financial and economic crisis is not simply a high level of unemployment and an increasing risk of poverty in many EU Member States. Due to the deep, long and complex eurozone crisis, we are experiencing a dangerous polarisation in the EU between countries with relative stability and, on the other hand, countries facing 'social emergency', to quote an expression the Commission President, Mr Barroso, has used more than once in this Chamber.

Commission reports – particularly the employment and social development reports, and also the quarterly reports – give a good and reliable picture of these developments. We do not only learn from statistics, however; we also learn from field visits. I, and many of my colleagues, regularly visit countries, regions, cities, villages, and the 'ghettos' where many poor and unemployed people live. We host the Meeting of People Experiencing Poverty, which will be held again in Brussels later this month, and we also regularly organise the European Platform against Poverty and Social Exclusion, which brings together civil society actors – NGOs – and government representatives to discuss what needs to be done to address the current situation and also to reach our Europe 2020 targets.

Many of the questions which have been raised in this discussion cannot be answered purely in the context of the Social Investment Package because they relate to social security and the White Paper on pensions, or to the social dimension of the economic and monetary union – on which there have been, will be and need to be more discussions – or because they are of a budgetary nature and should be discussed in connection with the Multiannual Financial Framework and the national budgets.

I believe that the Social Investment Package does exactly what many Members of the Parliament have been hoping for, by defending the European social model and emphasising

that the European social model should not be blamed for the current financial and economic crisis in the EU. This is also a time when we need to discuss how to modernise the welfare models of the EU and how to make it more resilient in order to ensure that people can lead the life that they want to and which they deserve.

We are of the conviction that the best welfare models in the EU can actually reconcile good economic performance and a strong welfare state. That is an asset. It is also an opportunity for all EU Member States to modernise their welfare systems and benefit structures to introduce greater efficiency and effectiveness. The Social Investment Package actually provides a very good comparative analysis by which to demonstrate that there are some welfare systems in the EU which create more per euro of social spending and that, with a more forward-looking approach, we can improve the functioning of national welfare states. At the same time, however, we have to respect the diversity of these systems, because very often they are linked to national traditions and culture.

Questions have been asked, particularly by Ms Bastos, about how we can provide support, especially in these times of crisis. The answer is that we provide support, in particular, through the European Social Fund and other financial instruments. These have been reprogrammed in many countries in order to respond better and more quickly. We have discussed on a number of occasions, not only in the context of social services in Greece but also in other countries, how to adjust in a flexible way to the need to continue to provide the social services which are so important for people experiencing hardship at this time.

The new Youth Employment initiative also needs to be mentioned because such measures, and particularly the Youth Guarantee which the Commission proposed, are an excellent example of social investment and of short-term spending which brings very clear returns in the long run and also results in savings.

It is true that other EU financial instruments also contribute to reducing poverty and to social investment in broader terms, but the ESF is the instrument which invests directly in people, in human capital, which is why we have to ensure that the European Social Fund receives secure and adequate funding in order to fulfil the role it has to play in creating employment and social inclusion.

Ms Regner asked a question about governance, and in particular how we intend to strengthen control. What we particularly want to strengthen at this stage is monitoring and also the capacity to provide support. Action, in most of the cases which Ms Lambert asked about, has to be taken at Member State level, but also at regional level, with the participation of civil society. However, the EU has to support such action with whatever instruments we have, whether they are instruments of governance – providing recommendations, policy coordination, shared analysis and shared understanding – or the financial instruments available to us, in other words not only the ESF, but also other financial instruments from the EU budget.

All this needs to be better organised and better coordinated in the future in order to achieve better results. Of course, these results will not be achieved purely by relying on social policies. I agree with those who emphasised in the discussion that the monetary union and of course the crisis response also need to be looked at, to see how a Europe demonstrating greater solidarity could emerge from the current crisis

Finally, let me mention that I am particularly grateful not only to the European Parliament and all those who encouraged the Commission to bring forward the social investment

package, but also to the Cyprus Presidency, which launched this process, and the Irish Presidency, which has already staged several conferences both on the package as a whole and various aspects of it, for example, homelessness. We will also ensure that the forthcoming EPSCO Council will discuss the social investment package.

Thank you for your participation in this discussion. We will certainly rely on Parliament in the future for the implementation as well.

1-149-000

IN THE CHAIR: OLDŘICH VLASÁK

Vice-President

1-149-250

President. – I have received one motion for a resolution ⁽¹⁾ tabled in accordance with Rule 115(5) of the Rules of Procedure.

The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 12 June 2013.

Written statements (Rule 149)

1-149-500

Ramona Nicole Mănescu (ALDE), în scris. – Domnule președinte, consecințele sociale ale crizei economice, precum șomajul, sărăcia și excludiunea socială au atins niveluri record. Pentru a putea oferi cetățenilor europeni șansa de a-și găsi un loc de muncă și a le asigura o protecție socială adecvată, guvernele trebuie să acorde o mai mare atenție investițiilor sociale. O creștere a productivității, a ratei de ocupare a forței de muncă și a gradului de incluziune socială va stimula creșterea economică, reducând totodată presiunea exercitată asupra cheltuielilor din domeniul protecției sociale. Fondul European de Antreprenoriat Social, Fondul Social European, precum și Instrumentele Financiare reprezintă soluții reale, la îndemâna statelor membre, în vederea îmbunătățirii accesului la piețele financiare a întreprinderilor sociale, un sector în creștere, care va aduce o contribuție reală la realizarea obiectivelor Strategiei Europa 2020. Și, nu în ultimul rând, avem nevoie de acțiuni urgente pentru combaterea șomajului în rândul tinerilor din Europa. În acest sens, susțin propunerea de a aloca 6 miliarde de Euro, în cadrul unui plan de 7 ani, începând cu luna ianuarie 2014, pentru a ajuta tinerii să-și găsească un loc de muncă.

19. Customs enforcement of intellectual property rights (debate)

1-151-000

President. – The next item is the recommendation for second reading from the Committee on the Internal Market and Consumer Protection on the Council position at first reading with a view to the adoption of a regulation of the European Parliament and of the Council concerning customs enforcement of intellectual property rights and repealing Council Regulation (EC) No 1383/2003(06353/1/2013 – C7-0142/2013 – 2011/0137(COD)) (Rapporteur: Jürgen Creutzmann (A7-0185/2013)).

⁽¹⁾ See Minutes.

1-152-000

Jürgen Creutzmann, *Berichterstatter*. – Herr Präsident! Der Schutz von Rechten geistigen Eigentums ist von existenzieller Bedeutung für Wirtschaft und Verbraucher. Leider hat der Handel mit gefälschten Produkten in den letzten Jahren immer mehr zugenommen. Dabei geht es längst nicht mehr um Luxusmarken, sondern zunehmend auch um Produkte des täglichen Gebrauchs wie Körperpflegeprodukte, Arzneimittel, Spielzeuge und elektrische Haushaltsgeräte.

Immer häufiger bestellen Verbraucher diese gefälschten Waren heute im Internet. Außerdem finden die Fälscherbanden immer wieder neue Mittel und Wege, um die Kontrollen des Zolls zu umgehen und bestehende Gesetzeslücken auszunutzen.

Diese Entwicklung ist eine ernsthafte Bedrohung für unsere Unternehmen und ihre Arbeitsplätze. Darüber hinaus werden Verbraucher in die Irre geführt und beträchtlichem Schaden für ihre Sicherheit und Gesundheit ausgesetzt.

Die geschilderten Entwicklungen haben eine erneute Überarbeitung der Verordnung aus dem Jahr 2004 erforderlich gemacht, die die Verfahren zur Beschlagnahmung und Vernichtung gefälschter Waren durch die Zollbehörden regelt. Der Zoll eignet sich besonders gut für diese Aufgabe, weil er die Warensendungen aufhalten kann, bevor sie in den Binnenmarkt gelangen und in kleinere Sendungen aufgeteilt werden, die dann schwieriger zu verfolgen sind.

Nach der ersten Lesung vor einem knappen Jahr haben wir uns bereits im Dezember 2012 im Trilog mit dem Rat auf einen gemeinsamen Text geeinigt. Der Binnenmarktausschuss hat das Verhandlungsergebnis im Januar mit einer deutlichen Mehrheit von 32 zu 3 Stimmen angenommen. Da der Ministerrat die Verordnung bereits am 11. März beschlossen hat, muss nur noch das Parlament morgen zustimmen. Damit kann die Verordnung pünktlich zum 1.1.2014 in Kraft treten.

Mit meinem Bericht habe ich vor allem zwei Ziele verfolgt: Erstens wollte ich den Schutz von geistigem Eigentum in der Europäischen Union verbessern. Zweitens galt es, die Zollbehörden von Bürokratie zu entlasten. Die Vorschriften dieser Verordnung sollten also nicht nur effektiv, sondern auch effizient sein. Es freut mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir beide Ziele erreicht haben.

Wir haben durchgesetzt, dass ein vereinfachtes Verfahren zur Vernichtung gefälschter Waren verpflichtend in allen Mitgliedstaaten eingeführt und sein Anwendungsbereich auf alle Rechte geistigen Eigentums erweitert wird. Um dem rasanten Anstieg an Internetkäufen zu begegnen, führen wir außerdem ein besonderes Verfahren für gewerbliche Kleinsendungen ein. Auch hier hat das Parlament seine Position behauptet. Mit Bezug auf Arzneimittel, die im Transit zwischen Drittländern durch das Zollgebiet der EU transportiert werden, haben wir klargestellt, dass der Zoll nur dann einschreiten darf, wenn die konkrete Gefahr einer Umleitung in den Binnenmarkt besteht. Die Versorgung von Entwicklungsländern mit sicheren Arzneimitteln, die möglicherweise in der EU geschützte Patente verletzen, soll durch die Anwendung dieser Verordnung nicht gefährdet werden.

Grundsätzlich müssen aber auch Transitwaren vom Zoll auf der Grundlage von Risikoanalysen kontrolliert und identifiziert werden, um Verstöße gegen in der EU geschützte Rechte zu verhindern, und mit Drittstaaten muss bei der Durchsetzung zusammengearbeitet werden. Auch hier war das Parlament erfolgreich.

Sie sehen, dass wir mit diesem Ergebnis sehr zufrieden sein können. Die Verabschiedung dieser Verordnung liegt im Interesse von Unternehmen, Verbrauchern und Zollbehörden. Ich hoffe deshalb, dass wir uns bei der morgigen Abstimmung auf eine breite Unterstützung des Parlaments stützen können. Ich bedanke mich sehr herzlich bei meinen Kollegen Schattenberichterstatlern, mit denen wir ausgezeichnet zusammengearbeitet haben, bei der Kommission und auch beim Rat, die für unsere Vorschläge immer offen waren. Deswegen können wir sagen: Das ist eine gute Verordnung zum Wohle der Verbraucher, der Unternehmen und zum Wohle Europas!

1-153-000

Algirdas Šemeta, *Member of the Commission* . – Mr President, honourable Members, I would like first to thank the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO) and in particular the rapporteur Mr Creutzmann for his constructive approach during the negotiation process.

The enforcement of intellectual property rights, or IPR, by customs is a top priority for the Commission and also for this House. Innovation and creativity are the engines of our economy. It is important to give rights owners the certainty that the fruits of their inventions will be protected. Customs play a crucial role in stopping goods which infringe IPR from reaching the EU market. I am very happy that Parliament, the Council and the Commission have reached agreement on a new regulation on the customs enforcement of IPR. Let me recall the main benefit that this regulation will bring.

Firstly, we are extending the scope of intellectual property rights to be enforced at the borders. For example, counterfeit goods sent in small consignments to private persons are now covered. This is very important if we consider the huge rise in postal traffic due to internet sales. Fake products carrying the sign of a well-known trade mark will also be blocked. This will keep the EU at the forefront of IPR protection at its borders.

Secondly, the regulation clarifies procedures, for instance by introducing a single request that will cover the whole of the EU. It simplifies the work of customs while respecting the rights of traders and of right-holders by streamlining notifications and communication with the various people involved.

These changes, coupled with the new tools created to deal with requests from right-holders, such as the creation of a central electronic database, will make customs more efficient in the fight against counterfeiting.

Finally, the regulation addresses the specific problems we encountered in the past with regard to access to medicines. This has been a particularly sensitive matter, but I am confident that it is now definitely settled.

To conclude, today's agreement will strengthen the legal framework and simplify administrative procedures for the vital work that customs does to protect intellectual property rights. In doing so, it will help safeguard the interests of our legitimate traders and protect the competitiveness of our economy, which relies more and more on innovation and intellectual property. This new regulation is not just good for customs, it is good for our businesses and for our citizens.

1-154-000

Małgorzata Handzlik, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Podróbki przynoszą ogromne straty na rynku wewnętrznym. Poszkodowani są przedsiębiorcy, których produkty są podrabiane, a także konsumenci, gdyż to właśnie ich zdrowiu i bezpieczeństwu zagrażają takie produkty, bo przecież podrabia się nie tylko towary użytkowe jak ubrania, ale też na przykład leki. Wiele z tych produktów napływa na rynek unijny z państw trzecich, dlatego tak ważna jest szczelność granic. To właśnie celnicy mają szansę najskuteczniej napływ takich produktów blokować, jednak muszą mieć do tego odpowiednie instrumenty prawne. Dzięki rozporządzeniu egzekwowanie już istniejących przepisów stanie się skuteczniejsze, procedury zostaną uproszczone, a przedsiębiorcy i konsumenci będą tym samym lepiej chronieni. Co ważne, te nowe przepisy nie zmieniają niczego w kwestii ochrony własności intelektualnej i nie dotyczą produktów niekomercyjnych, przewożonych przez turystów w ich bagażu.

Egzekwowanie praw własności intelektualnej na granicach przez organy celne stanowi uzupełnienie działań egzekwujących te przepisy na rynku wewnętrznym w ogóle i innych inicjatyw w tym zakresie. Bez lepszego egzekwowania tych przepisów mamy niejako lukę, która powoduje tak ogromne straty, bo przecież mówi się nawet o stratach rzędu 250 mld euro rocznie – to dla biznesu i rynku wewnętrznego niebagatelna kwota.

Nowe przepisy egzekwujące usprawnią działania celników i są ważnym elementem na drodze do tworzenia dobrze funkcjonującego rynku wewnętrznego.

1-155-000

Anna Hedh, *för S&D-gruppen*. – Herr talman! Jag vill börja med att säga att jag var orolig efter omröstningen här i plenum för ett år sedan. Som socialdemokratisk skuggföredragande såg jag faror med några av de punkter som vi då tog beslut om. I dag är jag emellertid inte lika orolig. Vi har gjort framsteg i trepartsförhandlingarna, och jag är ganska nöjd med utfallet.

Vi socialdemokrater tycker att det behövs en ny lagstiftning mot varor som gör intrång på immateriella rättigheter. Bara den kreativa industrin uppskattar att förfalskningar kostar dem mer än 185 000 arbetstillfällen och cirka 10 miljarder euro per år.

Den nya förordningen kan skydda konsumenter, rättighetsinnehavare och den inre marknaden, särskilt mot varor som utgör fara för människors hälsa.

Det vi har varit rädda för är att förordningen samtidigt kan stoppa varor som måste kunna passera EU. Jag pratar främst om läkemedel. Vi vet att lagliga generiska läkemedel passerar EU på väg till sin slutdestination, och dessa måste vi skydda. Därför tycker jag att det är bra att denna förordning understryker att kommissionen ska lägga fram en rapport om mediciner i transit om tre år. Då får vi se om förordningen behöver ändras ytterligare och hur det har gått med genomförandet.

Det jag inte är nöjd med är bestämmelserna om rätten att bli hörd. I de fall där deklareranden är en konsument har vi jobbat för att förstärka rätten att bli hörd men tyvärr med dåligt resultat.

När det gäller ordinarie förfarande är rätten att bli hörd borttagen. För det förenklade förfarandet vid förstörelse av varor ges deklareranden endast 10 dagar att svara. Vid små försändelser har rätten att bli hörd minskat från 20 dagar till 10 dagar. Att få försvara sig

är en grundläggande rättighet, och jag känner mig besviken över att både rådet och kolleger här i Europaparlamentet har velat ta bort den rättigheten.

Jag är således till viss del missnöjd, men i det stora hela anser jag att arbetet vid trepartsförhandlingarna har lett till betydande förbättringar. Därför vill jag avsluta med att säga att S&D stöder utfallet av andrabehandlingsrekommendationen, och jag vill tacka Jürgen Creutzmann.

1-156-000

Adam Bielan, *w imieniu grupy ECR .* – Panie Przewodniczący! Chciałbym na wstępie podziękować panu posłowi Creutzmannowi za wkład w przygotowanie niniejszego sprawozdania, które jest krokiem w kierunku sprawniejszego egzekwowania praw własności intelektualnej, ochrony niezbędnej dla zabezpieczenia interesów wynalazców, twórców, a przede wszystkim konsumentów. Właściwe uregulowanie tej materii zagwarantuje wysoką jakość udostępnianych produktów. Liczę, że również posłowie kwestionujący konieczność wzmocnienia ochrony praw własności poprą sprawozdanie, którego zapisy są korzystne dla europejskich konsumentów.

W ostatnich latach wzrasta liczba przesyłek zatrzymywanych z podejrzeniem nadużycia praw własności. Stały napływ na europejskie rynki towarów podrabianych, powoduje ogromne straty rodzimych producentów, co przekłada się na wzrost bezrobocia.

Szczególne niebezpieczeństwo niesie obrót podrabianymi produktami medycznymi, stanowiącymi obecnie czwartą część udokumentowanych naruszeń. Podobnie zagrażające zdrowiu są podrabiana żywność czy kosmetyki. Konieczność wzmocnienia ochrony koncentrującej się na bezpieczeństwie obywateli nie może wzbudzać wątpliwości.

Dysponujące ograniczonymi zasobami organy celne nie powinny być jednakże obłożone nadmiernymi obciążeniami mogącymi sparaliżować ich funkcjonowanie. W ich kompetencji należy pozostawić kwestie stwierdzania naruszania praw własności na podstawie ustawodawstwa krajowego.

Warto natomiast skupić uwagę na nowoczesnych technologiach zarządzania ryzykiem, gdyż obecnie stosowane metody kontroli często nie są wystarczające. Cieszę się, że ten postulat uzyskał akceptację Rady.

1-157-000

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). - A szellemi tulajdon versenyképességünknek egyik meghatározó tényezője. A tudásnak a védelme egyet jelent a kutatással, egyet jelent az innovációval, egyet jelent a munkahelyeknek a védelmével is.

Mindezek mellett és ugyanakkor azt gondolom, hogy valóban a szellemi tulajdonnak a megsértése és a hamisított áruk több milliárd eurót kitevő világkereskedelme egyre inkább és egyre több aggodalomra ad okot, amely mindannyiunkat érint, sőt a fogyasztóknak az egészséget és biztonságát is érintő kockázatot is jelent.

Figyelni kell azonban arra is, hogy a vámalakiság közvetlen hatással van a nemzetközi kereskedelemre, és így maguk a végrehajtási intézkedések nem válhatnak a jogszerű kereskedelemnek az akadályává. Valamint mindezzel együtt összhangban kell lennie az Európai Uniónak az egyéb intézkedéseivel, irányával is és kötelezettségvállalásával.

Támogatom a rendelettervezet hatálya alá tartozó jogsértések körének további bővítését, mert meggyőződésem, hogy mindez a szellemi tulajdon védelmének az erősítéséhez fog vezetni. Ugyanakkor fontosnak tartom megemlíteni a szürkepiaci gazdaságot, a szürkepiacnak az áruit, amelynek a feltartóztatása és a kapcsolódó jogsértéseknek a megállapítása várhatóan továbbra is problémákat fog okozni.

Örülök annak, hogy ez a rendelettervezet ily módon megfogalmazásra került, és támogatom ezt a jelentést, szavazatommal is ezt fogom tenni.

1-158-000

Evelyne Gebhardt (S&D). - Herr Präsident! Dieses Thema betrifft nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Verbraucher und Verbraucherinnen, denn es geht auch um ihre Sicherheit und Gesundheit. Das sollten wir in diesem Zusammenhang nicht vergessen.

Lassen Sie mich einen Punkt insbesondere herausgreifen, das sind die Medizinprodukte. Wenn ein Viertel der beschlagnahmten gefälschten Produkte Medizinprodukte sind, sehen wir, wie wichtig es ist, dass wir gerade in diesem Bereich ganz besonders hart vorgehen müssen und wir hier auf keinen Fall zulassen können, dass solche Produkte in den Binnenmarkt kommen können. Auf der anderen Seite mussten wir allerdings auch dafür sorgen, dass nicht durch eine falsche Formulierung, wie sie vorgesehen war, der Transit von zugelassenen Generika plötzlich auch unter die Problemfälle fällt. Unter keinen Umständen hätten wir als Sozialdemokraten verantworten können, dass dieser Transithandel verhindert wird.

1-159-000

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). - Progresul Europei depinde de realizarea economiei cunoașterii și aceasta se bazează pe o protecție solidă a drepturilor de proprietate. Aici ne confruntăm cu două probleme: pe de o parte, legislațiile naționale din statele membre cu privire la protecția drepturilor de proprietate diferă încă foarte mult și avem de lucrat pentru armonizarea acestei legislații; pe de altă parte, nu putem să nu observăm cum, pe piețele din Europa, se află multe produse contrafăcute, piratate, importate și aici, evident, autoritățile vamale din statele membre trebuie să stopeze acest fenomen.

Sunt de acord cu măsurile propuse și subliniez necesitatea ca vinovații, cei care importă asemenea produse contrafăcute și piratate, să suporte toate cheltuielile făcute cu identificarea acestor produse, cu păstrarea lor și cu lichidarea lor.

1-160-000

Catch-the-eye procedure

1-161-000

Seán Kelly (PPE). - A Uachtaráin, molaím an Coimisiún as ucht na tuarascála seo agus go háirithe an rapóirtéir, an Feisire Creutzmann, as ucht na leasuithe a chuir sé leis an tuarascáil. Gan dabht, ós rud é go gcosnaíonn trádáil mhídeathach de gach saghas EUR 250 billiún ar an Aontas in aghaidh na bliana, caithimid rud éigin a dheanamh faoi, agus is chuige sin atáimid faoi láthair.

I am very pleased with the proposals. I think that they are a practical way of dealing with the issue. Given that many of these counterfeit goods are coming in from third countries,

trying to stop them at the border makes sense. Giving greater powers and tools to customs officers to deal with this issue in a legal way is obviously sensible. I just have one question for the Commissioner: how much does he think we will be able to save, that we are losing at the moment as a result of counterfeited goods, through the application of these regulations?

1-163-000

Phil Prendergast (S&D). - Mr President, as you know, our group had serious concerns with this proposal when it was brought to the House for first reading last year. We fought to exclude goods for personal use in travellers' luggage from the scope of the regulation. There were also other serious issues, such as the need for clarity on what constitutes a small consignment liable for simplified destruction procedures.

As we strongly felt that the safe passage of generic medicines in transit through the EU to the final destination was jeopardised, we voted against the proposal. However, the work carried out since with the Council of Ministers has yielded a satisfactory outcome. Personal luggage items remain out of the regulation's scope, and clear definitions of small consignments and the kinds of infringements liable for simplified procedures are introduced.

Progress was also made in terms of the time afforded to declarants to be heard prior to the destruction of goods. Generic goods in transit are therefore not to be hindered unless there are substantial risks of illicit diversion to the EU markets. I look forward to the Commission's report and the recommendation on the correct implementation of this principle.

1-164-000

Amelia Andersdotter (Verts/ALE). - Mr President, the situation on the European market today is such that a small group of market activists can abuse injunctions to completely block competition on all European markets by exercising intellectual property rights on only one or two markets. Member States which control harbours or large end-consumer markets get a disproportionate amount of power over what happens to all European consumers. We tried to solve this with the unitary patent, but the forum shopping risk is still inherent in that system. So now we will be passing new legislation on customs enforcement of intellectual property rights, but the injunction issue remains unsolved.

We know about the mobile phone wars and we also know that original car part manufacturers have been fighting with spare part manufacturers for a good many years. I would like to propose to this House that we just get rid of injunctions. They do no good. While we are at it, we could also consider the global exhaustion problem. Why are we not implementing global exhaustion? It has been proven, for instance, in New Zealand that this is beneficial to consumers, particularly in the copyright field. I believe the European Union should be a market place for all, and particularly for consumers and SMEs...

(The President cut off the speaker)

1-165-000

Sari Essayah (PPE). - Arvoisa puhemies, haluan onnitella esittelijää ja myös varjoesittelijöitä, jotka ovat tehneet erinomaista työtä yhdessä komission ja neuvoston kanssa tämän asetuksen parissa. Emme luo tässä nyt uusia säädöksiä teollisuus- ja tekijänoikeuksille vaan nimenomaan parannamme viranomaisten toimintamahdollisuuksia, ja aivan niin kuin täällä on tuotu esille, eurooppalainen teollisuus on hyvin altista

väärennöksille ja vuosittain piraattituotteiden takia menetetään satoja miljoonia euroja. Samoin kuluttajien oikeuksia ja terveyttä puolustetaan tällä asetuksella.

Väärennetyn tavaran kauppa on osa järjestäytyneitä rikollisuutta ja rahanpesua. Tänään täällä käsiteltiin Iacolinon hyvä mietintö nimenomaan järjestäytyneestä rikollisuudesta, korruptiosta ja rahanpesusta. Uskon, että moni kuluttaja joka ostaa halpoina pitämiään piraattituotteita, ajattelisi ehkä toisenkin kerran, kun ymmärtäisi, että näillä ostoksilla tuetaan nimenomaan järjestäytyneitä rikollisuutta.

1-166-000

Josefa Andrés Barea (S&D). - Señor Presidente, quiero dar las gracias al ponente, señor Creutzmann. En una economía globalizada, la propiedad intelectual es un factor de competitividad importante. La defensa de los derechos de propiedad intelectual debe hacerse en origen, donde se producen, y por ello, como ponente de opinión de la Comisión de Comercio Internacional en aplicación del artículo 50, estoy orgullosa de una enmienda que consideramos importante, relativa a la colaboración internacional, que ha entrado como elemento importante de base, no solo en la cooperación técnica que da soporte a este informe, sino también en la operativa, con el intercambio de información y la llegada de acuerdos entre Estados, aduanas y la propia industria. Por lo tanto, consideramos muy importante la aportación de la Comisión de Comercio Internacional en el marco del artículo 50.

1-167-000

(End of catch-the-eye procedure)

1-168-000

Algirdas Šemeta, *Member of the Commission* . – Mr President, honourable Members, I want to thank you for the views you expressed during the debate. Tomorrow you will take a vote on the regulation on the customs enforcement of IPR. With this regulation the EU will continue to set the gold standard at international level in IPR protection by customs. The competitiveness of EU businesses and credibility in the rule of law depend on it.

All parties' rights and obligations are clearly established in the new regulation. I think we have found a very good language regarding medicines, and we now have very clear rules on how to treat medicines when customs enforce intellectual property rights.

Mr Kelly asked about the impact, or how much we could save when implementing this regulation. I think this was taken into account when we broadened the scope of the regulation, setting clear rules for customs officers and clear procedures for right-holders: this should lead to significant savings. Every year we produce a report which presents figures about counterfeit goods which are stopped at the European Union's borders, so it will be easy to monitor progress in this area when the regulation comes into force.

It will mainly be up to the Member States' customs administrations to implement this. The Commission will support the process, including by putting in place the necessary information infrastructure. I am looking forward to a positive vote in this House.

1-169-000

Jürgen Creutzmann, *Berichterstatter* . – Herr Präsident! Ich wollte noch einmal klarstellen, dass der Tourismus nie in der Verordnung mit aufgenommen war, und dass auch der

Transport von Generika – wir hatten ja das Problem mit Indien – ausdrücklich ausgenommen war. Wenn Ihnen das also hilft, jetzt eine noch breitere Zustimmung im Parlament zu bekommen, freuen wir uns. Der Schutz geistigen Eigentums ist für Europa enorm wichtig, weil dadurch Arbeitsplätze erhalten werden, und das ist gerade für die europäische Wirtschaft, aber auch für den Verbraucher – ich gebe Frau Gebhardt ausdrücklich Recht – ungemein wichtig, denn der Verbraucher leidet am meisten. Wir hatten ja eine Anhörung gemacht und haben dabei schreckliche Bilder gesehen von Menschen, die keine Zähne mehr hatten, weil sie Medikamente eingenommen hatten, die gefälscht waren. Deswegen war der Versuch zu unternehmen, und wir haben es geschafft, drei Elemente einzuführen. Wir wollten die Bürokratie beim Zoll abbauen, damit der Zoll effizienter arbeiten kann. Das ist erreicht worden durch verschiedene Dinge, durch das vereinfachte Verfahren. Dort kann der Zoll mit der Zustimmung des Anwenders oder Inhabers der Waren ohne vorheriges Gerichtsverfahren zur Vernichtung übergehen, wenn dieser nicht innerhalb einer bestimmten Frist widerspricht. Das ist ein Beispiel.

Ein zweites Beispiel: Wir wollten die Rechte der Eigentümer stärken. Auch dies ist gelungen. Das heißt, auch in Zukunft kann der rechtmäßige Eigentümer die Kosten der Vernichtung von dem Fälscher verlangen. Wir haben ferner mitaufgenommen, dass auch die Transportunternehmen in eine gewisse Verantwortung genommen werden können, wenn dies die Staaten wollen.

Das Dritte war der Datenschutz. Ich möchte noch einmal betonen, dass auch der Datenschutz bei diesem Thema ganz wichtig ist. Auch den haben wir gestärkt, sodass wir als Parlament sagen können, wir haben die exzellente Vorlage der Kommission sicher noch verbessert. Wir haben den Rat auf unsere Seite bekommen, und deswegen hoffe ich, dass wir eine breite Mehrheit bekommen. Wir haben den Kompromiss. Wir wollten, dass die Verordnung schneller in Kraft tritt, Herr Kommissar. Da hat der Rat nicht mitgemacht. Aber ich meine, zum 1. Januar 2014 kann die Verordnung in Kraft treten. Wichtig ist auch, dass die nationalen Zollbehörden genug Personal zur Verfügung stellen. Beispielsweise in meinem Heimatland Deutschland fehlen 8 000 Zollbeamte. Dort kann ich die Kommission nur ermutigen, mit den nationalen Zollbehörden zu reden, weil es ganz wichtig ist, dass wir auch genug Menschen haben, die sich um die Probleme kümmern können. Deswegen glaube ich, dass es ein weiterer Fortschritt ist für den Verbraucher, für die Erhaltung von Arbeitsplätzen, aber auch für die Stärkung des Standorts Europa.

1-170-000

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 11 June 2013.

20. One-minute speeches (Rule 150)

1-172-000

President. – The next item is the one-minute speeches on matters of political importance (Rule 150).

1-173-000

Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė (PPE). – Mr President, 14 June is the Day of Mourning and Hope – mourning for hundreds of thousands of innocent people, entire families arrested without charge and deported in cattle wagons to gulags in the far east of the Soviet Union

for unpaid work in inhuman and degrading conditions, suffering constant torture and famine. Almost half the deportees were children and infants. These horrific crimes against humanity took place over 12 years, from 1941 to 1953.

14 June is also the Day of Hope – hope for freedom from totalitarianism. This dream has now been realised, but history should not be forgotten.

Last week we celebrated the 25th anniversary of the reform movement Sąjūdis, which brought freedom to Lithuania and enabled my country, along with the others, to come back into the European family. I am happy to invite my colleagues to commemorate, here in the European Parliament on 26 June, the Baltic Way – the human chain which brought together more than 3 million people.

Solidarity is our strength. Remembering the history of a united Europe makes us stronger.

1-174-000

Claudette Abela Baldacchino (S&D). - Fi żmien ta' incertezza ekonomika kbira li ninsabu għaddejnin minnha, l-akbar sfida llum hija dik illi tirrigwarda l-kisba ta' ekonomija soċjali. Għalhekk, nemmen illi għandna tassew inħaddnu l-ħolqien ta' Ewropa soċjali. Nemmen li rridu niżguraw l-enerġija kollha tagħna biex nindirizzaw fost l-oħrajn il-problema tal-faqar. Miljuni huma bla xogħol, l-aktar żgħażaġh; oħrajn bla xogħol u b'xogħol prekarju, li ma jippermettix xogħol decenti. Għalhekk irridu soċjetà vijabbli, filwaqt li, fl-istess ħin, naraw lis-suq Ewropew ikun wieħed fejn l-investitur iħossu komdu. Il-burokrazija żejda tnaffar l-investment, u għalhekk nappella biex nissemplifikaw il-liġijiet u r-regolamenti Ewropej, biex l-Ewropa ssir attraenti għall-investment. Għalhekk il-ħtieġa li l-benefiċċji tas-suq intern tassew jitgawdew minn kulhadd. Huwa f'dan l-isfond illi, l-gimgha li għaddiet, staqsejt lill-Kummissarju nominat għall-Kroazja dwar il-veduti tiegħu dwar il-prattiċi interni fis-suq intern Ewropew, u għalhekk, biex jiġu aġġustati l-fenomeni ingusti, fosthom ma' pajjiżi żgħar bħal Malta.

1-175-000

Pat the Cope Gallagher (ALDE). - Mr President, I would like to raise concerns about the future of local development in Ireland, and in particular about the Irish Government's plan to reform the delivery of local development actions arising from the alignment process.

Bhí baint agam leis an gcéad chlár phíolótach in Éirinn nuair a bhí cúraimí na Gaeltachta orm ag tús na nóchaidí.

With no small thanks to local development committees, LEADER has since proven to be extremely successful in terms of providing community facilities in rural areas and creating jobs where otherwise there would be no alternative source of employment. Moreover, local development companies have built up a cohort of highly trained, committed and professional staff. Should this expertise be lost, it would have devastating consequences for local development in Ireland.

The bottom-up approach implemented by the local development companies has been identified by the EU as an ideal system. As such, from the EU perspective, moving away from this ideal system may have ramifications and cause reductions in rural development.

Tá mé ag impí ar an aire Hogan go leanaimis lena chuid pleannanna, ós rud é go bhfuil na pleannanna...

(Ghearr an tUachtarán isteach ar an gcainteoir)

1-179-000

Indrek Tarand (Verts/ALE). - Mr President, I was moved when reading Mr Salvatore Iacolino's report on organised crime, corruption and money laundering. He is correct in pointing out the need for a Europe-wide code of ethics for political parties and their funding, and on the need to outlaw vote-buying. Unfortunately, it is my duty to inform this Chamber that we have in Estonia a political party that not only buys votes, but also manipulates elections. For a decade now, its finances have included a significant share of unaccounted or anonymous money.

It is not only the Reform Party – the Centre Party also excels in such practices. Both these parties were created and are still governed by former *nomenklatura* communists. However, they have camouflaged their parties as liberals and have a seat in the ALDE Group. I would ask Mr Verhofstadt and other respectable liberals to consider the option of expelling those parties from membership of their political alliance. That would give European citizens the feeling that crime has no place in the political party system.

1-180-000

Paul Murphy (GUE/NGL). - Mr President, next week the G8 will descend on Fermanagh. Their list of crimes is a long one: Barack Obama, drone warrior in chief, prosecutor of heroic Bradley Manning; David Cameron, heir of Thatcher, destroyer of public services; Angela Merkel, imposer of austerity across Europe; Vladimir Putin, dictatorial jailer of Pussy Riot and many others. They are collectively responsible for war, austerity, environmental destruction and poverty, which affect billions of people across the world.

The local politicians who wish to roll out the red carpet cynically claim that this is an opportunity to showcase the so-called new Northern Ireland, but all they have to offer is a Potemkin village with fake shopfronts hiding the real economic hardship. It is the neoliberal policies which the G8 peddles which leave these areas plagued by unemployment and emigration. Massive police repression is planned, militarised zones, thousands of police officers and soldiers, water cannons and even drone spy planes approved by the policing board. People should reject this intimidation, protest in Belfast and Fermanagh.

(The President cut off the speaker)

1-181-000

Моника Панайотова (PPE). - Почти месец след парламентарните избори в България и по-малко от година до европейските са налице тревожни тенденции. На национално ниво предизборните кампании стават все по-агресивни и лишени от дебат върху реалните проблеми, от което се възползват крайни националистически формации. Резултатите от изборите в България доведоха до парадокс – първата политическа сила ГЕРБ да остане в опозиция, за сметка на коалиция от политически сили с несъвместими платформи по стратегически въпроси като данъчната, социалната и енергийната политика, формирана от председателя на ПЕС, с подкрепата на крайно-националистическа партия Атака. Недопустимо е г-н Свобода да призовава към компромиси с преглъщането на „горчиво хапче“ – начинът, по който той толерира допускането на крайните националисти да бъдат решаващ фактор за настоящото българско правителство. Колкото повече анти-евроатлантически формации се толерират в Европа и вземат превес, толкова повече Европа и нейните граждани ще

изостават в развитието си. Така горчивото хапче ще се превърне в неизличима болест, от която Европа трудно ще се възстанови.

1-182-000

Ricardo Cortés Lastra (S&D). - Señor Presidente, la semana pasada, el primer ministro italiano pedía perdón a aquellos ciudadanos que se habían visto obligados a abandonar el país debido a la crisis económica. España vive la misma situación, incluso peor; sin embargo, nuestro Gobierno no actúa, resta importancia a este éxodo masivo de jóvenes formados y, además, trata de normalizar este grave fenómeno utilizando eufemismos como «aventura» o «movilidad exterior».

La emigración creció el año pasado un 21 % en mi país; miles de jóvenes españoles están emigrando en busca de un futuro laboral que no pueden encontrar en España, donde hay un 55 % de desempleo juvenil. La generación que se está yendo debería ser la responsable de tomar las riendas del país para afrontar la salida de la crisis en la que estamos inmersos y, con su marcha, estamos perdiendo a quienes deben construir el futuro.

Esta alarmante situación se une a los obstáculos que los jóvenes están encontrando para continuar su formación: los recortes en educación, la subida de las tasas universitarias y el continuo ataque del Partido Popular a la educación pública.

Es hora de reaccionar de una vez por todas y de que el Gobierno tome medidas y considere aquellas que hemos propuesto los socialistas para frenar el paro juvenil, para parar el éxodo en nuestro país y para facilitar el regreso de aquellos que lo deseen lo antes posible.

1-183-000

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). - Bajban ismerszik meg a barát, tartja egy magyar mondás. Európa középső részének hatóságai és polgárai napok óta emberfeletti küzdelmet folytatnak az elmúlt évszázadok legnagyobb árvizével.

Az árvíz hazámat, Magyarországot sem kímélte, azonban nem csak rekord vízállást hozott. Június 4-e Magyarországon a nemzeti összetartozás napja, amit ez a rendkívüli vészhelyzet úgy személyesített meg, hogy határon belülről és kívülről érkezett önkéntesek példátlan összefogását mutatta. Férfiak, nők, idősek és fiatalok egymás mellett dolgoztak, homokot hordtak, töltötték a zsákokat, élelmet biztosítottak.

Helyénvaló, hogy miközben mindannyiunk nevében – úgy gondolom – helyes, hogy megköszönöm az önkéntesek és hatóságok önzetlen és áldozatos munkáját, késlekedés nélkül arra kérem az Európai Uniót, hogy nyújtson segítséget a károk enyhítésében, valamint a jövőre nézve tegyen lépéseket annak érdekében, hogy a szükséges védvonalat meg tudjuk építeni, és ehhez megfelelő forrásokat is biztosítson.

1-184-000

Corina Crețu (S&D). - La 1 ianuarie 2014, toate țările Uniunii Europene sunt obligate să ridice restricțiile privind accesul pe piața europeană a muncii pentru cetățenii români și bulgari. Din păcate, din timp în timp se declanșează adevărate campanii împotriva cetățenilor români, iar intervenția mea exprimă îngrijorarea pentru modul în care aceștia sunt tratați în unele state membre, care caută modalități pentru a-i discrimina în continuare pe români, sub pretextul că sunt săraci.

Înlocuirea vechii cortine de fier cu o cortină a sărăciei, care să-i țină departe pe săracii din sud și est, ar fi semnul cel mai puternic al eșecului proiectului de reunificare europeană. Este mult mai productiv, cred, să reducem sărăcia. Europa, chiar și în criză, are mijloacele necesare. Din păcate, discursul populist xenofob, care aduce mai repede voturi decât efortul anti-sărăcie, va produce resentimente și reacții antieuropene, cu consecințe imprevizibile și greu de gestionat.

1-185-000

Michael Gahler (PPE). - Herr Präsident! Ich habe mit Bedauern, aber ohne Überraschung zur Kenntnis genommen, dass der neue bulgarische Außenminister offenbar keine anderen Sorgen hat, als sich um die Profiteure des früheren kommunistischen Regimes zu sorgen, also um diejenigen im auswärtigen Dienst seines Landes, die besonders dem Geheimdienst verpflichtet waren. Ich glaube nicht, dass solche Leute heute das demokratische Bulgarien würdig vertreten können. Sie hätten schon nach der Wende aus dem Dienst entfernt werden müssen, aber die frühere Staatspartei hat lange ihre schützende Hand über sie gehalten. Wenn die Regierung Borissow dem ein Ende gesetzt hat, dann sollten auch die bulgarischen Sozialisten endlich mit ihrer unseligen Vergangenheit brechen. Sonst wird es auch für die Europäischen Sozialisten peinlich, denn Herr Stanischew ist ihr Vorsitzender.

Wie rechtfertigt er zum Beispiel, dass jetzt frühere kommunistische Geheimdienstkader sogar in führende Positionen im bulgarischen Parlament gehievt werden können? Auch das plötzlich von Abgeordneten der Sozialisten und DPS präsentierte Gesetz zur Schließung der Hauptdirektion zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität erscheint als Versuch, in letzter Minute einigen derjenigen behilflich zu sein, die endlich fürchten müssten, von unabhängigen Ermittlern ins Visier genommen zu werden.

Schauen wir genau hin, was dort passiert!

1-186-000

Vojtěch Mynář (S&D). - Pane předsedající, v budoucnosti vnitrozemské lodní dopravy vidím ekologickou alternativu, jak bojovat proti přeplněným silnicím, rostoucím emisím a nebezpečí vzniku povodní. Bohužel právě o jejich extrémně ničivých následcích se přesvědčily Česká republika, Německo a Rakousko v posledním týdnu.

Celá střední Evropa dlouhodobě trpí absencí propojení tří evropských moří: Černého, Baltského a Severního. Jsem znepokojen, že tak významný a dnes již stovky let plánovaný projekt, jakým je propojení řek Dunaj, Odra a Labe, není zařazen do transevropské dopravní sítě.

V České republice, především v Moravskoslezském kraji, stále více sílí podpora od obcí asociace krajů, podnikatelů a univerzit. Velkou podporu poskytuje nový prezident České republiky Miloš Zeman. Pan Barroso při návštěvě Prahy také slíbil pomoc. Polská strana i slovenská strana mají také kladný názor.

Přestože v závěrech trialogů v návodu nařízení o TEN-T stálý projekt chybí, nevzdávám se a budu se i nadále snažit zařadit jej do mapy páteří evropské infrastruktury, kam nepochybně patří.

V případě, že moje snaha nebude úspěšná, apeluji alespoň na změnu článku 57 návrhu nařízení plánujícího příští revizi TEN-T na rok 2023, tak aby na žádost jednoho nebo dvou států byla provedena revize obsahu dopravní sítě okamžitě.

1-187-000

Ana Miranda (Verts/ALE). - Señor Presidente, el Parlamento Europeo acaba de conceder el premio «Ciudadano Europeo 2013» a la Plataforma de Afectados por la Hipoteca. Un premio que propusimos tres miembros de esta Cámara porque consideramos que la Plataforma reconoce el compromiso social de miles de personas afectadas por procesos de desahucio en el Estado español.

Un premio que ha dado una lección al Gobierno español al defender como prioridad a las personas y no a los bancos. Porque tenemos que apoyar desde este Parlamento a millares de familias que se quedan sin vivienda, y tenemos que apoyar la dación en pago, como va a defender hoy mi colega Karima Delli en el informe sobre vivienda social.

Este premio se concede a aquellos que luchan por los valores europeos y pocos valores están tan ligados al acervo comunitario como la solidaridad, la protección de los más desfavorecidos o la defensa de los derechos fundamentales como es el acceso a una vivienda digna. Me siento muy honrada de pertenecer a esta Cámara que reconoce este drama social y cualquier crítica a este premio es un verdadero despropósito.

1-188-000

Андрей Ковачев (PPE). - Обръщам се към уважаемите колеги европейски социалдемократи: „Гордеете ли се с вашия лидер г-н Станишев, който в България състави правителство, станало факт само и единствено благодарение на парламентарното поведение на антиевропейската партия Атака“, за разлика от 2009 г. при гласуването на правителството „Борисов“? За България, както и за всяка друга страна, е важно да има стабилно, прогнозируемо и ползващо се с доверието на голяма част от обществото и на европейските институции правителство. За огромно съжаление, след опорочените избори такова правителство не е факт в България. Имаме един силно поляризиран, настроен към реваншизъм и политически чистки парламент с ниско обществено доверие.

Новата тройна коалиция ежечасно разделя обществото чрез необосновани популистки предложения без предварителен обществен и професионален дебат.

Само ще маркирам някои от тях – необоснована реформа в сектор сигурност, сигнали за рестартиране на руския ядрен проект „Белене“, либерализация на режима за пушене на обществени места, сигнали за закриване на Държавната агенция за закрила на детето и включването ѝ в Министерството на спорта, допускане на агенти на бившата ДС на висши парламентарни позиции в дипломатията.

Надявам се, че това правителство ще предлага и полезни политики, водещи до успех и просперитет за българските и европейските граждани, които ние да можем подкрепим.

1-189-000

Katarína Neveďalová (S&D). - Som veľmi hrdá na to, že opäť po roku sme mali tento rok posledný týždeň v máji špeciálny týždeň, ktorý bol v Európskej únii venovaný mládeži. Som veľmi rada, že vďaka spolupráci s Európskym mládežníckym fórom a s organizáciou mladých poslancov tohto Parlamentu EÚ – 40 sa nám podarilo urobiť naozaj veľmi peknú akciu práve pred budovami Európskeho parlamentu, ktorej súčasťou bola aj jedna veľmi špeciálna kampaň viacerých politických strán v Európskej únii, veľkých európskych politických strán a mladých ľudí v Európe, ktorá sa volá Liga mladých voličov.

Máme presne rok do volieb v roku 2014 a musíme rozmýšľať nad tým, ako pritiahnúť mladých ľudí, aby prišli voliť a aby pochopili, že Európska únia je tu aj pre nich. Až 67 % mladých ľudí totižto v Európskej únii neverí, že Európska únia je pre nich dobrá a sú voči nej pesimistickí a negatívni. Preto si myslíme, že táto Liga mladých voličov, táto spolupráca s mladými ľuďmi v Európe môže naozaj pomôcť aj tomu, aby sme my ako politici pochopili, aké veci mladých ľudí trápia, pretože my sa môžeme naozaj zamýšľať nad tým, čo mladých ľudí trápi, a môžeme mať na to svoj názor, ale je naozaj dôležité, aby sme týchto mladých ľudí počúvali.

1-190-000

Arkadiusz Tomasz Bratkowski (PPE). - Pani Przewodniczący! W Europie obok szerzącego się kryzysu politycznego i gospodarczego upowszechnia się także upadek wartości moralnych, na straży których dotychczas stało wielowiekowe dziedzictwo chrześcijańskie. W konsekwencji przemianowaniu ulegają podstawowe prawa człowieka, których uniwersalne znaczenie ulega wypaczeniu w imieniu forsowanego w dzisiejszych czasach postępu. Prawo do godności jest bezwarunkowym prawem każdego człowieka. Obłudne usprawiedliwienie eutanazji pod hasłem „prawo do godnej śmierci”, aborcji w kontekście fałszywego promowania praw kobiet, narastający proces deprecjacji rodziny, w tym negowanie fundamentalnego dla jej funkcjonowania związku kobiety i mężczyzny, adopcja dzieci przez pary homoseksualne są szeroko promowane wśród opinii publicznej. Tym samym pragnę zaapelować o prawdziwy europejski wymiar fundamentalnych praw człowieka ukształtowany na podłożu etosu chrześcijaństwa i wielowiekowej tradycji.

1-191-000

María Muñoz De Urquiza (S&D). - Señor Presidente, quiero utilizar este minuto para llamar la atención de este Parlamento y del mundo entero sobre el derecho a la vida de la mujer embarazada.

La prohibición absoluta del aborto en muchos países de América Latina –y quizás pronto también en España, si prospera una ley regresiva del Gobierno del Partido Popular para modificar la actual Ley del aborto– obliga a miles de mujeres a elegir entre su propia vida o convertirse en criminales desde la indignidad del aborto clandestino, además, castigado, por ejemplo, en El Salvador con hasta 50 años de cárcel. Es el dilema en el que se ha encontrado Beatriz, una mujer salvadoreña que ha sido obligada a alumbrar, con peligro para su vida, a un feto inviable, que no tenía cerebro, a pesar de que médicos e instancias judiciales, incluida la OEA, habían recomendado el aborto.

La decisión sobre el aborto debe ser una decisión de las mujeres. La prohibición del aborto terapéutico es una crueldad que habría debido merecer la atención de este Parlamento en el debate sobre violaciones de los derechos humanos. Creo que debemos defender el aborto y no aguantar discursos como el que acabamos de oír, que es intolerante básicamente.

1-192-000

Jelko Kacin (ALDE). - Mr President, in just over two weeks' time the Council is set to decide whether to open accession negotiations with Serbia. The Commission has recommended this step, while this House has approved the report on Serbia – with an overwhelming majority – in which we call for a swift opening of accession talks.

I would like to repeat this call today and urge all Member States to be in favour of starting accession talks with Serbia. It is well known that there are still Member States that have

some misgivings about Serbia's efforts to implement the agreement on normalisation of relations with Kosovo, which was reached with the mediation of High Representative/Vice-President Ashton.

True, the realisation of this agreement has moved slower than expected. Both sides need to speed up the implementation and make all the arrangements work on the ground. At the same time, we need to acknowledge that both Serbia and Kosovo have acted in good faith, with a clear aim to set aside their differences and work towards a common European future.

The stability and prosperity of the Western Balkans depends largely on Serbia's progress towards membership of the EU. The start of accession talks with Serbia would not only give a crucial boost for European forces in the country and the region, it would also help the badly needed economic recovery.

1-193-000

Jean-Jacob Bicep (Verts/ALE). - Monsieur le Président, chers collègues, je souhaitais dire un mot sur le dossier du cabotage routier et, plus particulièrement, sur ses derniers développements politiques.

Vous le savez, la réglementation européenne en matière de cabotage routier est un échec. C'est un échec pour l'emploi, un échec pour le respect des réglementations sociales et environnementales, un échec pour l'Europe qui, parce qu'elle n'a pas la compétence de rendre le marché juste, finit par troquer des chômeurs ici contre des forçats de la route là-bas.

Il y a quelques mois, la Commission laissait entendre que, de ce qui est déjà un échec cuisant, elle voulait faire un échec fracassant en faisant un pas de plus vers la libéralisation du cabotage routier en Europe.

Nous avons été nombreux à nous mobiliser contre cette façon de voir et à affronter les dangers et Siim Kallas, à ce qu'il paraît, aurait entendu raison, du moins c'est ce que nous lisons dans la presse.

Je veux donc saisir l'occasion de la venue du commissaire européen demain pour l'inviter, encore une fois, comme le bon sens le commande, à déclarer que ce dossier n'est plus d'actualité. L'Europe que nous voulons est une Europe de la justice et nous ne pouvons sacrifier les travailleurs du secteur du transport routier de marchandises sur l'autel de l'incapacité politique ...

(Le Président retire la parole à l'orateur)

1-194-000

João Ferreira (GUE/NGL). - Senhor Presidente, o desemprego em Portugal atingiu um novo máximo, 17,8 %. Entre os mais jovens chega aos 42,5 %. São já perto de 1 milhão e meio de desempregados. Números nunca vistos em democracia. Este é o resultado da aplicação do programa da União Europeia e do FMI, e é um vivo libelo acusatório que pesa sobre quem o defende e quem o aplica.

A Comissão Europeia fala em sucesso. Será um sucesso, sim, se tivermos em conta os seus reais objetivos: usar o desemprego historicamente elevado como uma arma para impor a redução dos custos unitários do trabalho e a exploração máxima dos trabalhadores. Este

sucesso significa o afundamento de um país e o empobrecimento da esmagadora maioria da sua população.

Mas os trabalhadores e o povo português não aceitam esta agressão e combatem-na sem tréguas. A sua luta, que se tornou um imperativo democrático e nacional, voltará a adquirir uma expressão maior no próximo dia 27, com a realização de uma greve geral. Este é o caminho mais seguro para a derrota dos agressores – agressores que não deixarão de ser responsabilizados pelo rasto de destruição que deixarão atrás de si.

1-195-000

Martin Ehrenhauser (NI). - Herr Präsident! Liebe Kollegen, wären Sie einverstanden, wenn ein US-Geheimdienst-Mitarbeiter Sie täglich 24 Stunden lang begleitet und Ihre Verhaltensweisen notiert und analysiert? Nein, Sie wären nicht einverstanden! Aber genau das passiert täglich 24 Stunden lang im digitalen Raum. Wer das nicht glaubt, der kann sich das jetzt von US-Präsident Barack Obama amtlich bestätigen lassen. Das Europäische Parlament ist hier, damit es Grundrechte verteidigt und schützt. Dementsprechend wäre es auch wichtig, dass wir endlich Druck ausüben, dass die amerikanische Regierung das Programm PRISM einstellt. Es ist in diesem Zusammenhang auch eine Schande, dass Frau Ashton, unsere Außenministerin, bis jetzt noch nicht einmal eine Stellungnahme dazu abgegeben hat.

Wir brauchen zu diesem Skandal unbedingt eine Untersuchung. Wir müssen feststellen, welche Geheimdienste involviert sind. Wir müssen feststellen, ob Europol diese Daten bekommen hat. Wir sollten die amerikanischen Vertreter hierher einladen, damit sie uns Rechenschaft abliefern. So kann das auf keinen Fall weitergehen!

1-196-000

Γεώργιος Παπανικολάου (PPE). - Κύριε Πρόεδρε, η αποκάλυψη ότι μεγάλες τεχνολογικές εταιρείες παρέχουν σε κυβερνητικές υπηρεσίες των ΗΠΑ, άμεση πρόσβαση στους διακομιστές των συστημάτων και των δικτύων τους, μέσω του αποκαλούμενου πλαισίου PRISM, ασφαλώς μας ανησυχεί και θέτει όλους μας προ των ευθυνών μας. Είναι σημαντικό το γεγονός ότι αύριο το πρωί έχουμε έκτακτη συζήτηση στην Ολομέλεια, με δήλωση της Επιτροπής και τοποθέτηση των πολιτικών ομάδων, όπως επίσης είναι αυτονόητο ότι η εξέλιξη αυτή γεννά σοβαρά ερωτηματικά για τη διαχείριση των προσωπικών δεδομένων των Ευρωπαίων πολιτών, ιδίως μάλιστα μετά τη δήλωση του επικεφαλής της υπηρεσίας πληροφοριών των ΗΠΑ, ότι αυτή η υπόθεση αφορά μη αμερικανούς πολίτες. Και είναι επίσης καθοριστικό το γεγονός ότι αυτό συμβαίνει την εποχή που, σε ευρωπαϊκό επίπεδο, διαπραγματευόμαστε το πλαίσιο των ελάχιστων προδιαγραφών για την προστασία των προσωπικών δεδομένων των Ευρωπαίων πολιτών και γι' αυτό και είμαστε σε έντονες διαβουλεύσεις με τις Ηνωμένες Πολιτείες της Αμερικής.

Κάθε περαιτέρω συζήτηση πρέπει να γίνει εφόσον - κυρίες και κύριοι συνάδελφοι - δοθούν πλήρεις εξηγήσεις για το θέμα αυτό και διευθετηθεί το ζήτημα.

1-197-000

Monica Luisa Macovei (PPE). - Doresc să mă refer la Republica Moldova. Republica Moldova este foarte importantă pentru Uniunea Europeană și nu vrem să se piardă în hățișurile tranziției de la comunism spre democrație, tranziție care știm că este foarte grea și vrem ca democrația și bunăstarea să se instaleze ireversibil în Republica Moldova. Instalarea guvernului pro-european, pe 30 mai 2013, este un succes și îi felicit pe toți actorii

politici care au contribuit și, desigur, îi felicit pe noul prim-ministru Iurie Leancă și pe noul președinte al parlamentului, Igor Corman.

În aceste zile, acum, în timp ce vorbim, se finalizează negocierile pentru Acordul de asociere cu Uniunea Europeană, pentru ca acesta să fie parafat la summitul de la Vilnius, în noiembrie 2013. Cer Comisiei Europene să facă o declarație în acest sens la Consiliul de cooperare de la Luxemburg, pe 25 iunie 2013. La sfârșitul lunii mai, Comisia va publica raportul privind implementarea ultimei faze, cea de-a doua, a planului de acțiune pentru liberalizarea vizelor. Dacă acest raport va fi pozitiv, cer Consiliului să anunțe eliminarea vizelor la summitul de la Vilnius, din noiembrie 2013.

1-198-000

Salvador Sedó i Alabart (PPE). - Mr President, Member States must, as a matter of urgency, improve the effectiveness of social spending and devise potential reforms of their social protection systems.

Budgetary discipline in the eurozone should be measured not only by fiscal and macroeconomic benchmarks but also by employment and social benchmarks. Investment in youth employment must be a key component of national social investment strategies.

We should specifically focus our efforts on those young people who are not in employment, education or training. The European Youth Guarantee is likely to become a key instrument in this respect. Social investment should focus on public policies and human capital investment strategies which facilitate transition in changing labour markets and enable the acquisition of new skills for future job-rich sectors.

It is also essential to allocate at least 25% of wage and policy funding to human capital and social investment through the European Social Fund. The ESF should be regarded as our main instrument in fostering social investment. If we do not act fast and show young people and other vulnerable sectors of society that we care, we run the risk of becoming even more distrusted.

1-199-000

Bruno Gollnisch (NI). - Monsieur le Président, notre Parlement va se pencher sur la situation des droits des manifestants en Turquie. Pourquoi pas? Mais je pense qu'il eût été mieux venu, peut-être, de s'intéresser aux droits des manifestants dans un pays membre, en l'occurrence, la France.

En effet, au cours des derniers mois, la France a été le théâtre de manifestations répétées et parfaitement pacifiques de millions de personnes venues défendre la famille, venues défendre le mariage fondé sur l'union d'un homme et d'une femme et sur les enfants qui naissent de leur amour.

Ces manifestations ont été traitées indignement par le gouvernement. Il y a eu des violences policières injustifiées qui ont été commises et où les forces de l'ordre ont fait usage, entre autres, de gaz lacrymogènes, y compris sur des familles avec des enfants et jusque sur la personne de parlementaires féminins. Il y a eu des arrestations arbitraires où parfois l'odieux confinait au ridicule et, notamment, pour le seul motif du port, par exemple, d'un T-shirt. Il y a eu des gardes à vue excessives. Tout cela n'est pas à l'honneur du gouvernement de mon pays et le Parlement devrait se pencher sur cette situation.

1-200-000

Angelika Niebler (PPE). - Herr Präsident! Zahlreiche europäische Staaten versinken derzeit im Hochwasser. Meine Heimatregion Bayern in Deutschland, wie auch Österreich, Tschechien und Ungarn sind in besonderem Maße betroffen. Tausende Menschen kämpfen täglich um ihre Existenz. Sie haben alles unverschuldet verloren, was sie sich über viele Jahre zuhause aufgebaut haben. In diesen Fällen ist Solidarität in Europa gefordert.

Ich würde gerne meine Zeit nutzen, um die Kommission zu fragen, ob es eine Chance gibt, aus dem Europäischen Solidaritätsfonds auch Gelder für die Opfer zur Verfügung zu stellen. Ich möchte gerne wissen, wie schnell sich hier Hilfen organisieren lassen, womit konkret zu rechnen ist. Pressemeldungen des Kommissars Lewandowski bei uns in der Region haben Zweifel daran erkennen lassen, ob die Europäische Union den Opfern überhaupt helfen wird. Deshalb meine Bitte, doch hier in Europa Solidarität mit den Betroffenen zu zeigen, die für das große Leid, das sie tagtäglich erleiden, nichts können.

1-201-000

Μαρία-Ελένη Κοππά (S&D). - Κύριε Πρόεδρε, στην χώρα μου την Ελλάδα, η δημοκρατία δολοφονείται κάθε μέρα. Με πρωτοφανείς αθλιότητες εντός της βουλής, με την επανειλημμένη άρνηση του ολοκαυτώματος από βουλευτές του εθνικού κοινοβουλίου, με καθημερινές επιθέσεις εναντίον απροστάτευτων μεταναστών, με κηρύγματα μίσους, βίας και διχασμού. Το ναζιστικό κόμμα της Χρυσής Αυγής απειλεί με την ρητορική και τις πράξεις του όλα αυτά για τα οποία γενιές Ελλήνων αγωνίστηκαν: Μια δημοκρατική Ελλάδα αλληλεγγύης και σεβασμού. Η οικονομική κρίση αυξάνει την επιρροή της και τα συσσίτια μόνο για Έλληνες - δυστυχώς - γίνονται ελκυστικά σ' αυτούς που έχουν χάσει κάθε ελπίδα.

Οι δημοκρατικές πολιτικές δυνάμεις πρέπει να κάνουν πέρα όλες τις διαφορές τους και προχωρήσουν άμεσα στο αντιρατσιστικό νομοσχέδιο. Δεν υπάρχουν περιθώρια δευτέρων σκέψεων μικροπολιτικής και καιροσκοπισμού. Η δημοκρατία, έστω και πληγωμένη, οφείλει να αμυνθεί. Και σ' αυτό ζητούμε την συμπάρασταση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

1-202-000

Monika Hohlmeier (PPE). - Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wende mich mit großer Besorgnis an die Europäische Kommission, da ein Mitgliedstaat der Europäischen Union nach meinem Dafürhalten gegen den Vertrag der Europäischen Union und seine Grundrechte verstößt.

Das neue bulgarische Parlament will mit einer sozialistisch-nationalistischen Mehrheit das Generaldirektorat zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens mit dem Geheimdienst zusammenlegen, der sogenannten Staatlichen Agentur für Nationale Sicherheit. Unabhängige internationale Experten, die in Bulgarien arbeiten, äußern ihre größte Besorgnis, da hiermit sowohl die parlamentarische Kontrolle als auch die öffentliche Kontrolle in Zukunft nicht mehr stattfinden kann. Die Abstimmungen finden regelrecht in einer Nacht-und-Nebel-Aktion und ohne jede öffentliche Beteiligung statt.

In den letzten Jahren hat Bulgarien mühselig Fortschritte gemacht im Bereich der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Menschenhandels und vieler Dinge im Bereich der inneren Sicherheit. Die EU strebt einen Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts an. Aus diesem Grund bitte ich die Europäische Kommission, diesbezüglich tätig zu werden.

1-203-000

Alexander Mirsky (S&D). - Godātais priekšsēdētāja kungs, kolēģi! Kā jūs domājat, kas ir demokrātija? Tulkojumā no grieķu valodas tā ir "tautas vara". Bet, ja tauta tic varai, tad tauta balso vēlēšanu laikā. Arī Latvijā 1. jūnijā notika municipālās vēlēšanas, kurās nobalsoja mazāk nekā 30 % Latvijas iedzīvotāju. Vai tas ir uzticības rekords vai pilnīga nicība? Ja tā turpināsies tālāk, tad pēc dažiem gadiem vēlēšanu laikā Latvijā balsos ne vairāk kā 15 % iedzīvotāju. Vai tā ir īsta demokrātija? Ir nepieciešams steidzīgi ieviest Eiropas Savienībā normu vēlēšanām tikt uzkatītām par derīgām tikai tad, ja tajās nobalso ne mazāk kā 50 % iedzīvotāju. Citādi vēlēšanas kļūs par farsu ne tikai Latvijā, bet Eiropas Savienībā kopumā. Paldies!

1-204-000

President. – That concludes the item.

21. A new agenda for European consumer policy (short presentation)

1-206-000

President. – The next item is the report by Vicente Miguel Garcés Ramón, on behalf of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection, on a new agenda for European Consumer Policy (2012/2133(INI)) (A7-0163/2013).

1-207-000

Vicente Miguel Garcés Ramón, Ponente. – Señor Presidente, la Comisión Europea publicó su Comunicación sobre una Agenda del Consumidor Europeo el 22 de mayo de 2012. La Comisión de Mercado Interior y Protección del Consumidor aprobó su informe, prácticamente por unanimidad, el pasado 17 de mayo de 2013.

Quiero agradecer la colaboración de los ponentes alternativos y de todos los equipos técnicos que han contribuido a que hoy llegue aquí un documento que, sin duda, va a dar más protagonismo a los consumidores europeos y a sus asociaciones en el periodo 2014-2020.

Los cuatro grandes objetivos contemplados son: en primer lugar, reforzar la seguridad del consumidor; en segundo lugar, elevar su nivel de conocimientos; en tercer lugar, aumentar el nivel de cumplimiento y garantizar la capacidad de recurso; y, en cuarto lugar, adaptar los derechos y las políticas de los consumidores a los cambios en la sociedad y la economía.

La promoción y la protección de los derechos de los consumidores son valores fundamentales de la Unión Europea y se han de poder ejercer fácilmente y de manera eficaz en sectores básicos como la alimentación, la salud, la energía, los servicios financieros y digitales, el transporte y las telecomunicaciones. Igualmente, la protección de los datos personales constituye una condición esencial para la protección de los consumidores europeos.

Una buena información y formación de los consumidores reduce sus riesgos ante los productos peligrosos o falsificados, los productos financieros especulativos y la publicidad engañosa. Por ello, la capacitación de los consumidores debe durar toda la vida e iniciarse en la escuela.

La reciente y todavía actual crisis financiera ha puesto de relieve la urgente necesidad de proteger e informar a los consumidores en el ámbito de los servicios financieros y bancarios. Los consumidores merecen un asesoramiento más imparcial y han de tener acceso a la información y a los instrumentos necesarios para una justa y eficaz reparación.

De la misma manera, ha de fortalecerse el papel de las asociaciones de consumidores en todos los ámbitos, adoptándose las medidas jurídicas y económicas necesarias. Se ha de favorecer su colaboración con las instituciones públicas y se debería crear un registro de asociaciones europeas.

La agenda que estamos presentando se sitúa, además, en la fase última del mercado único digital, que exige la protección en línea de los consumidores, la seguridad jurídica y las garantías de los derechos del consumidor.

A nivel general, los consumidores europeos se enfrentan a nuevos retos como la globalización de los mercados, la desregulación financiera, la digitalización de la economía y el envejecimiento de la población. Por ello, la Comisión ha de considerar tomar medidas que conduzcan a la creación de un mecanismo de reparación colectiva a escala de la Unión y se precisa cada vez más una información fiable, comparable y accesible para los consumidores.

Hoy, cuando crecen las desigualdades por toda la Unión Europea, son más necesarias que nunca las perspectivas de la solidaridad propias del modelo social europeo. Así, los contratos de hipoteca inmobiliaria sobre la vivienda habitual habrían de suspenderse cuando se produzcan impagos debidos a causas sobrevenidas no imputables al consumidor, como situaciones de paro. Estos casos se deberían resolver mediante moratorias en los pagos mensuales, daciones en pago y opciones de alquiler.

En la Unión Europea del siglo XXI, la nanotecnología y los organismos genéticamente modificados tienen que estar adecuadamente regulados y los productos que los contienen deben ser debidamente etiquetados.

Es necesario ofrecer una mejor protección de sus derechos a los grupos de consumidores vulnerables como niños, personas de edad avanzada o con alguna discapacidad. Hay que insistir en la necesidad de emprender acciones legales contra las prácticas comerciales y las condiciones contractuales desleales y de proteger a los consumidores que están atrapados por un producto financiero.

Por último, quiero señalar que el próximo marco financiero plurianual 2014-2020 tendrá que posibilitar que la Agenda del Consumidor Europeo se beneficie de una financiación suficiente para alcanzar los objetivos señalados.

1-208-000

Catch-the-eye procedure

1-209-000

Seán Kelly (PPE). - A Uachtaráin, tá an t-ábhar seo an-tábhachtach agus tá sé suimiúil an méid a dúirt an rapóirtéir: dhá rud atá tábhachtach ná, ar dtús, muinín a chothú i saoránaigh agus, freisin, eolas a thabhairt dóibh faoi cad atá á cheannach acu, agus mar sin de.

I would like to make a few points here. In terms of countries like my own and other countries, one of the key ways out of the economic recession is to encourage consumer spending. People are afraid to spend at the minute. Perhaps some do not have the money, but those who have do not have the confidence to do so.

Some of the points made by the rapporteur about encouraging confidence are very important, particularly in relation to online spending. Sixty percent of people are afraid to purchase goods online because they do not have enough confidence in the system and that their data will be respected. We need to work on that. The Data Protection Regulation which is now going through the system will have an important role to play in that regard in encouraging people and giving them the confidence and the knowledge that their data will be respected, and putting them in charge of it

It is very important, as the rapporteur has said, that this is a lifelong process. We should start at a youth level and, just as we have lifelong learning, we also need lifelong consumer protection and advice.

1-211-000

António Fernando Correia de Campos (S&D). - Senhor Presidente, eu queria cumprimentar o meu colega Vicente Garcés por este relatório. Naturalmente, nós conhecemos as questões clássicas de defesa do consumidor. É necessário garantir práticas comerciais leais e seguras, segurança e rastreabilidade dos produtos, num mercado que conta 500 milhões.

Mas estamos perante novos desafios, perante novos problemas. A crise económica e financeira exige medidas urgentes de proteção contra práticas financeiras abusivas que condicionam os consumidores com fragilidade acrescida, carecendo de informação adequada e transparente sobre os instrumentos financeiros. Há consumidores que ainda não conseguem abrir uma conta bancária.

A transposição de diretivas continua também por cumprir em muitos Estados. Consumidores e empresas são a base da economia da União Europeia e devem ter proteção inclusiva e construtiva. Um consumidor educado e informado dos seus direitos e deveres é também uma mais-valia económica para a União Europeia.

1-212-000

Ana Miranda (Verts/ALE). - Señor Presidente, querría felicitar al señor Garcés por este informe, que, además, llega en un momento muy oportuno: un momento en el que, por ejemplo, en el Estado español, hay miles de personas afectadas por la hipoteca y por esa falta de dación en pago, y también cientos de personas afectadas por ese producto financiero denominado «preferentes y subordinadas»; un producto financiero del que, como usted bien describe en su informe, se hizo uso y abuso por parte de las entidades bancarias, que se han preocupado de su propio lucro, pero muy poco de los derechos de los consumidores, pues hay incluso niños o personas mayores que desgraciadamente no sabían leer ni escribir que han firmado contratos de productos financieros y ahora no pueden retirar su dinero.

Por lo tanto, contará con el apoyo de esta humilde diputada de Galicia.

1-213-000

João Ferreira (GUE/NGL). - Senhor Presidente, há um pressuposto falacioso que frequentemente enquadra os debates que aqui temos sobre política de defesa dos

consumidores. Esse pressuposto é o de que, quanto mais se aprofundar o mercado único, quanto mais se aprofundarem as sucessivas agendas liberalizadoras da União Europeia, quanto mais se aprofundar a concorrência, mais salvaguardados estarão os direitos dos consumidores.

A realidade, porém, denuncia esta falácia. O que a realidade demonstra, pelo contrário, é que as liberalizações e as privatizações prejudicaram, e prejudicam, os consumidores. Energia, transportes, serviços financeiros, entre outros, são exemplos crassos. Prejudicou também os consumidores a liberalização e desregulação das políticas agrícolas e comerciais. Veja-se os sucessivos escândalos nestes domínios e a fragilização que denotam de imperativos de defesa da qualidade e segurança alimentares ou da saúde pública.

É altura, por isso, de corrigir as fundações sobre as quais se trava este debate, adequá-las à realidade, se o que queremos é uma genuína defesa dos direitos dos consumidores, e não apenas usá-los como propaganda enganosa para outros fins.

1-214-000

Olga Sehnalová (S&D). - Pane předsedající, vyvážená evropská spotřebitelská politika musí směřovat k tomu, aby zákazníci byli výrobci a obchodníkům rovnocennými partnery.

Mezi naše priority musí patřit zejména skutečně účinné vymáhání stávajících pravidel, ale i zavedení fungujícího systému kolektivního odškodnění, spotřebitelská osvěta či podpora činnosti spotřebitelských organizací.

Za přetrvávající problém považuji i znepokojivé signály o dvojí kvalitě výrobků, a očekávám proto, že se Komise konečně začne diskriminaci některých spotřebitelů v rámci vnitřního trhu seriózně zabývat.

Pokračovat musíme rovněž v boji proti nekalým obchodním praktikám. V rámci zprávy o hodnocení směrnice o nekalých obchodních praktikách poukáží na předváděcí akce a s nimi spojené agresivní techniky na ovlivnění volby, kterým jsou často vystaveni zejména zranitelní spotřebitelé.

Závěrem bych ještě ráda poděkovala panu kolegovi Ramonovi za jeho vynikající práci na této zprávě.

1-215-000

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). - Az európai fogyasztók évről évre újabb és újabb kihívásokkal találják szembe magukat. Talán a válság miatt is van ez. Azonban ezekre a kihívásokra nekünk mint jogorvoslati eszközöket biztosítóknak reagálni kell, valamint a fogyasztói szervezeteket is megfelelő támogatásban kell részesíteni.

Képviselőtársam jelentése pontosan erre mutat rá, a fogyasztók védelmére és a tájékoztatásra. Egyetértek a jelentéstezővel a tekintetben, hogy az információellátást növelni kell, és azt gondolom, helyénvaló egy európai nyilvántartási rendszernek a felállítása is.

Támogatom, és nagyon fontosnak tartom, hogy kiemelten foglalkozzunk az élelmiszer-pazarlásnak a kérdésével, merthogy az Európai Unióban évente 90 millió tonna élelmiszer megy veszendőbe, ami az EU GDP-jének több mint a felét jeleníti meg.

Azt gondolom, hogy ez a probléma nagyon összetett, a fogyasztóknak is bonyolult döntéseket kell hozni, nekünk pedig feladatunk az, hogy ezt segítsük. Képviselőtársam jelentését támogatni fogom.

1-216-000

Phil Prendergast (S&D). - Mr President, I commend the work carried out by my colleague, Mr Garcés Ramón, in reaction to the Commissioner's draft European consumer agenda. In a context in which increasing poverty and difficult social and economic conditions are leading to widely different levels of access to basic goods and services, we must keep in mind more than ever that consumer rights vis-à-vis the market are not sufficient to ensure that our citizens' essential needs are being met.

If we do not, consumer rights for those most affected by inequality will be meaningless, so we must prioritise the enforcement of financial regulations to step up vigilance of banking and other lenders' practices, as these have a really big impact on the lives of consumers facing financial difficulty and, in particular, mortgage distress.

The banking sector will simply save that not-unprecedented cost by taxpayers. They had been enjoying emergency ECB assistance for years and must not be allowed to further punish customers facing hardship due to circumstances beyond their control.

1-217-000

Erik Bánki (PPE). - Nagyon fontos, hogy ezt a jelentést tárgyaljuk itt az Európai Parlamentben. Én a gyerekekről, a gyerekeket érintő hirdetésekről szeretnék beszélni elsősorban, hiszen azt gondolom, hogy a gyerekek, különösen a fiatalabb korúak, tehát a 12 év vagy azalatti korosztály rendkívül kitétek ma azoknak a reklámoknak, amik őket érik.

Én azt gondolom, hogy érdemes lenne megfontolni azt a szabályozást, amit Svájc már 1991-ben bevezetett, miszerint 12 év alatti gyerekeknek nem lehet a médiumokban hirdetéseket célzni, hiszen ezek a gyerekek nem tudják értelmezni azokat a reklámokat, és így olyan dolgokat keresnek, amelyek az egészségükre veszélyesek.

Továbbá azt kell megfontolni, hogy milyen módon tudjuk a gyerekektől elzárni ezeket az egészségükre veszélyt jelentő dolgokat, például a dohánytermékeket, például a szeszes italokat, vagy éppen a közétkeztetést hogyan tudjuk megreformálni annak érdekében, hogy kevesebb sóval, kevesebb cukorral, több gyümölcssel, több zölddel tudjuk őket etetni.

1-218-000

María Irigoyen Pérez (S&D). - Señor Presidente, en primer lugar, quiero felicitar al ponente, el señor Garcés, por su excelente y completo informe, necesario y oportuno. La Comisión se ha fijado una ambiciosa Agenda para los próximos años, puesto que los consumidores europeos se enfrentan a nuevos retos como la globalización de los mercados, la desregulación financiera y la digitalización de la economía, entre otros.

No pararnos, ser ambiciosos y reaccionar con rapidez. Espero que la Comisión presente a la mayor brevedad las medidas anunciadas en la Agenda. Porque sabemos que, en estos veinte años desde la creación del mercado único, la legislación sobre el desarrollo del mercado ha ido de forma más rápida que la relativa a la protección, seguridad y capacitación de los consumidores. Mientras tanto, han surgido nuevos retos relacionados con los nuevos

avances en materia de tecnología, unos modelos de consumo insostenibles o la exclusión social. Urge reforzar el marco de protección de los consumidores, especialmente de los consumidores vulnerables.

1-219-000

(End of catch-the-eye procedure)

1-220-000

Algirdas Šemeta, *Member of the Commission*. – Mr President, the consumer agenda is a comprehensive consumer strategy, designed to put consumer policy at the heart of our actions. It is to be pursued in cooperation with all stakeholders: the national authorities, including those in charge of enforcement, consumer organisations and, of course, businesses.

In this context, I would like to thank in particular the rapporteur, Mr Garcés Ramón, and the shadow rapporteurs for their work. The report that he has prepared provides the Commission with extremely valuable guidance on how to implement and further develop the consumer agenda in the years to come.

I very much welcome the strong convergence of views between the two institutions, and also with the Council, which adopted a very supportive resolution last October, on the importance of a comprehensive, crosscutting approach to consumer policy as an essential contribution to the proper functioning of the single market.

With consumer expenditure representing 56% of EU GDP, consumers drive markets and markets drive the economy. As highlighted in the report, we will structure our action around the four pillars of the consumer agenda: improving consumer safety; enhancing knowledge of consumer rights through information, education and support to consumer organisations; the key issue of improving enforcement and redress; and aligning consumer rights and key policies to economic and societal changes which include the integration of consumer interests in key sectoral policies, and therefore enhancing the efficiency of those policies.

In this context I welcome, in particular, that Parliament has identified the key sectors of the financial sector, digital services, energy and transport. The report also rightly insists on the two key challenges of meeting the needs of vulnerable consumers and of moving towards more sustainable patterns of consumption.

This report clearly demonstrates that we agree to a very large extent on the key importance of making consumer policy deliver for European citizens. It is all the more important at this point in time when many of them are in a very difficult situation. We must not forget that it is often as consumers that citizens view the EU in their daily lives. We must therefore ensure that the initiatives listed under the agenda are delivered to their benefit. In this context, the Commission will present at the beginning of 2014 a report on the implementation of the consumer agenda to the European Parliament.

To conclude, I would like to stress that the Commission very much appreciates the valuable report that Parliament has produced, which will make a key contribution to the Commission's work on consumer policy.

1-221-000

VORSITZ: OTHMAR KARAS*Vizepräsident*

1-222-000

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 11. Juni, um 11.30 Uhr statt.

22. Standpunkte des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll**23. Sozialer Wohnungsbau in der Europäischen Union (kurze Darstellung)**

1-225-000

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Aussprache über den Bericht von Karima Delli im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten über den sozialen Wohnungsbau in der Europäischen Union (2012/2293(INI)) (A7-0155/2013).

1-226-000

Karima Delli, rapporteure. – Monsieur le Président, mes chers collègues, j'ai le plaisir de vous présenter mon rapport sur le logement social dans l'Union européenne.

Loin de régresser, le mal-logement s'est profondément enraciné en Europe. Les visages se sont diversifiés, du sans-abrisme au mal-logement, en passant par l'inconfort et l'habitat dégradé.

On comptabilise des millions de mal-logés en Europe. Le logement est devenu la première préoccupation de nos concitoyens. L'accès au logement est devenu un véritable parcours du combattant, notamment pour les plus pauvres, les plus précaires, les plus jeunes et les familles monoparentales. Aujourd'hui, beaucoup d'Européens n'ont plus les moyens d'avoir accès à un logement décent dans le parc privé à cause de la flambée des coûts liés au logement mais aussi des dépenses énergétiques.

Je le dis dans cet hémicycle, le droit au logement est mis à mal partout en Europe alors que ce droit au logement est un droit fondamental. Près de 6 % des Européens souffrent de privations de logement, 18 % vivent dans des logements surpeuplés ou indécents, et plus de 10 % des ménages accusent un surcoût du logement dépassant, mes chers collègues, 40 % de leur revenu disponible. Enfin, ce sont entre 50 et 125 millions d'Européens qui sont victimes de la précarité énergétique.

L'ensemble de ces chiffres doit résonner comme un cri d'alarme. De même, les États membres et les collectivités sacrifient les aides au logement social pour réduire leurs dépenses. Il faut voir à long terme. L'austérité n'est pas une fin en soi, la baisse tendancielle des investissements dans ce secteur met, aujourd'hui, en péril la cohésion sociale.

L'Union européenne doit réagir face à l'urgence sociale et aux expulsions injustes. Son ambition n'est-elle pas de sortir de la pauvreté 20 millions d'Européens d'ici 2020? Investir aujourd'hui dans le logement social, c'est le premier pas pour sortir de la crise, de la crise économique, de la crise sociale et de la crise écologique. Pourquoi? Parce qu'un parc de logements sociaux conséquent permet de mieux prévenir la flambée des prix dans le parc

privé, d'éviter l'apparition des bulles immobilières désastreuses, comme c'est le cas en Espagne ou en Irlande. Parce que le logement est non seulement un amortisseur social indispensable en temps de crise, mais parce qu'il est aussi un pilier essentiel pour la relance de l'emploi, notamment l'emploi local, non délocalisable dans des filières vertes – et là, j'insiste –, notamment, un levier pour lutter contre le changement climatique. La transition énergétique, c'est aussi la rénovation, notamment thermique, de ces habitats.

Le logement ne devrait pas être représenté comme une vaste dépense aux yeux de la Commission. Il s'agit d'un investissement d'avenir qui mérite d'être mieux pris en compte dans un pacte d'investissement social. L'Union dispose des leviers financiers, notamment via les fonds structurels. C'est à la Commission, d'une part, de fournir un cadre stratégique cohérent entre ces instruments à la disposition des États membres et des collectivités et, d'autre part, de favoriser les échanges des bonnes pratiques, en commençant par instaurer un observatoire européen du logement. C'est aussi à la Commission de mettre en place la stratégie européenne de lutte contre le sans-abrisme que le Parlement a adoptée depuis septembre 2011, et de s'assurer que la réforme de la législation encadrant les crédits hypothécaires permette de mettre fin aux expulsions injustes, comme en Espagne où des banques ont jeté des familles entières à la rue.

Cette résolution propose également des recommandations politiques aux États membres pour garantir l'inclusion sociale par le logement à travers des mesures favorisant la mixité sociale, la prévention des expulsions, la transparence dans les attributions de logements sociaux, la maîtrise de l'étalement urbain et la lutte contre les logements vacants.

J'ai constaté, malgré tout, un nombre important de demandes de vote séparé qui ont été déposées, alors que tous les compromis ont été adoptés en commission.

Je tiens à rappeler, ici, la responsabilité de chacun d'entre vous. Si nous vidons ce texte de sa substance, vous allez donner un mauvais signal à nos concitoyens. À l'heure où l'on reproche à l'Union européenne d'être éloignée des réalités, l'Europe, en investissant dans le logement social, peut contribuer à redonner confiance aux citoyens européens en améliorant leurs conditions de vie.

1-227-000

Catch-the-eye-Verfahren

1-228-000

Maria do Céu Patrão Neves (PPE). - Senhor Presidente, cerca de 25 milhões de europeus com dificuldades económicas vivem hoje em habitações sociais. Este programa, além de proporcionar habitação condigna aos mais necessitados e a rendas acessíveis a pessoas com posses reduzidas, apresenta diversas vantagens adicionais, como o combate à especulação imobiliária, animação de centros históricos, dinamização da construção civil.

Neste âmbito, importa que se invista na reabilitação do edificado, com vista à criação de mais fogos de habitação social, respeitando os princípios da eficiência energética e de construção antissísmica quando se justifique, como é o caso dos Açores, uma vez que as nossas cidades e freguesias apresentam diversos prédios devolutos em situação de degradação avançada.

Além disso, importa que os beneficiários deste regime de habitação sejam envolvidos no processo de recuperação, construção, da sua nova moradia, por uma questão de

compromisso com o que lhes é disponibilizado e o respeito por um equipamento que é custeado por todos os cidadãos contribuintes.

1-229-000

Phil Prendergast (S&D). - Mr President, we currently face many challenges in making the right to decent housing a reality, as the current crisis has put public authorities under severe financial pressure while they face mounting social emergencies, including housing deprivation. In the Irish context, housing itself was at the epicentre of the crisis on account of the worst property bust ever. Yet this tremendously costly market failure, affecting both mortgage borrowers and eventually all taxpayers, was already evident at the height of the boom, as homelessness was increasing at the same time.

Many had to pay astronomical rents for unsuitable housing; waiting lists for council houses grew longer, and millions were spent in emergency accommodation of a temporary nature. The private housing market cannot respond effectively to the needs of poor households or those at risk of poverty. We must think of the many positive returns which proper investment in the social housing sector will bring.

1-230-000

Marije Cornelissen (Verts/ALE). - Voorzitter, ik wil rapporteur Karima Delli feliciteren met een sterk en vindingrijk verslag. In deze tijden van crisis is de sociale huursector van extra belang voor grote groepen mensen. Ik ben vooral blij met de nadruk op het feit dat ieder land vrij is om de doelgroep van sociale huisvesting zelf te bepalen, om fatsoenlijke en betaalbare huisvesting voor iedereen te garanderen.

In Nederland is onder het mom van Europese staatssteunregels jaren geleden een lage inkomensgrens getrokken voor de sociale huur, die gezinnen die daarnet boven zitten volledig in de kou zet. Ze hebben te weinig geld voor een vrije huurwoning en ze hebben te veel geld voor een sociale huurwoning. Dit verslag benadrukt wat wij al jaren zeggen, dat de Nederlandse minister naar Brussel moet gaan om wat aan de inkomensgrens te doen. Hij kan zich nu niet langer achter de EU verschuilen om dat na te laten. Dus, vanuit hier de oproep: "Kom op, minister Blok, kom naar Brussel en hoe sneller, hoe beter!"

1-231-000

Claudio Morganti (EFD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'accesso e un alloggio decoroso dovrebbe essere un diritto di tutti pienamente rispettato. Purtroppo negli ultimi anni, complice la crisi economica, sempre più famiglie anche del ceto medio, si trovano in condizioni di emergenza abitativa.

Per questo, a mio avviso, andrebbero rivisti i due criteri: il primo, il criterio sui pignoramenti bancari, perché non è possibile che intere famiglie che hanno investito nel proprio futuro si ritrovino in mezzo ad una strada; il secondo, il criterio per l'accesso della cosiddetta edilizia popolare. Io sono toscano e voglio che le case popolari siano consegnate prima ai toscani, alla mia gente, a chi è residente nel territorio da almeno dieci anni, a chi ha dato un contributo concreto alla ricchezza della mia terra. È inaccettabile che i miei concittadini in difficoltà – magari disabili, anziani – siano scavalcati nelle graduatorie dei nuovi arrivati, dai rom, dagli stranieri.

Signor Presidente, il segnale che voglio lanciare è chiaro: prima la mia gente e poi tutti gli altri!

1-232-000

Csaba Sógor (PPE). - Karima Delli kolléganőnk saját kezdeményezésű jelentésének munkálataival már az előkészítő jellegű közmeghallgatások megszervezésével alapos tájékoztatást nyújtott mindannyiunknak. Hiánypótló szerepet tölt be ez a dokumentum, kitér minden részletében a kérdésre, talán túlságosan is részletesen, ezért kerülhettek bele olyan kérdések is, mint az adó kérdése, amelyet nem igazán tudunk támogatni, hiszen tagállami hatáskör.

A jelentés aktualitását és fontosságát a jelenlegi többszörösen összetett válsághelyzet is aláhúzza, hiszen az egészséges lakás, lakhatás az egészséges élet feltétele. Az Egészségügyi Világszervezet statisztikái szerint a nem megfelelő lakáskörülmények évente mintegy százezer ember halálát okozzák. A szociális lakások tekintetében a tagállamok között óriási különbségek észlelhetők. Csak sajnálni tudjuk, hogy ez egy egyéni kezdeményezésű jelentés.

1-233-000

Alejandro Cercas (S&D). - Señor Presidente, los diputados socialistas vamos a votar a favor del informe de Karima Delli porque nos parece una respuesta oportuna a un problema –el de la vivienda social– gravísimo, que se ha agravado aún más con la crisis y la especulación inmobiliaria, que ha arrojado también a las clases trabajadoras y a las clases medias a unas dificultades crecientes: unos para poder acceder a la vivienda, con lo cual no pueden plantearse un proyecto de vida propio, y otros porque están siendo expulsados de su vivienda, lo que destruye su vida y la de sus familias.

Necesitamos una política europea que oriente a los Estados miembros para que solucionen estos problemas, dé oportunidades a quien hoy tiene dificultades y no haga más difícil, con su política de competencia, que se llegue a todos los sectores sociales y que en países como el mío, España, donde millones de personas están amenazadas y cientos de miles han sido arrojadas de sus viviendas, haya una nueva legislación hipotecaria que permita un proceso de renegociación de la deuda o la dación en pago, de tal manera que estas personas tengan una segunda oportunidad. Si las empresas la tienen, la tienen que tener también las familias que han caído en quiebra, que deben poder recurrir a la dación en pago de su vivienda para saldar las deudas con los bancos.

1-234-000

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL). - Senhor Presidente, este relatório espelha evidentemente um problema crescente: o da negação do direito a uma habitação digna, que afeta hoje famílias de cada vez mais diferentes perfis socioeconómicos. Os baixos salários, os despedimentos e a generalização do crédito à habitação como forma preferencial de ter casa levaram hoje ao drama social.

Seria interessante perceber, numa União Europeia em que os Estados-Membros transferem sem nenhum problema a riqueza coletiva para os bancos, se terão agora a mesma vontade para obrigar os bancos a procedimentos de renegociação ou reescalonamento das amortizações da dívida, ou mesmo de perdão parcial ou total das próprias dívidas. A habitação social é, infelizmente, uma necessidade crescente, mas o que seria justo e desejável era que as famílias pudessem viver nas suas casas de forma digna, sem terem que passar pelo drama social e pelo trauma familiar de abandonar o seu lar e a sua casa.

1-235-000

Erik Bánki (PPE). - Delli Asszony jelentése kiemeli, hogy milyen nagy számban, több mint 5%-ban vannak ma lakhatás nélkül az emberek az Európai Unióban. Emellett nagyon nehéz a helyzetük a gazdasági és a pénzügyi válság közepette azoknak a családoknak, amelyek nem tudják a lakásfenntartási költségeket finanszírozni ma.

Ezért azt gondolom, hogy egyedülálló, és utat mutathat az európai uniós országok számára az a kezdeményezés, amelyet a magyar kormány a rezsicsökkentés terén tett annak érdekében, hogy az emberek megélhetése, lakásfenntartása támogatható legyen.

A rezsicsökkentés mellett további nagyon fontos lépés az energiatakarékos beruházások támogatása. Erre az európai uniós támogatások is rendelkezésünkre állnak, minél több alternatív megoldást kell kínálni, zöld energiát, és a pazarlás megszüntetését.

Illetve az Európai Beruházási Banknak lenne még szerepe olyan hitelkonstrukciókkal az államokat és a magánberuházókat támogatni, amelyek serkentnék egy kicsit a piacot, és segítenének kilábalni a gazdasági válságból.

1-236-000

Csaba Sándor Tabajdi (S&D). - A jelentés helyesen emeli ki, hogy a rászorulóknak, a fiataloknak, a szerény jövedelműeknek megfizethető bérlakásokra, hatékony programra van szükségük. Magyarországon több százezer lakás áll üresen, amelyek hasznosításával a kormány és az önkormányzatok hatékony bérlakásprogramot indíthatnának el. Támogatom ezért, hogy az Európai Bizottság készítse el a szociális lakhatásra vonatkozó cselekvési programját, ösztönözze a kormányokat. Ez jelentősen segítheti a magyarországi rászorulókat is.

Kedves Kollégák! Rendkívüli körülmény a közép-európai árvíz, és indokolja a határozott intézkedéseket. Németországban, Ausztriában, Csehországban, Magyarországon százazereket sújt az évtized árhulláma. Őszintén remélem, hogy az Európai Unió szolidaritási alapja gyors segítséget nyújt az otthonukat elvesztett európai állampolgároknak, különösen az alacsony jövedelműeknek. Bízom abban, hogy az uniós segítség az európai szolidaritás fokmérőjévé válik.

1-237-000

Ana Miranda (Verts/ALE). - Monsieur le Président, maintenant je vais changer de langue pour parler dans la même langue que ma collègue Karima Delli. Bienvenue à ce rapport tellement nécessaire en ce moment en Europe, surtout avec la crise financière, la crise immobilière et la crise économique qu'on traverse et ses nombreuses conséquences sur les familles sans toit, familles sans abri, comme elle vient de le dire.

Bienvenue aussi aux propositions qui viennent en réponse au drame social que beaucoup de familles subissent en Espagne, à la situation hypothécaire et à l'expulsion des personnes de leur propre logement. C'est pour cela que la rapporteure Karima Delli aura mon vote, pas simplement parce qu'elle est de mon groupe, mais je voterai aussi au nom des nombreuses familles qui viennent d'ailleurs de recevoir le prix du citoyen européen par le biais de la *Plataforma de afectados por la hipoteca* (plateforme des victimes de crédits hypothécaires).

1-238-000

Димитър Стоянов (НИ). - Действително този доклад засяга много важни въпроси и аспекти, свързани с бедността. Но аз в него не намерих нещо, и не съм учуден, защото този въпрос доста често се забравя от колегите, които са от лявата страна на залата, а именно че правата, особено когато става дума за имущество, трябва да имат и свои насрещни задължения. Много често настанените в социални жилища не изпълняват задължения, а те трябва да имат и това трябваше да бъде предвидено в доклада според мен, че те имат задълженията и да поддържат тези жилища и да се грижат за тяхното добро състояние. Тук мога да изложа няколко факта, които няма да са приятни на всички, но те са такива. В моята страна основно социални жилища се строят за настаняването на цигани. До тук ОК. Но след настаняването, няколко месеца, тези жилища биват превръщани в развалини. Дори едно семейство да има настанено в дадена сграда, нейните общи части стават обект на набези, което предизвиква липса на мотивация у останалите да поддържат тази сграда. За това нека правата имат задължения.

(Ораторът приема да отговори на въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта (член 149, параграф 8 от Правилника за дейността)).

1-239-000

Karima Delli (Verts/ALE), *question "carton bleu".* – Monsieur le député, je ne vous permets pas de dire dans cet hémicycle qu'une population stigmatisée, telle que les Roms, qui aurait accès au logement social, dégrade le logement social. C'est un acte de discrimination flagrante et une stigmatisation qui n'est pas digne du Parlement européen.

Je vous pose une question très simple: avez-vous des critères pour l'accès au logement social, ce qui serait un retour en arrière et une remise en cause des principes d'accessibilité universelle, notamment du logement social?

(Applaudissements)

1-240-000

Димитър Стоянов (НИ), *отговор на въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта.* – Първо да кажа, че, слава Богу, не зависи от вас да давате разрешения кой да говори в тази зала, това зависи от европейските избиратели, а за да отговоря на въпроса, не, не поставям под въпрос принципа, че трябва да има равнопоставеност и точно за това говоря. Защото, когато се дава приоритет на една социална група, се дискриминират всички останали социални групи, които имат нужда от тези жилища, защото циганите не са единствените. Вие сте посочили много други групи в доклада и нека да третираме всички еднакво.

1-241-000

Danuta Jazłowiecka (PPE). - Panie Przewodniczący! Nie ulega wątpliwości, że dostępność mieszkań jest jednym z ważniejszych wyzwań, przed którymi stoją obecnie państwa członkowskie. Niniejsze sprawozdanie omawia szereg wymiarów tego problemu. Chciałam zwrócić uwagę na jeden z nich. Bez swobodnego dostępu do tanich mieszkań trudno oczekiwać zwiększenia mobilności, nie tylko w ramach jednolitego rynku, ale również wewnątrz poszczególnych państw członkowskich. Niewiele osób zdecyduje się na emigrację za pracą bez pewności, że będzie mogło mieszkać w godnych warunkach. Tak więc zgadzam się ze sprawozdawczynią, że należy spojrzeć na budownictwo socjalne nie jak na kolejny wydatek socjalny, ale jak na niezbędną inwestycję, która pobudzi rynek. Dzisiaj tego zapotrzebowania nie jest w stanie zapewnić rynek. Dlatego też inwestycje w przystępne

cenowo mieszkania są niezbędnym warunkiem większej mobilności w ramach Unii, tak ważnej dla pobudzenia europejskiej gospodarki.

Z drugiej jednak strony nie można oczekiwać, że państwo będzie gwarantowało mieszkanie każdemu obywatelowi. Europy nie było na to stać nawet w okresie prosperity, trudno więc tego żądać w czasie kryzysu. Trudno mi jest zatem zgodzić się, że prawo do mieszkania powinno być wpisane do prawa pierwotnego.

1-242-000

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). - Aprūpinimas socialiniu būstu yra aktualus visoms Europos Sąjungos valstybėms ir teisė į būstą yra esminė kiekvieno asmens teisė. Todėl mes privalome ją užtikrinti, nes ji yra viena iš sąlygų, kad žmogus galėtų gyventi normalų socialų, asmeninį ir šeiminių gyvenimą, galėtų rūpintis savimi, ilsėtis, ieškoti darbo, turėti banko sąskaitą ir pagaliau turėti teisę balsuoti.

Pirmiausia būtina atkreipti valstybių narių dėmesį į energetinį skurdą, kai būstus turintys žmonės neišgali apmokėti sąskaitų už šildymą. Valstybės narės turėtų imtis papildomų priemonių energetiniam skurdui mažinti, taikydamos socialinius energijos tarifus, teikdamos socialinę paramą, garantijas, kad namų ūkiams nebūtų nutrauktas energijos tiekimas, taip pat reikia didinti būstų energetinį efektyvumą.

Taip pat norėčiau pabrėžti, kad investicijomis į socialinį būstą yra ne tik sprendžiamos problemos, susijusios su skurdžiai gyvenančių žmonių poreikiais, bet ir padedama statybos sektoriui, kuris labai nukentėjo nuo krizės, skatinami renovacijos sektoriai bei ekologiškų darbo vietų plėtra.

1-243-000

Jaroslav Paška (EFD). - Pri riešení legislatívy v oblasti sociálneho bývania v Únii si musíme uvedomiť, že hovoríme o veľmi rozdielnych skupinách potenciálnych užívateľov týchto bytových jednotiek. Už študent druhého ročníka architektúry vám povie, že riešiť jednoduchú základnú bytovú jednotku pre osamelého bezdomovca či chudobného dôchodcu je iné, ako riešiť bývanie pre nezamestnanú ženu s nezaopatrenými deťmi či bývanie pre početnú rómsku rodinu.

Preto akékoľvek pokusy o sociálnu inklúziu prostredníctvom sociálneho bývania musia odrážať špecifické kritériá vychádzajúce z elementárnych potrieb integrovaných užívateľov. Presnejšie charakterizovanie jednotlivých skupín ľudí odkázaných na pomoc pri obstarávaní bývania nám umožní lepšie formulovať pravidlá poskytovania pomoci. Preto si myslím, že by sme mali začať od definovania tých skupín občanov Únie, ktorým chceme otvoriť cestu k sociálnemu bývanju, a následne zvoliť vhodné programy, pre ktoré pripravíme vhodnú konformnú legislatívu.

1-244-000

Sari Essayah (PPE). - Arvoisa puhemies, työllisyys- ja sosiaaliasioiden valiokunnassa halusimme täällä oma-aloitemietinnöllä kiinnittää huomiota sosiaalisen asuntotuotannon tärkeyteen erityisesti näin kriisin oloissa. Esittelijä on tehnyt hyvää työtä, ehkä joissakin yksityiskohdissa meidän ryhmämme katsoi, että ehkä näin pitkälle menevään sääntelyyn ei välttämättä olisi ollut tarvetta, tai sen esittämiseen.

Jäsenvaltiot ovat kuitenkin keskeisessä asemassa toissijaisuusperiaatteen mukaisesti kun sosiaalisesta asuntotuotannosta päätetään. Eräillä asioilla on kylläkin selkeästi myös

EU-ulottuvuutta. Mietintö kehottaa muun muassa komissiota muuttamaan vuonna 2011 yleishyödyllisiä taloudellisia palveluja koskevaa valtioneuvoston pakettiin sisältyviä kriteerejä, joiden mukaan valtiontukea koskevat poikkeukset sosiaalisessa asuntotuotannossa sallitaan vain aivan kaikkein heikoimmassa asemassa oleville väestöryhmille. Samoin tässä mietinnössä ehdotetaan, että rakenne- ja koheesiorahoista voitaisiin tehdä investointeja energiatehokkuuden parantamiseen. Ja sosiaalista asuntotuotantoa tulee juuri käyttää syrjäytyneiden väestöryhmien asuntotilanteen parantamiseen, muun muassa romanistrategioissa tähän tulisi kiinnittää jäsenvaltioissa huomiota.

1-245-000

(*Ende des Catch-the-eye-Verfahrens*)

1-246-000

Algirdas Šemeta, *Member of the Commission* . – Mr President, I wish to thank the rapporteur, Mrs Delli, for the report. It is a particularly timely initiative given the increasingly restricted access to affordable housing triggered by the crisis, as well as the rising levels of poverty and homelessness in the European Union.

Having a suitable home is a precondition for a productive, dignified life. While planning and implementing housing policies remains primarily a matter of national competence, the Commission fully supports the efforts of Member States in this domain. The recently adopted Social Investment Package, for instance, contains a number of relevant provisions related to housing.

First, it calls on Member States to foster social inclusion through providing quality, affordable and accessible essential services, including social housing, and thus reinforcing the message of the 2008 recommendation on active inclusion. Second, Member States are offered EU support to develop a methodology for reference budgets enabling a decent standard of living. Further, the Commission has invited Member States to put into place integrated housing policies in order to better meet housing needs and thus prevent homelessness.

The Social Investment Package also seeks to mobilise Member States to spend European Union funds in a more strategic way. European Union funds are indeed available to improve housing outcomes, and housing remains a funding priority for the next financial framework of 2014-2020.

The European Regional Development Fund may, for instance, finance integrated housing interventions and energy-efficient renovations. The European Social Fund can complement such integrated investments, and funds enhanced access to social services. The Commission provides information on housing policy developments, as appropriate, in the context of the European Semester exercise. Some Member States have already received country-specific recommendations on housing and social housing in 2012 and 2013.

As underlined in Ms Delli's report, well-designed housing policies, including social housing policies, may usefully contribute to progressing towards important European Union policy goals. These goals may encompass poverty reduction, promoting active inclusion and inclusive territorial urban development, combating climate change, improving health and consumer policy outcomes or avoiding macroeconomic imbalances.

However, careful policy planning is needed in the Member States to avoid speculative real-estate bubbles and to intelligently channel housing support and investments with due

regard to the resources available. Housing policies should be seen in a wider context and built on a balanced mix of measures, such as investment in infrastructure, housing support or a responsible loan policy.

Given these considerations and the ambitious agenda presented in Ms Delli's report, the Commission will reflect on the concrete suggestions of the proposal at a later stage, following a more in-depth analysis of the report.

1-247-000

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 11. Juni, um 11.30 Uhr statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149 GO)

1-247-500

Zuzana Brzobohatá (S&D), písemně. – Bydlení je základní potřebou každého člověka. Absence základní potřeby se s velkou pravděpodobností negativně projeví na jeho zdravotním stavu. Krize, které proběhly za poslední roky v některých členských státech Evropské unie, samozřejmě sociální situaci ještě zhoršily. Trh sám o sobě je stále méně schopen uspokojit potřebu cenově dostupného bydlení, rostoucí ceny zvyšují riziko onemocnění, chudoby a sociálního vyloučení. Profil obyvatelstva, které využívá sociální bydlení, se v poslední době změnil. Nejčastěji se jedná o ženy, které mají nízké příjmy, svobodné matky, samoživitelky, mladé rodiny, rodiny početné, studenty či mladé lidi na začátku pracovní kariéry. Proto to všechno je třeba přijmout potřebná opatření, která zlepší sociálně napjatou situaci. Je potřeba, aby členské státy zintenzívnily své úsilí o začlenění investic v oblasti sociálního bydlení mezi své střednědobé a dlouhodobé rozpočtové strategie, s cílem stimulovat vysoce kvalitní výstavbu a renovaci sociálního a cenově dostupného bydlení. Dále kladu důraz na to, aby různé podoby bezdomovectví - hlavně mezi ženami - byly řešeny komplexně a tvořily nedílnou součást všech politických rámců EU. V rámci sociálního bydlení by se mělo vyloučit vytvoření ghett a mělo by se směřovat k sociální inkluzi. Ze sociálního hlediska je rozumně investovat do odvětví sociálního bydlení opravdu nutné.

1-248-000

Ioan Enciu (S&D), în scris. – Contextul economic și financiar din ultimii ani a afectat cele mai vulnerabile categorii sociale, iar multe familii s-au văzut în situația de a rămâne fără locuințe din cauza imposibilității de a mai achita creditele ipotecare. Oamenii au plătit lăcomia băncilor și asta nu e corect. Mai mult, măsurile de austeritate au adâncit acest dezastru economic și social, prin faptul că ajutoarele sociale, inclusiv ajutoarele pentru încălzirea locuințelor, au fost reduse sau suprimate. Este de datoria noastră, mai ales în aceste vremuri dificile, să căutăm crearea de condiții minimale de trai pentru propriii cetățeni, inclusiv prin facilitarea accesului la locuințe sociale care să fie accesibile nu doar celor mai defavorizate categorii sociale, ci și clasei de mijloc. Cred că este fundamental ca Uniunea Europeană să definească un cadru de acțiune pentru susținerea locuințelor sociale, prin acordarea de sprijin financiar care să fie direcționat în special către nivelul local. De asemenea, este foarte important ca viitoarele fonduri structurale să prevadă eligibilitatea de finanțare pentru măsuri precum construirea de locuințe sociale sau investiții în renovarea termică a locuințelor. Nu în ultimul rând, cred că statele membre trebuie să ia în considerare și introducerea unei rate reduse de TVA pentru construirea de locuințe sociale.

1-248-500

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – As políticas da União Europeia têm conduzido ao aumento das desigualdades sociais, do desemprego, da pobreza e da população em risco de pobreza. São cada vez mais as pessoas e famílias às quais é negado o direito à habitação. Neste quadro, o investimento no setor da habitação social constitui-se uma necessidade social premente, que vem ganhando importância crescente. O direito à habitação, constitucionalmente consagrado nalguns países, como Portugal, deve ser concretizado através da garantia aos cidadãos e famílias de um alojamento adequado, que satisfaça as suas necessidades e assegure o seu bem-estar, privacidade e qualidade de vida, contribuindo, assim, para alcançar a justiça e a coesão sociais e combater a exclusão social e a pobreza. As políticas de habitação devem combater soluções que conduzam à exclusão social e à segregação espacial de certas camadas da população. A habitação social deve ser vista como um meio para a saída de situações de exclusão social e não perpetuar estas situações. É necessário diagnosticar novas realidades sociais, reconhecendo que os perfis sociofamiliares daqueles que recorrem à habitação social se têm alterado, tal como se tem verificado um aumento da procura deste tipo de habitação. Estas deverão ser preocupações devidamente acauteladas no próximo Quadro Financeiro Plurianual (2014-2020), em especial nos Fundos de Coesão.

1-249-000

Kartika Tamara Liotard (GUE/NGL), *schriftelijk*. – We hebben het vandaag over sociale huurwoningen, en dan vooral over de grote bezuinigingen hierop. Bezuinigingen die onder druk van de Europese Commissie tot stand zijn gekomen.

In Nederland stijgen de huren dit jaar met maximaal 6,5 %, dat betekent honderden euro's huurverhoging per jaar. Mensen komen hierdoor in de problemen en dat is het gevolg van EU-beleid: sociale huurwoningen ontoegankelijk maken voor middeninkomens, woningcorporaties zwaar belasten met als gevolg huurstijging en investeringstops: het zijn allemaal EU-voorstellen die momenteel worden geïmplementeerd.

De Europese Commissie moest zich schamen. Sociale huisvesting is een investering in gezondheid en welzijn en stelt mensen in staat om langer onafhankelijk te leven. De Commissie moet lidstaten de ruimte geven en – waar nodig – juist aanmoedigen om te zorgen voor voldoende sociale huurwoningen. Verder zijn investeringen nodig om voldoende aangepaste woningen voor ouderen te creëren en mensen zo in staat te stellen om langer thuis te kunnen wonen. In plaats daarvan stuurt de Commissie aan op afbraakbeleid en liberalisering en brengt het huurders in de problemen. Het Delli-rapport keurt het ondoordachte beleid van de Commissie af en pleit voor subsidiariteit en betaalbare huurwoningen voor een brede groep mensen en verdient daarmee onze steun.

1-249-125

Rareș-Lucian Niculescu (PPE), *în scris*. – În contextul dezbaterii privind asigurarea accesului la locuințe, domeniu în care statele membre sunt deficitare, a fost menționat impactul benefic al investițiilor în locuințe sociale asupra economiei locale, în ceea ce privește creșterea economică și crearea de locuri de muncă. Acest impact este incontestabil și trebuie avut în vedere în strategiile europene și naționale, alături de măsurile privind îmbunătățirea eficienței energetice a locuințelor care, de asemenea, joacă un rol important. Această abordare depășește cadrul tradițional al dezbaterii privind locuințele, de cele mai multe ori limitat la rolul lor social, de sprijin în favoarea familiilor nevoiașe. Acest tip de

abordare permite extinderea dezbaterii la locuințele destinate specialiștilor care își desfășoară activitatea în mediul rural: medici, farmaciști, cadre didactice, specialiști în domeniul agricol. Consider că investițiile în locuințe pentru instalarea acestora ar atrage în mediul rural specialiști mai numeroși și mai bine instruiți, fapt de natură să contribuie, de asemenea, la creșterea economică și la menținerea unui mediu rural viu. Multe dintre statele membre, cum ar fi spre exemplu România, își doresc posibilitatea de a investi în astfel de locuințe de serviciu pentru specialiști, cu ajutorul fondurilor europene, aspect care ar trebui avut în vedere în viitoarele politici europene.

1-249-250

Sirpa Pietikäinen (PPE), *kirjallinen*. – Euroopan väestöstä 6 prosenttia on vailla asuntoa ja 18 prosenttia asuu ahtaissa oloissa. Kymmenes kansalaisista käyttää asuntomoihin yli 40 prosenttia kuukausittaisista tuloistaan. Talouskriisin myötä eurooppalaisten elintaso ja elinolot ovat kääntyneet huonompaan suuntaan ja uhkaavat heiketä entisestään taantumien pitkittyessä. Talouskriisistä on tullut sosiaalinen kriisi, jossa inhimillinen hätä on pinnalla.

Sosiaalinen asuntotuotanto on tärkeä väline tämän hädän lievittämiseen. Tällä hetkellä sosiaalisen asuntotuotannon piirissä on 25 miljoonaa eurooppalaista, mutta tarve olisi vieläkin suurempi. Parlamentin vaatimus saada lisää vauhtia sosiaaliseen asuntotuotantoon on tärkeä ja oikea-aikainen. Edut kun ovat yhtenevät: ikääntyvä väestö tarvitsee lisää kohtuuhintaisia asumismuotoja, taantumasta kärsivä rakennusala kaipaa urakoita, rakennusten kiristyvät ympäristönormit edellyttävät asuntokannan uudistamista. Sosiaalisen asuntotuotannon tukemiseen voisi kohdentaa jatkossa enemmän esimerkiksi Euroopan rakennerahaston varoja.

1-249-500

Jutta Steinruck (S&D), *schriftlich*. – Die Verfügbarkeit von bezahlbaren Wohnräumen ist ein wichtiger Punkt, um Europa sozialer zu gestalten. Gerade in großen Städten und Ballungsgebieten sind übertrieben teure Unterkünfte ein großes Problem für die Menschen, in allen Mitgliedsstaaten. Vor allem für junge Menschen, die noch keine Möglichkeit hatten, sich Rücklagen aufzubauen, ist die Situation häufig aussichtslos. Der Mangel an Wohnungen, die für sie erschwinglich wären, schränkt sie bei ihrer Job-Suche oft enorm ein. In Spitzenzeiten der Jugendarbeitslosigkeit ist das ein Problem, das nach Gegenmaßnahmen schreit. Wenn wir jetzt in den Bau von Wohnungen investieren, die nicht nur bezahlbar, sondern auch energieeffizient sind, schaffen wir eine zukunftsfähige Balance auf dem Wohnungsmarkt. Die lokale Wirtschaft profitiert durch den Arbeitsaufschwung im Baugewerbe und eine nachhaltige Konstruktion spart Energiekosten für Umwelt sowie für Haushalte. Ich bitte meine Kollegen um ihre Unterstützung in unserem Aufruf an die Kommission. Wir brauchen einen einheitlichen europäischen Rahmen für Maßnahmen in den Bereichen der staatlichen Unterstützung, der Verwendung von Strukturfonds, der Armutsbekämpfung, aber ebenso der Energie- und Gesundheitspolitik. Wenn wir die soziale Eingliederung vorantreiben wollen, sind die Wohnmöglichkeiten für Menschen ein entscheidender Ansatzpunkt, um Stigmatisierung und Ausgrenzung zu bekämpfen. Wir müssen jetzt etwas tun, um die Entstehung einer Klassengesellschaft zu vermeiden.

24. Ausbildungsbezogene und berufliche Mobilität von Frauen in der EU (kurze Darstellung)

1-251-000

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Licia Ronzulli im Namen des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter über ausbildungsbezogene und berufliche Mobilität von Frauen in der EU (2013/2009(INI)) (A7-0164/2013).

1-252-000

Licia Ronzulli, relatrice. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, sono onorata e orgogliosa di presentare il frutto di mesi di intenso lavoro e negoziazioni e ringrazio tutti i colleghi che hanno contribuito ad arricchire il testo finale con i loro spunti e le loro proposte.

Il Parlamento europeo prende iniziative e si pronuncia sui temi più importanti e delicati per il rilancio del mercato del lavoro, la formazione, l'occupazione e la mobilità. Proprio dalla valorizzazione di questi tre elementi, bisogna ripartire per rilanciare concretamente l'occupazione femminile.

Questa deve realizzarsi seguendo nuove strade con ampio respiro europeo, dove le esperienze personali e professionali vengono valorizzate appieno, stimolando la libera circolazione dei cittadini, su cui si fonda l'esistenza stessa dell'Unione europea. Non possiamo permetterci nuovi passi falsi e dobbiamo aumentare gli sforzi per raggiungere l'obiettivo fissato dalla strategia Europa 2020.

Signor Commissario, abbiamo in mano gli strumenti per rendere il mercato del lavoro sempre più accessibile e dinamico e questo ci investe di una responsabilità eccezionale: il progetto Europa non sarà ultimato fino a quando tutti i paesi membri non avranno gli strumenti adeguati per promuovere l'uguaglianza di genere, combattere ogni forma di sfruttamento sul mercato del lavoro e porre la tutela dei diritti previdenziali al centro del sistema di protezione sociale.

Troppo spesso ci sentiamo ripetere che queste riforme sono troppo costose per i bilanci nazionali e a questo proposito mi permetto di sottolineare come la proposta del congedo di maternità votata dal Parlamento il 20 ottobre 2010 sia ancora bloccata dal Consiglio, ostaggio di vili egoismi nazionali. Adottare misure per la conciliazione della vita familiare con quella professionale ci permetterebbe invece di rilanciare definitivamente il mercato del lavoro.

Per raggiungere l'obiettivo, dobbiamo partire dal nucleo primordiale della società europea: la famiglia, il motore attorno al quale si sviluppa la crescita sociale, culturale ed economica del nostro continente.

Il mercato comune offre opportunità e vantaggi che purtroppo non vengono ancora sfruttati adeguatamente; troppo spesso infatti, la mobilità dei lavoratori è ostacolata da barriere come la mancanza di informazioni, l'eccesso di burocrazia nel riconoscimento dei titoli professionali e la mancanza di protezione sociale. Cambiare lavoro nel 2013 significa anche modificare il proprio stile di vita e questo soprattutto per una donna rappresenta una scelta molto delicata.

Se poi si tratta anche di cambiare paese, lingua e abitudini, allora ci rendiamo conto di quali difficoltà concrete le lavoratrici devono affrontare. Il talento femminile è l'elemento su cui puntare con convinzione, per percorrere la strada delle riforme di cui abbiamo bisogno per uscire dalla palude economica in cui ci siamo intrappolati.

Creare le condizioni affinché una donna consegua la propria realizzazione professionale significa permetterle di sfruttare appieno tutte le risorse umane e culturali di cui dispone; renderla più efficiente sul piano lavorativo e generare un capitale umano ed anche economico eccezionale. Questo meccanismo se adeguatamente innescato e sostenuto è l'unico in grado di permettere una crescita sostenibile della società.

Colgo l'occasione per esprimere il mio disappunto e il mio profondo rammarico per la decisione del mio gruppo politico di non assumere una posizione netta e chiara sul tema delle quote rosa. Su un punto di così grande importanza – e mi permetto di dire anche investimento – è necessario un maggior coraggio e determinazione.

Signor Commissario, auspico che l'adozione di questa relazione non rappresenti l'ennesimo esempio di buoni propositi che restano incompiuti. Non nascondiamoci dietro il paravento dei costi da sostenere per attuare le riforme proposte, adottare leggi in grado di tutelare le donne non è più sufficiente! Oggi più che mai bisogna diffondere una nuova educazione culturale, strettamente legata alla figura femminile. Mi avvio a concludere: questo processo deve rilanciare l'immagine e il ruolo della donna nella società.

Se vogliamo che l'Europa si accrediti come il protagonista indiscusso nel sostegno della mobilità educativa e professionale delle donne, dobbiamo sapere adottare decisioni forti e concrete ed abbandonare ogni posizione e interesse di parte.

1-253-000

Catch-the-eye-Verfahren

1-254-000

Seán Kelly (PPE). - A Uachtaráin, is dóigh liom gur ceart go bhfuilimid ag plé an ábhair seo arís: comhionannas do mhná. Is minic a bhíonn an t-ábhar seo á phlé againn sa Pharlaimint agus, cé go bhfuil comhionannas idir fir agus mná ann go hoifigiúil, níl sé ann ó thaobh cleachtais de. Anocht, táimid ag caint faoi ghluaiseacht do mhná trasna na hEorpa ó thaobh oideachais agus gairm bheatha de.

This is a very important point, because there is no point in having equality which is officially and legally enshrined but which is not actually a reality; all the evidence points to this being the case. In terms of education in particular, there is a need to help and encourage women to become qualified in what are typically seen as male-orientated jobs: science, engineering, maths, etc.

We have to work hard at this and we will keep going until we obtain it.

1-256-000

Vasilica Viorica Dăncilă (S&D). - Mobilitatea educațională și profesională reprezintă un obiectiv important al politicilor europene. Studiile recente ne arată că există diferențe semnificative de gen în ceea ce privește mobilitatea lucrătorilor în Uniunea Europeană, care favorizează prezența stereotipurilor și încurajează discriminarea de gen pe piața muncii.

În contextul crizei economico-financiare actuale, posibilitatea femeilor de a se deplasa liber pe teritoriul UE și de a alege un loc de muncă a fost grav afectată, rata șomajului în acest caz fiind de 10,7%, respectiv 22,7%, în cazul femeilor sub 25 de ani. Având în vedere că femeile sunt expuse mai mult decât bărbații la riscurile sociale pe tot parcursul vieții, consider că politica de mobilitate educațională și profesională trebuie să fie concepută și aplicată în contextul politicilor sociale integrate de ocupare a forței de muncă la nivel european, având ca obiectiv principal combaterea discriminărilor legate de sex, rasă, origine, religie, vârstă sau starea sănătății.

1-257-000

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). - Először is szeretném megköszönni a jelentéstevőnek a munkáját, és egyetértek ezzel a jelentéstervezettel tartalmát illetően. A nők oktatáspolitikájára, a nők mobilitására és a nők szakképzettségére való odafigyelés rendkívül fontos, sőt, továbbmegyek, gazdasági előnyhöz juttathatja a tagállamot, és az Európai Uniót is, azonban vannak problémák, amiket kezelni kell.

Ilyen probléma például, amikor a nők külföldre mennek dolgozni, és ott szeretnének beilleszkedni, ugyanakkor a szociális jogaik csorbulnak. Nagyon fontosnak tartom a jelentéstervezetben megjelenő integrációs programokat, fontosnak tartom a pszichológiai tanácsadást, valamint fontosnak tartom annak a kérdésnek is a mielőbbi kezelését, ami a nemek közötti bérezési különbségben, jövedelemkülönbségben jelenik meg.

Hogyha ezekre a kérdésekre megnyugtató választ adunk, akkor úgy gondolom, hogy az egyre növekvőbb mobilitási problémát is részben kezeltük. Ehhez azonban hozzájárulhat az is, hogyha a tagállamok kormányai kiemelt prioritásként kezelik ezt a kérdést.

Magyarország kormánya ezt tette a 25 év alatti nők és az 50 év fölötti nők esetében, aminek eredményeképpen a foglalkoztatási eredmények a 92-es évhez hasonló szintet értek el.

1-258-000

Mojca Kleva Kekuš (S&D). - Tudi sama bi se želela zahvaliti poročevalki za to odlično poročilo in poudariti, da v demokratični družbi 21. stoletja bi morala biti enakopravnost spolov tista beseda, o kateri se ne bi bilo več potrebno vedno ponovno pogovarjati v teh poročilih. Zato upam, da je prihodnost tega poročila nekoliko bolj pozitivna kot marsikaterega, ki smo ga sprejeli, predvsem iz odbora FEMM.

Mobilnost je v času, mobilnost žensk v izobraževanju je po mojem mnenju ne samo ena od tistih tem, ki res spada na politično agendo, ne samo Evropske unije ampak vseh naših držav članic, je pa pomembna zaradi tega, ker ima velik gospodarski pomen.

Ženske v 21. stoletju smo pač bolj izobražene kot moški in problem je v tem, da vsa ta visoka izobraženost potem z leti nekje izgine, zaradi tega ker nimamo dobro urejenega usklajevanja poklicnega in družinskega življenja. Jaz mislim, da na tem predelu, na teh točkah bi bilo treba še veliko narediti.

Bi pa res rada opozorila, tako kot je poročevalka rekla, na direktivo o materinskem dopustu, ki stoji že od oktobra 2010 in se ne premakne.

1-259-000

Elena Băsescu (PPE). - Mobilitatea profesională a femeilor este afectată de situația economică dificilă prin care trece Uniunea. Această stare de fapt are un efect puternic

negativ: creează premisele unei discriminări de gen. Femeilor li se oferă locuri de muncă slab remunerate, lipsite de prestigiu și care nu ajută la dezvoltarea competențelor proprii. În plus, femeile se mai lovesc de încă un obstacol: reconcilierea vieții de familie cu cea profesională, care știm cu toții cât este de dificilă.

Femeile din România au o problemă suplimentară, pentru că, în continuare, au restricții pe piața muncii din nouă state membre. Este necesară o abordare unitară în sensul recunoașterii diplomelor și calificărilor profesionale la nivelul statelor membre. Avem nevoie și de o strategie pentru consilierea profesională a femeilor, dar și de armonizarea legislațiilor naționale privind protecția socială a femeilor cu copii.

1-260-000

Katarína Nevedálová (S&D). - Myslím si, že dnes nemusíme diskutovať o tom, či treba v Európskej únii počas krízy využiť 50 % populácie a jej hodnotu, alebo netreba. Samozrejme, že áno. Pri tejto príležitosti chcem poďakovať pani Ronzulliovej, ktorá bola veľmi výbornou spravodajkyňou. Ja som bola tieňovou spravodajkyňou za našu frakciu socialistov a demokratov. Spolupráca bola veľmi dobrá. Som rada, že táto správa bola prijatá veľmi veľkým konsenzom v rámci nášho výboru.

V čom je podľa mňa taký najdôležitejší moment, ktorý treba spomenúť k tejto správe? Všetci sme sa zhodli na tom, že ak hovoríme o pracovnej a vzdelávacej mobilite žien alebo všeobecne všetkých pracovníkov v rámci Európskej únie, najdôležitejšia je, samozrejme, informovanosť, aby ľudia vedeli, aké majú práva, povinnosti, aké majú možnosti. Samozrejme, často sa stretávame s tým, že ľudia, ktorí chcú migrovať, ktorí chcú využívať mobilitu, nemajú jazykovú vybavenosť. Napríklad niektorí, ako je prípad žien, často nasledujú svojich manželov alebo svojich partnerov do zahraničia. Treba možno viacej informovať o tom, že majú právo na rôzne jazykové zručnosti, ktoré môžu získať v rôznych kurzoch, ktoré môžu získať práve v zahraničí. Čo je veľmi dôležité povedať pri vzdelávacej mobilite žien, je naozaj to, že máme 60 % žien absolventiek vysokých škôl, ale musíme ich viacej podporovať v tom, aby išli aj na tie ďalšie pozície, aby sme mali viacej žien aj vo vedení vysokých škôl a ďalších vzdelávacích inštitúcií.

1-261-000

Zita Gurmai (S&D). - Mr President, educational and occupational mobility is a very important issue, yet it is often overlooked, especially when it comes to women. Increased mobility and qualifications can only strengthen the single market, increasing women's participation in the labour market while allowing European citizens to make full use of this right. I welcome this report and would like to thank the rapporteur for her work.

The right to live and work in another country is a fundamental freedom and should therefore be available to all citizens of the EU. As women face gender-based segregation and inequalities on the labour market, special attention should be paid to their social and legal protection. We should thus support efforts to facilitate the transfer of pensions and social benefits from one Member State to another, and to develop tools and facilities to reconcile working and private life.

Moreover, the Commission and the Member States should in particular monitor the situation of the most fragile categories of women, such as those working in care and home services, seasonal workers and agricultural or migrant women. These workers often lack social protection and proper contracts. If we want to be serious about giving equal rights and protection to our citizens, we should act now.

1-262-000

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

1-263-000

Algirdas Šemeta, *Member of the Commission*. – Mr President, I wish to thank the rapporteur Ms Ronzulli and Mr Sógor for their comprehensive proposal dealing with two topics that the Commission considers to be key issues: mobility and gender policy.

Gender issues are at the core of the Europe 2020 strategy. The Commission shares the view that fostering the educational and occupational mobility of women can support the attainment of the Europe 2020 headline target, i.e. to raise the employment rate for women and men to 75 %. Enhancing the labour market participation of women is vital if we are to reach this target. In the framework of the European Semester, the Commission is closely monitoring the progress of Member States with regard to enhancing female labour market participation. The country-specific recommendations submitted by the Commission on 29 May reflect this priority.

Moreover, improving jobseekers' mobility between Member States can be part of the solution to the current levels of unemployment, which are unacceptably high. With a view to enhancing mobility, in November 2012 the Commission adopted a decision to modernise and improve the EURES service. The EURES reform aims to make it easier for jobseekers to contact employers who are looking for particular skills, to focus on sectors and occupations with skills shortages, and to support targeted mobility schemes for young people.

Next year, in the context of the 2014 European Year for Reconciling Work and Family Life, we shall have many opportunities to discuss and to consider initiatives supporting the participation of woman in the labour market.

Please let me comment on some particular aspects of the report as regards the regulatory framework on the gender pay gap. In line with Treaty provisions, the directive of 2006 provides that for the same work, or for work to which equal value is attributed, direct and indirect discrimination on grounds of sex with regard to all aspects and conditions of remuneration shall be eliminated. The Commission is continuously monitoring the correct application and enforcement of the equal pay provisions of this directive. The Commission is currently preparing a report on application of the directive, focusing on assessing the implementation of equal pay provisions in practice.

In order to achieve the objectives of the Europe 2020 strategy for growth, and in order to ensure the prosperity of Europe in the future, we have no choice but to use the potential of highly qualified women in full. To that end, on 14 November 2012 the Commission adopted a proposal for a directive on improving the gender balance among non-executive directors in companies listed on stock exchanges. When adopted, this ambitious and balanced directive will help to break the glass ceiling that limits highly qualified women's access to the highest positions in listed companies.

Finally, on Erasmus. Since 1987, Erasmus alone has enabled 3 million students to be mobile within the EU. Women's participation in Erasmus is very high (around 60% of all mobile Erasmus students). For the 2014-2020 period, the Commission has proposed a significant increase in the budget for the new education, training and youth programme 'Erasmus for

All'. The new programme will continue to support a high number of women students and education professionals.

1-264-000

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 11. Juni, um 11.30 Uhr statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149 GO)

1-264-500

Nessa Childers (S&D), *in writing* . – Often women are the ones who have to make the sacrifice of taking a career or educational break in order to follow their partner abroad to work. Furthermore, given the economic crisis, the female unemployment rate has risen and wage differences between men and women have increased. Professional and occupational mobility should therefore be made easier for women and the conditions more favourable to enable women to want to take up these opportunities. Women can make a positive contribution to the economy and it is important that jobs are accessible to all and this means no inequality in the labour market. As the report highlights, there are several obstacles still facing women and women should be represented more in senior positions and on boards and there should be a reduction of 'brain-waste' amongst women due to under-use of qualifications possessed by women moving abroad. An additional point which I welcome and which is stressed in the report is that professional mobility should not disadvantage women with regard to social rights. The continuation and transfer of rights under the social security system between countries should be guaranteed. I wholeheartedly agree with the contents of the report and voted in favour.

1-264-750

Joanna Katarzyna Skrzydlewska (PPE), *na piśmie* . – Mobilność kobiet związana z podejmowaniem pracy zawodowej oraz możliwością kształcenia się jest jednym z elementów służących polepszeniu przez kobiety swojej sytuacji życiowej. Jest to szczególnie ważne w obliczu niebezpieczeństwa wzrostu bezrobocia wśród kobiet oraz ciągle powszechnie stosowanej przez pracodawców dyskryminacji kobiet w zakresie niższego wynagradzania ich w porównaniu z mężczyznami za tą samą pracę na tych samych stanowiskach. Bezrobocie i dyskryminacja w wynagradzaniu ze względu na płeć powodują coraz większe zagrożenie ubóstwem i wykluczeniem społecznym znacznego odsetka kobiet w całej Europie z przyczyn gospodarczych. Dlatego ważne jest, by wspierać mechanizmy służące mobilności kobiet oraz ułatwianiu im zmiany miejsca pracy i zamieszkania. Udział w szkoleniach oraz doksztalcaniu zawodowym, a także pomoc w integracji społecznej w nowym miejscu zamieszkania to tylko niektóre elementy sprzyjające mobilności kobiet, bardzo często wymuszonej koniecznością poprawy warunków pracy i zatrudnienia.

Dlatego apeluję do Komisji, by w porozumieniu z państwami członkowskimi opracowała program pomocy kobietom, które, poszukując lepszych warunków życia i pracy, zmieniły kraj zamieszkania, by mogły one korzystać z możliwości doksztalcania się i tym samym szybciej integrowały się ze społecznością państwa przyjmującego.

25. Verbesserung des Zugangs zum Recht: Prozesskostenhilfe bei Streitsachen mit grenzüberschreitendem Bezug (kurze Darstellung)

1-266-000

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Tadeusz Zwiefka im Namen des Rechtsausschusses über die Verbesserung des Zugangs zum Recht: Prozesskostenhilfe bei Streitsachen mit grenzüberschreitendem Bezug (COM(2012)0071 - 2012/2101(INI)) (A7-0161/2013).

1-267-000

Tadeusz Zwiefka, sprawozdawca. – Panie Przewodniczący! Szanowny Panie Komisarzu! Punktem wyjścia dla mojego sprawozdania z inicjatywy własnej o pomocy prawnej w transgranicznych sprawach cywilnych i handlowych było przedstawione w ubiegłym roku przez Komisję Europejską sprawozdanie dotyczące wdrażania i stosowanie dyrektywy z 2003 roku. Minęło 10 lat od wejścia w życie tego dokumentu i wydaje się, że samo wdrażanie do systemów krajowych przepisów dyrektywy przebiegło pomyślnie. Oczywiście każde państwo członkowskie skorzystało z nieco odmiennych rozwiązań, ale zasadniczo prawo do pomocy prawnej jest obecnie zagwarantowane. Wciąż jednak zaledwie 12% mieszkańców Unii Europejskiej wie o tym, że ma prawo do skorzystania z bezpłatnej pomocy prawnej w przypadku sporu prawnego wytoczonego w innym państwie. Jeśli zatem obywatele – a co gorsza także praktycy – nie są świadomi, że można ubiegać się o pomoc prawną w kraju członkowskim innym niż kraj obywatelstwa, to przepisy tej dyrektywy są jedynie ładnie wyglądającym na papierze sloganem.

Naturalnym stanem rzeczy jest, że wzrastająca mobilność i harmonizacja rynku europejskiego powinna także objawiać się rosnącą liczbą spraw transgranicznych. O pomoc na podstawie zapisów dyrektywy zgłasza się jednak wciąż tak samo niska liczba obywateli, ponieważ nie wiedzą o tym, że mogą otrzymać bezpłatną pomoc przedprocesową, a także pomoc w trakcie trwania procesu, i z niewiedzy rezygnują ze swoich roszczeń. Dlatego też główny nacisk w moim sprawozdaniu położyłem na zwiększanie zaangażowania Komisji Europejskiej oraz państw członkowskich w skuteczną kampanię informacyjną. Wskazuję także na możliwości, jakie dają nam nowoczesne technologie w obszarze komunikacji i zwiększania świadomości o istnieniu prawa do pomocy prawnej w sporach transgranicznych. Podkreślam także znaczenie internetu oraz portali takich jak e-Justice w samym procesie niesienia pomocy prawnej.

Kolejną wyodrębnioną przeze mnie problematyką jest niezwykle istotne w moim przekonaniu zapewnienie kompleksowego wsparcia prawnego dla obywateli. Utworzenie baz danych prawników mających wiedzę i umiejętności w zakresie prawa porównawczego oraz odpowiednie kwalifikacje językowe powinno zapewnić wyznaczenie kompetentnych prawników do prowadzenia konkretnych spraw. Pamiętajmy, że czasem złe doradztwo jest po prostu gorsze i bardziej kosztowne w skutkach niż żadne.

W dalszych punktach dokumentu wskazuję na kroki, które powinny zostać podjęte w kontekście ułatwienia procedur i usprawnienia dostępu do pomocy prawnej. Zachęcam także państwa członkowskie do stworzenia bardziej skutecznych systemów współpracy pomiędzy władzą publiczną a organizacjami pozarządowymi, by zapewnić obywatelom szerszy dostęp do pomocy prawnej i doradztwa prawnego. Moim zdaniem dobre praktyki w dziedzinie bezpłatnego doradztwa prawnego – takie jak uniwersyteckie kliniki prawne

czy agencje *pro bono* – powinny być szeroko upowszechniane i wspierane w ramach zorganizowanej sieci pomocy prawnej.

Warto także podkreślić znaczenie, jakie w dobie kryzysu i oszczędności ma zapewnienie przez państwa członkowskie dostępu do pomocy przedprocesowej, w tym doradztwa na temat alternatywnych sposobów rozstrzygnięcia sporów. Często okazują się one mniej kosztowne i bardziej skuteczne właśnie w sprawach cywilnych i handlowych.

Na zakończenie chciałbym wyrazić swoje głębokie zaniepokojenie obserwowaną przeze mnie tendencją do zmniejszania w budżetach państw środków na bezpłatną pomoc prawną. Wiele osób zostanie bowiem w ten sposób pozbawionych dostępu do wymiaru sprawiedliwości. Będzie to jedynie rodzić frustrację, brak zaufania i wrogość obywateli wobec systemu państwowego. Te koszty będą zdecydowanie wyższe niż fundusze, które dzisiaj są redukowane.

1-268-000

Catch-the-eye-Verfahren

1-269-000

Oldřich Vlasák (ECR). - Pane předsedající, budu asi jediným řečníkem na toto téma, ale domnívám se, že toto téma je velmi důležité, a chtěl bych poděkovat panu kolegovi, že se ujal tohoto tématu.

Právě přeshraniční obchod je totiž tím důležitým mezníkem, kde můžeme posílit konkurenceschopnost jako takovou. Já bych chtěl zdůraznit i důležitost spolupráce s obchodními komorami jako takovými, které sehrávají velmi důležitou roli, a plně souhlasím se zpravodajem, že málo občanů ví o tom, že může i před zahájením nějakého sporu čerpat bezplatnou právní pomoc jako takovou a že se může poradit i v těchto věcech po ukončení tohoto sporu.

Tato jistota je velmi důležitá, a proto plně podporuji i to, aby byla k dispozici jak na obchodních komorách, tak na obcích a městech databáze právníků, kteří budou jazykově vybaveni, aby mohli v těchto sporech pomoci.

1-270-000

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

1-271-000

Algirdas Šemeta, *Member of the Commission* . – Mr President, honourable Members, I would like to thank the Committee on Legal Affairs and the rapporteur for this excellent report and for its constant support of our policies of removing the obstacles to full enjoyment by Europeans of their benefits as EU citizens. We discussed today the application of an important instrument to allow European citizens to effectively exert their right of access to justice in other Member States – the 2003 directive on legal aid in cross-border civil and commercial matters.

The 2012 Commission report on its application observes that all the Member States which are bound by the directive have transposed it. No major problems of implementation have been observed, even if there are some differences of interpretation between Member States. The fact that there has only been one case before the European Court of Justice concerning

cross-border legal aid also indicates that the application of the directive from a legal point of view is satisfactory.

However, both the Parliament and the Commission reports conclude that awareness among citizens and lawyers of the benefits of this directive must be improved. The Commission is already taking steps to that end: the e-Justice portal is currently being updated in order to improve access to information and to the standard forms for legal aid. The migration of the European Judicial Network website to the e-Justice portal will further improve user-friendliness and provide comprehensive and updated information. This will also inform citizens better regarding the other European procedures such as the European Small Claims Procedure and the European Order for Payment Procedure.

In addition, the Commission has developed a compendium of legislation in cross-border civil and commercial matters, which includes this directive. The compendium has been distributed to legal professionals in Member States on several occasions.

Coming to legal professionals and their role in applying the directive: not long ago in this very Chamber, we highlighted the importance of judicial training in the application of EU law. We should help lawyers become familiar with the possibilities offered by the directive and advise citizens accordingly. We are implementing the pilot project on judicial training put forward by Parliament. We are also providing funding, for example for the establishment of the European Training Platform. Our proposals for the next financial framework also include judicial training as a priority area in order to support Member States in their efforts.

Coming to the role of the Member States: as you highlighted in your report, they must do their share of informing their own citizens about their rights under this directive and the national laws. Your report includes several proposals for changes and amendments to the current directive and additional issues to be analysed in future reports on the application of the directive. We will duly take into account your proposals in the Commission work in this field.

At this stage, it is more effective to continue to focus on informing citizens of their rights and monitoring the correct application of the directive by Member States. When consulted on the report, Member States considered that a revision was not necessary. I must underline that this is not a 'doing nothing' scenario. Action at both EU and national level to raise awareness and to ensure smooth application of the directive, and to provide updated information and IT solutions to users on the legal aid procedures in Member States, will greatly improve access to justice, as enshrined in Article 47 of the EU Charter of Fundamental Rights.

1-272-000

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 11. Juni, um 11.30 Uhr statt.

26. Regionalpolitik als Teil breiterer staatlicher Beihilferegelungen (kurze Darstellung)

1-274-000

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Oldřich Vlasák im Namen des Ausschusses für regionale Entwicklung über

die Regionalpolitik als Teil breiterer staatlicher Beihilferegelungen (2013/2104(INI)) (A7-0204/2013).

1-275-000

Oldřich Vlasák, *zpravodaj*. – Pane předsedající, v rekordním čase, zejména kvůli rozvrhu, kterého se Komise z hlediska schvalování pravidel veřejné regionální podpory drží, se nám podařilo tuto zprávu společně s Hospodářským a měnovým výborem iniciovat, připravit a projednat. A právě na tom je patrné, jak důležité toto téma pro nás je.

Nicméně i přes jeho důležitost v něm má Parlament pouze poradní hlas. Primární právo mu totiž nedává prostor pro spolurozhodování. Využiji proto tuto příležitost k tomu, abych znovu důrazně zopakoval, že toto lze považovat za demokratický deficit rozhodování Evropské unie, který by měl být v brzké době v primárním právu napraven.

Na posledním jednání našeho výboru proběhla s odpovědným komisařem Almunia diskuze k tomuto tématu. Mnohé změny, které se Komise chystá udělat v pravidlech regionální podpory oproti původnímu zveřejněnému návrhu, jsou chvályhodné a věřím, že reagují nejen na naši zprávu, ale také na krizi a vývoj v Evropě. Jmenujme například zvýšení územního pokrytí regionů způsobilých pro investice z 45 % na 47,5 %, nebo zahrnutí velkých podniků v regionech typu C u výzkumu, vývoje a inovací, energetiky a životního prostředí a u rizikového kapitálu jako součást sektorových pravidel veřejné podpory. Případně umožnění podpory na nové investice velkých podniků v regionech typu C, pokud vzniká nový závod či nový produkt. To jsou určité kroky správným směrem.

S čím lze polemizovat je přetrvávající uvažované zpřísnění posuzování pobídkového účinku u velkých podniků. Již dnes jsou totiž pravidla pro veřejnou podporu velmi náročná a mnozí si rozmyslí, zda žádost vůbec podají.

Nové návrhy, bohužel, činí celý proces ještě náročnějším. Ponechání těchto změn u velkých podniků je zvláštní protože v původním návrhu měla tato pravidla platit i pro malé podniky, ale to že o podporu žádá větší podnik přece neznamená, že mu musíme klást více překážek, nebo že počítáme s tím, že má peněz nazbyt.

Pokud se Komise rozhodla přísnější posuzování odpustit malým podnikům, pak se asi bez těchto přísnějších hodnocení obejde. To, že je chce po velkých podnicích, je dvojitý metr, který není fér.

Navážu ještě na jedno téma, které pan komisař Almunia na našem výboru zmiňoval a které je i ústředním tématem naší zprávy, totiž, že podle jeho názoru není nutné, aby se politika soudržnosti a politika veřejné podpory zcela doplňovaly. Dle mého názoru – a debata na výboru to jasně ukázala – to problém prostě je.

Liší se data, ze kterých se vychází, liší se finální mapy, liší se rozdělení regionů, které mají na podporu nárok. Liší se pravidla pro zahrnutí typu podniků, která se navíc v politice soudržnosti stále dojednávají, a liší se i přístup ke zjednodušení a omezení administrativní zátěže, o kterém jsem hovořil ve vztahu k velkým podnikům.

Sjednocené nejsou ani postupy u lhůt a u vracení podpory při delokalizaci podniků a jistě by se toho našlo ještě mnoho.

Dámy a pánové, vím, že se Komise snažila reflektovat debatu, která kolem modernizace pravidel veřejné podpory v minulých měsících panovala. Je však ještě několik věcí, které nejsou dotazeny, a převládá u nich byrokratický pohled nad pohledem praktickým a právě

praktický pohled běžného života jsem se ve zprávě snažil reflektovat. Věřím, že tak nakonec učiní i Komise.

1-276-000

Catch-the-eye-Verfahren

1-277-000

Marie-Thérèse Sanchez-Schmid (PPE). - Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, pour la seconde fois cette année, nous évoquons la question de la réforme des aides d'État à finalité régionale, qui fait naître beaucoup d'inquiétudes.

Oui, nous reconnaissons que l'argent du contribuable ne doit pas servir à maintenir sous perfusion des entreprises moribondes ou improductives. Oui, nous reconnaissons que les aides publiques ne doivent pas engendrer une course à la subvention entre autorités régionales. Oui, nous reconnaissons que des règles strictes doivent être appliquées pour éviter de fausser la concurrence. Enfin oui, nous sommes contre l'utilisation de l'argent public pour favoriser les délocalisations.

Pourquoi la Commission européenne s'ingénie-t-elle à autoriser d'un côté ce qu'elle reprend de l'autre? Pourquoi donner davantage de fonds structurels à certaines régions en difficulté tout en limitant leurs possibilités d'allouer des aides publiques? Enfin, pourquoi faire cette distinction entre petites et grandes entreprises dans certaines régions? L'important n'est pas la taille de l'entreprise, mais bien la pertinence de l'aide pour l'économie d'un territoire donné.

Enfin, j'insisterai sur la nécessité de disposer d'un traitement particulier pour les RUP et les zones frontalières.

1-278-000

Mojca Kleva Kekuš (S&D). - Jaz bi se želela osebno zahvaliti poročevalcu, kolegu Vlasáku, tudi kot njegova poročevalka v senci, ki je v zadnjih tednih poskrbel, da se je v bistvu Parlament zelo hitro in zelo učinkovito odzval na delo Komisije na področju regionalne državne pomoči, ki je eno izjemno pomembno področje.

V odboru za regionalni razvoj namreč stalno ugotavljamo, da potrebujemo več transparentnosti, bolj jasno povezavo med politiko dodeljevanja državne pomoči in ostalimi evropskimi politikami, predvsem med kohezijsko politiko in med regionalno, kar ste tudi omenili in je tudi komisar Almunia govoril, še posebej pa v luči sprememb regionalne državne pomoči z novim večletnim finančnim okvirom 2014–2020.

Naša gospodarstva v času okrevanja namreč potrebujejo zelo jasna pravila tako za državno pomoč kot za regionalno pomoč, in na nas, evropskih institucijah, je, da jim to zagotovimo, da jim točno povemo, kaj potrebujejo.

1-279-000

Erik Bánki (PPE). - A jelentéstevővel egyetértek abban, hogy talán nem most jött el a legalkalmasabb pillanat arra, hogy az állami támogatások területi lefedettségét módosítsuk, illetve az A. régiókban a támogatások intenzitását csökkentsük.

Azt gondolom, hogy ennek egyik indoka az, hogy válságban a legfontosabb feladat a munkahelyteremtés, és bár nagyon fontos a hátrányos helyzetű vagy leszakadt régiók

felzárkóztatása. Válsághelyzetben azt gondolom, hogy ha azok a régiók, amelyek eddig támogatást kaptak, és most az új elvek szerint egyszerűen lekerülnének a támogatás térképéről, vagy csökkenne jelentősen a támogatási intenzitás, az versenyhátrányt okozna az egész Európai Uniónak. Hiszen itt nemcsak az egyes tagországok válságból való kilábalását kell segítenünk, hanem egységesen az Európai Uniónak és Európának a versenyképességét más piacokhoz képest a globális körülmények között.

Tehát azt gondolom, hogy ezt most jelent pillanatban nem kell támogatni, majd egy későbbi időszakban érdemes erre visszatérni.

1-280-000

João Ferreira (GUE/NGL). - Senhor Presidente, as regras da União Europeia relativamente às chamadas ajudas de Estado são uma das formas mais imediatas de coartar a intervenção democrática do Estado na economia. Uma limitação que não pode ser senão entendida como um ataque à própria democracia, para abrir portas à ditadura do mercado.

Significativamente, estas regras não impedem, porém, a canalização de generosos recursos públicos para poderosos interesses privados. É o caso das multinacionais, que a União Europeia continua a autorizar que, poucos anos depois de receberem avultados financiamentos públicos, se deslocalizem para outras paragens em busca de mais apoios públicos, deixando um rasto de destruição e desemprego atrás de si.

As limitações impostas à intervenção do Estado prejudicam sobretudo as regiões menos desenvolvidas, impedindo-as de vencerem a distância que as separa das outras regiões mais desenvolvidas. Uma verdadeira coesão económica e social e o combate às desigualdades exigem uma planificação e uma intervenção públicas que a vida demonstrou não se coadunarem com estas regras.

1-281-000

Elena Băsescu (PPE). - Cât timp ajutoarele de stat sunt folosite responsabil, ele pot contribui la menținerea și chiar creșterea competitivității economiei Uniunii. Sunt de părere că trebuie orientate către regiunile mai puțin dezvoltate și în sectoare care pot contribui la creșterea economică. Totodată, modernizarea lor trebuie să aibă în vedere faptul că ne aflăm într-o perioadă de criză, iar prioritatea numărul unu este reducerea ratei șomajului, mai ales în rândul tinerilor.

În condițiile în care resursele bugetare sunt limitate în majoritatea statelor membre, ele ar trebui folosite cât mai eficient. De aceea, susțin și eu simplificarea regulilor în domeniu, dar și o mai bună informare a autorităților naționale cu privire la obligațiile de raportare. Procedurile ar fi mai transparente, iar acordarea ajutoarelor s-ar face mai rapid.

1-282-000

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

1-283-000

Algirdas Šemeta, *Member of the Commission* . – Mr President, I welcome Mr Vlasák's report on regional policy as part of wider state support schemes. I am glad to note that the report initiated by the Committee on Regional Development also takes into account the views of the Committee on Economic and Monetary Affairs and the Committee on Employment and Social Affairs.

The report identifies issues which the Commission also considers to be important when defining the rules of the regional aid guidelines for 2014-2020. The aim of the guidelines is to promote the development of disadvantaged regions in Europe, while ensuring that the aid does not lead to distortions of trade and competition in the internal market.

These guidelines should allow the Commission to focus on cases involving large amounts of aid that could have a significant impact on the internal market. Member States could spend small amounts on aid without *ex ante* Commission scrutiny within the limits set by the General Block Exemption Regulation, which will be extended both in terms of the categories of measures and the amounts of aid.

As the report mentions, ensuring consistency between EU cohesion policy and state aid policy is of key importance. Therefore, the revision of all state aid rules in line with the principles of state aid modernisation will help to ensure that cohesion policy is implemented efficiently. However, it has to be noted that EU cohesion policy and EU state aid control policy are two different policies. They need to be coherent, but not identical.

Another element of the reform raised in the report is the more restrictive approach on aid to large enterprises, such as investment projects in 'c' areas. These investments are more likely to lead to distortions of competition and are a worse use of public money than investment in SMEs. The precise conditions are still being discussed.

Having considered the conclusions of the European Council of February 2013 and listened to the many stakeholders, the decision was taken to slightly increase the overall population coverage level from that contained in the initial proposal to at least 45% of the EU 27 population. The decision was also taken to include a special safety net for countries under the macroeconomic adjustment programme, bringing the overall population coverage to around 47%.

I believe that this increase in overall population coverage in assisted areas would allow us to focus on the regions that are most in need, from an EU perspective, while giving Member States sufficient room to tackle internal disparities, including in border regions, islands or other areas.

The adoption of the new rules is planned for the second half of June. As the report also suggested, the Commission plans to keep the rules and maps of the current regional aid guidelines (RAGs) in place until 30 June 2014, in order to allow Member States to prepare for the entry into force of the new rules on 1 July 2014. The final RAGs are still under discussion in the Commission, and this situation may still change.

1-284-000

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 11. Juni, um 11.30 Uhr statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149 GO)

1-285-000

Iosif Matula (PPE), în scris. – Ajutoarele de stat regionale reprezintă un sprijin în vederea implementării politicii de coeziune oferind un suport concret în dezvoltarea economică, reducerea disparităților inter-regionale, crearea de locuri de muncă și promovarea sustenabilității. Din păcate, Parlamentul European are doar un rol consultativ în privința

reglementării procedurilor ce privesc ajutoarele de stat regionale. Consider că o mai bună reprezentare a intereselor cetățenilor impune modificarea articolului 109 din Tratat pentru eliminarea deficitului democratic actual prin procedura de codecizie. Susțin inițiativa Comisiei pentru introducerea unor sectoare noi în regulamentul, precum infrastructura de energie și mediu. Mai mult, noile orientări specifice pentru aeroporturi ar trebui să țină cont de rolul esențial al aeroporturilor regionale în dezvoltarea regiunilor. Redactarea hărților naționale pentru ajutoarele de stat ține strict de competența statelor membre, cu respectarea orientărilor generale propuse de Comisie. Consider, de asemenea, necesară revizuirea ajutorului de minimis și readaptarea acestuia la cerințele statelor membre. Noile orientări pentru ajutoarele de stat regionale ar trebui să acorde sprijin companiilor europene care doresc să-și relocalizeze producția din țările terțe. De exemplu, conform studiului Boston Consulting Group, în Statele Unite inițiativele de relocalizare (reshoring) vor crea aproximativ cinci milioane de locuri de muncă în următorii ani.

1-285-500

Vilja Savisaar-Toomast (ALDE), kirjalikult . – Toetan komisjoni 2014.–2020. aasta regionaalabi suuniste eelnõu, mis on riigiabi ajakohastamise programmi lahutamatu osa. Regionaalabil on tõhus roll üksnes siis, kui seda kasutatakse säästlikult ja proportsionaalselt ning kui see keskendub kõige ebasoodsamas olukorras olevatele ELi piirkondadele, kus vajadus regionaalabi järele on kõige suurem. Riigiabi- ja ühtekuuluvuspoliitika on suure osas üksteist täiendavad ja vastastikku tugevdavad. Seetõttu on oluline, et riigiabi ajakohastamine oleks kooskõlas struktuurifondide üldmääruse muudatustega. Arvestades komisjoni poolt osutatud probleemi suurettevõtete osas, leian, et nende täielikult riigiabi eeskirjadest väljajätmine ei ole põhjendatud, eriti arvestades nende osa tööhõives. Samuti annavad suurettevõtted alltöövõtuna tööd väga paljudele VKEdele ning lisavad suure panuse teadus- ja arendustegevusse. Loodan, et komisjon lihtsustab märkimisväärselt kõige ebasoodsamas olukorras piirkondade VKEde juurdepääsu riigiabile, kuna need annavad olulise panuse regionaalarengusse.

1-286-000

Γεώργιος Σταυρακάκης (S&D), γραπτώς . – Καταρχάς, θα ήθελα να συγχαρώ τον εισηγητή για την έκθεσή του, η οποία αποτελεί τη συμβολή του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις τελικές κατευθυντήριες γραμμές περιφερειακής ενίσχυσης, έτσι ώστε αυτό το είδος της βοήθειας να μπορέσει να διαδραματίσει ένα σημαντικό και αποτελεσματικό ρόλο και να επικεντρωθεί εκεί που είναι περισσότερο αναγκαία. Συμφωνώ με την ανάγκη να υπάρξει ένα πιο απλοποιημένο και αποτελεσματικότερο σύστημα κρατικών ενισχύσεων, το οποίο θα εξασφαλίζει μεγαλύτερη διαφάνεια. Επίσης, όσον αφορά το ζήτημα των επενδυτικών ενισχύσεων προς τις μεγάλες επιχειρήσεις, η συνολική εξαίρεση των μεγάλων επιχειρήσεων από τους κανόνες των κρατικών ενισχύσεων θα πρέπει να εξετάζεται υπό το πρίσμα της συμβολής τους στην απασχόληση, τις ευκαιρίες που δημιουργούνται προς όφελος των μικρομεσαίων επιχειρήσεων και τη συμμετοχή τους στην έρευνα και την ανάπτυξη. Με λίγα λόγια, το υπάρχον σύστημα των περιφερειακών κρατικών ενισχύσεων θα πρέπει να προσαρμοστεί στην νέα οικονομική πραγματικότητα και στην μελλοντική Πολιτική Συνοχής, λαμβάνοντας υπόψη τον αντίκτυπο που θα έχει στην πραγματική οικονομία, τη δημιουργία θέσεων απασχόλησης καθώς και στην περιφερειακή ανάπτυξη.

27. Strategie für einen europäischen elektronischen Mautdienst und ein Vignettensystem für leichte Privatfahrzeuge in Europa (kurze Darstellung)

1-288-000

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt der Bericht von Jim Higgins im Namen des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr über eine Strategie für einen europäischen elektronischen Mautdienst und ein Vignettensystem für leichte Privatfahrzeuge in Europa (COM(2012)0474 - 2012/2296(INI)) (A7-0142/2013).

1-289-000

Jim Higgins, rapporteur. – Mr President, as Europe's road infrastructure is ageing and needs constant investment, my report poses some important questions.

First of all, how can we continue to fund infrastructure fairly and cost-efficiently while not impeding the four freedoms of the internal market into the future? Secondly, how can we ensure that the long-established principle of 'the polluter pays' is developed? Thirdly, what is the best way to implement a fully-functioning European electronic toll service system in Europe?

In drafting this report I was very conscious that the results of the EETS on the whole have been disappointing, something which the European Commission itself has pointed out. Indeed, it may be necessary for the Commission to go back to the drawing board and consider drafting stronger legislation – possibly in the form of a regulation – to ensure the creation of an effective EETS.

What are the key issues? First of all, the willingness of the stakeholders to adapt to EETS. As regards the European Electronic Toll Service, it seems that, following discussions with toll chargers and service providers, the key issue seems to be a willingness of the stakeholders to come together to put in place systems in order to suit the road user.

In other words, the single biggest challenge to implementing a functioning EETS for the end user seems to be political and not technological, and I am firmly of the opinion that the possibility of having one single onboard unit to use on all roads throughout the EU which are charged for by tolls is possible; but at the moment there is no way to force stakeholders to come together to make this happen. This has to change, and I hope that the Commission is listening and is of the same view.

Another possibility is to introduce barrier-free tolling, and I regret the fact that the Commission communication does not explore this possibility in sufficient detail. I hope – and recommend – that further steps are taken to develop and encourage its use throughout the European Union.

I think, from the point of view of what the issues are, that fair and proportionate charging is an issue. Member States which favour a time-based system should be allowed to continue to operate such a system. However, the prices charged should, as the Commission points out, be proportionate. Member States must be encouraged to provide for daily, weekly, monthly and yearly passes to motorists. The charge – excluding a small administrative charge – should ideally be exactly proportionate to the cost of an annual vignette. Unfortunately, however, the situation at present in some Member States is that the weekly vignette can cost up to four times the proportionate cost of the monthly or yearly vignette.

As regards the issue of taxation: this is a contentious issue, and I believe that Member States should continue to be free to set and collect the charges for the use of their own infrastructure within their own jurisdiction. I agree with the Commission's views as regards making the payment for such a vignette as simple and as easy as possible for drivers, and this reiterates my view and that of the Member States that the focus must be on selling a fairly-priced vignette rather than trying to fine motorists as much as possible.

Finally, there are huge environmental advantages to this. If we have a barrier-free Europe, we will have, for example, free access and movement, less pollution, greater trade and greater access to the market. Overall I think this is something that the Commission, Parliament and the Council should all push collectively in order to make happen. If it does not, this report that I have will become a dream, and what I want to do is to make sure that it becomes a reality.

1-290-000

Catch-the-eye-Verfahren

1-291-000

Erik Bánki (PPE). - Azt hiszem, hogy abban valamennyien egyetérthetünk, hogy az európai elektronikus útdíjszedési rendszer, az ETS nem működik. Azt kell megvizsgáljunk, hogy mi ennek az oka.

Ahogy a jelentéstevő Higgins úr ezt elmondta, ez azért nem jöhetett létre, mert nincs egy olyan erős jogszabály, amely valamennyi országot kötelezné ennek a használatára. Márpedig, amíg azonos elvek alapján, azonos díjtételekkel és azonos beszedési rendszerrel működő új struktúra nem alakul ki, addig ezt nem is várhatjuk el, hogy működjön ez a rendszer Európában.

Egyetértek azzal maximálisan, amit Higgins úr is mondott, hogy a fogyasztó, a szennyező fizessen. Olyan bevételekre kell szert tenni ezáltal, amely az útfelújításoknak alapját képezhetik, és azoknak a környezeti károknak a felszámolását is finanszírozhatják, amelyek megtörténnek. A megoldásra van példa, a roamingdíjak területén már ért el sikereket az Európai Parlament és a Bizottság. Azt gondolom, hogy ezt az utat kell követnünk ebben az esetben is.

1-292-000

Σπύρος Δανέλλης (S&D). - Κύριε Πρόεδρε, με την επιβολή τελών χρήσης υποδομών στους αυτοκινητοδρόμους, τα κράτη μέλη εφαρμόζουν την αρχή που θέλει τον χρήστη να πληρώνει για την χρήση του αυτοκινητοδρόμου, αντί του φορολογουμένου. Η πρακτική αυτή επιτρέπει τον δίκαιο ανταγωνισμό, για παράδειγμα στην μεταφορά εμπορευμάτων, αφενός μεταξύ των οδικών μεταφορών και, αφετέρου των θαλάσσιων και σιδηροδρομικών. Η επιβολή των τελών αυτών είναι λοιπόν κατ' αρχή δικαιολογημένη, αρκεί να απορρέει από σωστή τιμολόγηση η οποία ν' αντανάκλα το κόστος κατασκευής και φθοράς της υποδομής. Ωστόσο, η έκθεση του συναδέλφου Higgins, ορθά εκφράζει την απογοήτευσή μας όσον αφορά δύο εμπόδια στη διαμόρφωση ενός σύγχρονου και αποτελεσματικού συστήματος διοδίων στην Ευρώπη, τα οποία πρέπει να αρθούν:

Πρώτο, η ακινησία των κρατών μελών και σχετικών κλάδων όσον αφορά τις διαδικασίες οργάνωσης της Ευρωπαϊκής Υπηρεσίας Τηλεδιοδίων, και, δεύτερο, η ασυμμετρία που προκαλεί ο τρόπος

χρήσης των συστημάτων βινιέτας από αρκετά κράτη μέλη που με έμμεσο τρόπο πριμοδοτούν τους πολίτες τους έναντι άλλων ευρωπαίων χρηστών.

1-293-000

Jaroslav Paška (EFD). - Som rád, že aj Európska komisia už konečne priznáva, že jej projekt európskej služby elektronického výberu mýta zatiaľ zlyháva. Široký diapazón mechanizmov využívaných členskými štátmi na vyberanie poplatkov za používanie ciest od diaľničných známk cez mikrovlnné mýtné brány až po satelitné elektronické mýto je ťažké zosúladiť do uceleného európskeho systému s transparentnými cenami.

Budúcnosť bude pravdepodobne patriť satelitným mýtnym systémom, ktoré dokážu presnejšie merať skutočné využitie cestnej siete používateľom, a tým aj pomernú mieru, ktorou prispel k znečisteniu prostredia. Vzhľadom na to, že využívanie tejto technológie môže ingerovať do práv občanov na ochranu súkromia, bude lepšie predbežne usilovať o komplexný systém pre tranzitnú nákladnú dopravu. Iba čas nám ukáže, či naši občania budú ochotní strpieť monitorovanie ich pohybu aj pri individuálnej doprave osobnými autami.

1-294-000

João Ferreira (GUE/NGL). - Senhor Presidente, as infraestruturas rodoviárias devem responder a evidentes necessidades económicas e sociais de transporte e mobilidade de pessoas e de mercadorias. Necessidades que não podem ser dissociadas de um contexto regional e territorial específico. Estas especificidades devem pesar, evidentemente, no tipo de operação e funcionamento de cada infraestrutura, incluindo no que diz respeito à introdução ou não de portagens e a quem as deve ou não pagar.

Em Portugal, por exemplo, a introdução de portagens em infraestruturas rodoviárias, nomeadamente autoestradas, em regiões onde antes não existiam revelou-se desastrosa, acarretando prejuízos consideráveis para o desenvolvimento regional, a economia local, as PME, a mobilidade dos cidadãos, e para a própria segurança rodoviária. Ademais, sabe-se agora que uma parte substancial das receitas geradas serve para custear os custos do próprio sistema de portagens.

Estes são factos que não podem ser ignorados neste debate, como também não pode ser ignorada a experiência que se revelou desastrosa e ruínosa para o interesse público das parcerias público-privadas.

1-295-000

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

1-296-000

Algirdas Šemeta, Member of the Commission. – Mr President, I wish to thank the rapporteur and Members for the constructive report and amendments on a strategy for an interoperable electronic toll service and road user charging for all categories of vehicles.

The Commission agrees with most of the diagnosis contained in the report. It intends to propose an initiative this year to promote distance-based tolling. The proposal could include provisions for private cars and aim to manage congestion and address possible discrimination between different users, as well as the rights of road users. We should, as far as possible, leave some flexibility for the Member States to set the amounts charged

(possibly with the exception of congestion charges) and to decide on the allocation of revenues. This addresses the request made in some of the amendments that Member States should have a greater say in setting the level of tolls.

We agree that regional deployment of the European Electronic Toll Service should not lead to the abandonment of the objective of full European coverage. Full European coverage remains the objective of the directive, as decided by the European legislator, and we will follow regional projects very carefully to ensure they are scalable to the whole Union.

To conclude, I want to stress again that, if progress in introducing EETS through the regional deployment schemes is not satisfactory, the Commission is ready to move in with a new legislative initiative as appropriate.

1-297-000

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Dienstag, 11. Juni, um 11.30 Uhr statt.

28. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

29. Schluss der Sitzung

1-300-000

(Die Sitzung wird um 23.05 Uhr geschlossen.)